

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Band: 3 (1974)
Heft: 1

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Konzept

Auflage 37 000 Preis Fr. 1.20

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber

Redaktions- und Verlagsadresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Telefon 0 (01) 47 75 30

Abonnemente: Jahresabonnement Inland Fr. 12.—, Ausland Fr. 14.— Bestellungen beim Verlag

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00

Abschied von Compañero Allende
Augenzeugenbericht aus Santiago vom geflüchteten Sumar-Ex-Direktor David Iturra Seite 3

Umsatz kontra Volkseinkommen
Beat Kappeler über die wachsende unkontrollierte Macht der multinationalen Konzerne Seite 5

Drohender Numers clausus
Die Krisensituation an den Universitäten Seite 6

«konzept»-Tips
Hinweise auf lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion Seite 7

Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft
Ueber die Zielsetzung der Fachgruppe bildende Kunst Seite 11

Ist der Fortschritt begründungsbedürftig?
Lübbes konservative Fortschritts-Kritik Seite 13

Kein Maulkorb für die chilenischen Flüchtlinge!

Offener Brief an den Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements und die Vorsteher der kantonalen Justiz- und Polizeidepartemente

Der Versuch der demokratisch gewählten chilenischen Regierung Allende, unter Ausnützung des demokratsch-rechtsstaatlichen Instrumentariums die ungerechtfertigten Privilegien der bis anhin das Land beherrschenden Macht-oligarchie zu beseitigen und das Land aus der Untereentwicklung herauszuführen, ist von allem Anfang an auch in vielen hochentwickelten industrialisierten Staaten auf ein starkes positives Echo gestossen. Dies vor allem auch bei denjenigen Bevölkerungskreisen, die sich in der Schweiz für eine Entwicklung unserer Gesellschaft in Richtung auf Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und Schaffung sozialer Gerechtigkeit einsetzen.

dieser Bundesratsbeschluss unter den heutigen Bedingungen – keine äussere Bedrohung des Landes wie zur Zeit der Verfassungswirksamkeit des Faschismus – und sobald als möglich aufgehoben werden sollte. Dieser Forderung kann nur zugestimmt werden.

Unter diesen Umständen ist eine äusserst liberale Anwendung dieses umstrittenen «Redeabschlusses» unbedingt angezeigt. Die Beteiligung von Ausländern an der engagierten öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Fall Chile gefährdet heute weder die innere und äussere Sicherheit des Landes» noch «Ruhe und Ordnung».

● In der Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über Aufenthalt und Nieder-



Ende bereitet und dessen Anhänger – nun für vogelfrei erklärt und rechtlos – einer beispiellosen faschistischen Hetzjagd ausgesetzt. Für jeden überzeugten Demokraten ist es nun unbedingt notwendig, dass die Hintergründe dieses Putschs und die Ursachen für die gewaltsame Liquidierung des chilenischen Experiments in aller Öffentlichkeit aufgedeckt und diskutiert werden.

lassung wird festgehalten: «Flüchtlingen für vogelfrei erklärt und rechtlos – einer beispiellosen faschistischen Hetzjagd ausgesetzt. Für jeden überzeugten Demokraten ist es nun unbedingt notwendig, dass die Hintergründe dieses Putschs und die Ursachen für die gewaltsame Liquidierung des chilenischen Experiments in aller Öffentlichkeit aufgedeckt und diskutiert werden.»

Die Propagandajagd der Junta und ihrer Gesinnungsfreunde in aller Welt – verbreitet durch finanziell mächtige Medien – trägt nun sicher nicht viel zu dieser notwendigen Aufklärung bei. Eine objektive Darstellung der Ereignisse ist ja schliesslich auch gar nicht ihr Ziel, eher die systematische Vernebelung der wahren Hintergründe. Wer anders wäre besser in der Lage, diesen Propagandaschleier zu durchbrechen, als diejenigen, die den chilenischen Weg zum demokratischen Sozialismus mitgestaltet haben: die heute von der Junta grausam verfolgten Anhänger – Allendes, die chilenischen Flüchtlinge, die zum Teil in der Schweiz politisches Asyl erhalten. Allerdings besteht die Gefahr, dass in der Schweiz diese bitter nötige Aufklärung durch die von der Junta Gejagten nur in sehr beschränktem Ausmass erfolgen kann:

● Nach dem Bundesratsbeschluss betreffend «politische Reden von Ausländern» dürfen Ausländer an öffentlichen oder geschlossenen Versammlungen nur mit besonderer Bewilligung über ein politisches Thema sprechen. Die Bewilligung wird erteilt, wenn eine Gefährdung der äusseren oder inneren Sicherheit des Landes oder Störung von Ruhe und Ordnung zu befürchten ist. Von den verschiedensten Seiten ist in letzter Zeit wiederholt darauf hingewiesen worden, dass

send Maschinengewehre tschechischen Ursprungs und die Anwesenheit von Kubanern und Sowjetbürgern in Chile. Die Junta gibt sich entsprechend als Befreier Chiles vom internationalen Marxismus und behauptet, eine nationale Entwicklungspolitik zu betreiben. In einem 9-Punkte-Rundschreiben der chilenischen Handlungskammer an die ausländischen Handelspartner («focus» 47/1972) heisst es unter Punkt 9: «Die Länder, die sich im Entwicklungsprozess befinden und die vor dem Angesicht der Welt ihre Bemühungen und ihren Mut beweisen, so wie unsere Heimat Chile dies tut, verdienen die Unterstützung von allen. Wir Chilenen sind die ersten, die den internationalen Marxismus mit eigener Kraft und ohne jegliche ausländische Hilfe besiegt haben.»

Das Handelskammer gehört zu den Verbänden («grupos»), aus denen gemäss der von der Junta angekündigten Verfassung die neue chilenische Gesellschaft gebaut werden soll. Sie kontrolliert annähernd 70% aller Grosshandelsaktivitäten und spielte eine entscheidende Rolle bei der Streikoffensive und den Schwarzmarktaktivitäten, die das

Propaganda der Junta-Generale fand in der Schweiz willige Abnehmer

Chile: 15000 Tote für ein besseres Investitionsklima

«Utopisch und verrückt» findet Nationalrat James Schwarzenbach die «Forderungen gewisser Kreise» nach Aufnahme einer grösseren Zahl von Chile-Flüchtlingen in der Schweiz. Er hatte schon gegen die Aufnahme von nur 200 Opfern des Militärputsches vom letzten September protestiert. Die Nationale Aktion ihrerseits ist der Auffassung, es wirke «als Hohn und Spott auf die überbevölkerte demokratische Schweiz, wenn gewisse Organisationen für Tausende revolutionärer Südamerikaner Gerechtigkeit in unserem Land verlangen und damit das Asylrecht zu politischen Zwecken missbrauchen wollen». Doch die beiden Rechtsaussen der Schweizer Politik sind nur die Spitze eines Eisbergs, symptomatisch dafür, dass die Propaganda der Junta-Generäle bei den konservativen Kräften der Schweiz nicht auf taube Ohren gestossen ist. Tatsächlich fielen auch deren Reaktionen von Nationalrat Eibels («Trumpf Buur») («Was geht uns Chile an?») bis zum Communiqué der Freisinnigen Partei («Gewalt ist zwar grundsätzlich zu verurteilen, aber Allende hatte es eben doch zu weit getrieben») recht einseitig, wenn nicht gerade zugestimmt

der Junta, so doch nicht immer zu ihrem Nachteil aus. Und man spürte deutlich ein erleichtertes Aufatmen in der Tagespresse, als im Nahen Osten das Kriegsbeil wieder ausgegraben wurde, da nun das chilenische Drama von einem Tag auf den andern in den Hintergrund geschoben werden konnte. Wenn man weiter z. B. die Zahl der 1968 aufgenommenen tschechoslowakischen Flüchtlinge (12 000) mit der Zahl der Chilenen vergleicht, mit denen heute das Boot schon voll sein soll (200), so zeigt sich, dass offenbar auch die Schweizer Humanität verschiedene Massstäbe anlegt. In der CSSR damals, wird man uns entgegenhalten, waren eben weniger Schweizer Interessen gefährdet als in Chile heute. Gerade weil einerseits die Schweiz am Geschehen in Chile nicht unschuldig ist, und weil andererseits die Junta eine nahezu absolute Informationsperre verhängt hat, scheint es uns von erstrangiger Wichtigkeit, auf die Hintergründe und die Argumentation der Junta-Propaganda einzugehen und deren Echo hierzulande zu untersuchen. Dies soll im folgenden Artikel geschehen. Redaktion «konzept»

Der Weltkirchenrat hat bis Ende 1973 mit 13 000 Flüchtlingen in den für Ausländer bestimmten Flüchtlingslagern in Chile gerechnet. Bis 31. Dezember hätten diese Lager aufgelöst sein sollen. Ein Versuch der Kirchen, sich auch um Chilenen zu kümmern, wurde von der Junta abgelehnt. Dabei haben Verhöre, Verhaftungen, Folterungen und Exekutionen von Angehörigen der gestürzten Regierung nicht aufgehört, sondern sind nur systematischer geworden. 2000 Flüchtlinge befinden sich bisher in der Schweiz. Die Schweiz wird weitere Flüchtlinge aufnehmen – das ist möglich geworden, seit es den ausserpolitischen Beziehungen zum neuen Regime nicht mehr schadet, sondern eher dienlich ist, weil die Ausländerlager und Botschaften leer werden sollen, um die «Normalisierung der Lage» auch gegenüber dem Ausland herstellen zu können.

werden sie durch allerlei Maulkörbe, Einschüchterung und Isolierung hier noch zu einem Alibi der Junta werden? Die Mehrzahl von ihnen hatte in Chile Schutz vor der Verfolgung im lateinamerikanischen Heimatland gefunden, einen Ausländerpass und einen Arbeitsplatz von der Regierung oder einer befreundeten Partei. Als Leute, die bewusst oder auch aktiv am politischen Leben in den drei Jahren der UP-Regierung teilgenommen haben, die dem eigenen Leib Terror und Folter erlebt haben, sind sie lebende Widerlegung der Propaganda der Junta. (1)

Die Thesen der Junta

Die Rechtfertigungsversuche der Junta in Chile gehören zum Verlorensten, was es gibt. Wer sie näher studieren möchte, kann sich an die chilenischen Botschaften wenden, die etwa die Bildbrochure «Tres años de destrucción» oder Propagandasondernummern von «El Mercurio» verteilen. Das Rezept ist stets dem Gegner zu unter-schieben, was man selber tut.

«Allende plante einen blutigen Putsch»

Die Junta behauptet, einen «Plan Z» gefunden zu haben, nach dem am 17. September die gesamte Opposition und Heeresführung umgebracht werden wollte. Ueberall seien Listen von umzubringenden Leuten gefunden worden. Bisher hat die Junta diese Listen nicht vorgezeigt. Die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» schrieb hierzu (24. 11. 73): «Die Behauptung General Pinochets, des chilenischen Juntavorsitzenden, der gestürzte Präsident Allende habe Massenmorde geplant, denen 1 Million seiner Gegner zum Opfer gefallen wären, hätten sie die Offiziere nicht durch ihren Putsch vereitelt, wird nicht einmal von ihnen geglaubt werden, die dem toten Allende das Schlimmste zutrauten. Ueber die angeblich aufgefundenen Mordpläne der Volksfront redet die Junta schon seit Monaten, ohne bisher, wie versprochen, Beweismaterial vorgelegt zu haben.»

«Die Repression ist eine Erfindung des Weltkommunismus»

Zwar erklärte die Junta den Marxismus zum Krebsgeschwür, das man

ausmerzen müsse, doch die im Ausland ungünstig aufgenommenen Berichte über das Ausmerzen bezeichnet sie als Verleumdungskampagne des internationalen Kommunismus. Eine Delegation aus Vertretern von Kirche und «gremios» sollte die Entstellungen Chiles im Ausland auf einer grossen Welttournee berichtigen. Inzwischen gibt es aber Hunderte von Zeugenaussagen über Folter und Massaker. Der ausgewiesene schwedische Botschafter hat die Zahl der vom Regime Getöteten auf 15 000 geschätzt. Es gibt mehr als 30 000 Gefangene in über 30 Konzentrationslagern. Diverse internationale Organisationen (zum Beispiel Amnesty International) haben auf die Verletzung der elementarsten Menschenrechte hingewiesen. Hier ist wohl der Grund, warum die grosse Aufklärungsmission über das «wahre Chile» ausgefallen ist.

«Das chilenische Volk hat sich einer ausländischen Aggression erwehrt»

Zum Beweis der ausländischen Aggression dienen der Junta vor allem die ausländischen politischen Flüchtlinge und dann die freundschaftlichen Beziehungen, die die UP-Regierung zu Kuba und zur Sowjetunion hatte. («Den extremistischen Ausländern, die gekommen sind, um Chilenen zu töten, wird kein Pardon gegeben»). Fidel Castro gehörte in der Tat zu den wenigen, die



Putsch-General Pinochet bei einer Pressekonferenz
Mit dem Beistand der göttlichen Vorsehung ein neues Chile aufbauen

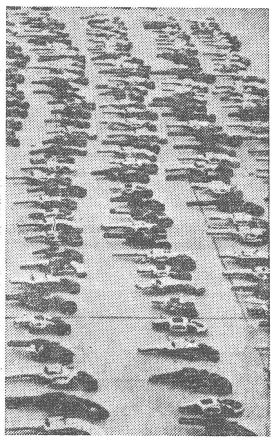
**Rückkehr zur «Ordnung»:
Jubelnde Chile-Schweizer**
«Mit dem 11. September hat sich alles geändert. Man muss erlebt haben, wie plötzlich alles wieder Leben bekommt, Hoffnung schöpft. Die Menschen lachen sich fröhlich zu, die Läden sind geöffnet, die Schaufensterauslagen werden zurecht gemacht, Busse, Taxis, Lastwagen, alles fährt und arbeitet wieder. Die Kinder können wieder ruhig in die Schule geschickt werden. Das Militär und die Polizei sind der Garant für Frieden, Ordnung und Sicherheit im Lande. Mögen sie die Geschicke des Landes recht lange leiten!»

nes Licht für die Aufnahme von Flüchtlingen gegeben ist – werden die Flüchtlinge hier gegen die Junta aussagen dürfen, ihre Lügen über die UP-Regierung richtigstellen können und für die Kräfte der nationalen und sozialen Befreiung Lateinamerikas sprechen? Wenn sie in den vom herrschenden Block in der Schweiz dominierten Medien nicht zu Wort kommen können, werden sie sich organisieren dürfen, um den Kampf gegen das faschistische Regime in Chile, für die Befreiung der lateinamerikanischen Massen aus Abhängigkeit, Unterentwicklung, Ausbeutung, Elend unterstützen und in der Schweiz propagieren zu können? Oder

ökonomische Chaos in der zweiten Hälfte der Regierung Allende herbeiführen. (1).

● Zum Thema «Eigene Kraft» veröffentlichte die «Washington Post» am 21. Oktober Auszüge aus einem Hearing vor dem Ausschuss für interamerikanische Fragen, in dem die CIA-Direktoren W. Colby und F. Davis ausagten, der CIA habe zum wirtschaftlichen Chaos in Chile beigetragen durch

● Einflussnahme auf internationale Geldorganisationen im Sinne des Weis-



Konfisziertes «Waffenlager» von Allende-Anhängern
Mit Klein caliber-Pistolen den Umsturz vorbereitet

sen Hauses (das heisst, Chile Kredite zu verweigern),

● Einflussnahme auf die Wirtschaft im Inneren Chiles und auf die Bevölkerung. Es entspann sich folgender Dialog:

Fascell: «Kann man vernünftigerweise annehmen, dass die Agentur alle politischen Parteien Chiles infiltriert hat?»

Colby: «Ich möchte sagen: ja. Ich bin nicht sicher, dass es alle waren, vielleicht sind uns einige entgangen.»

Fascell: «Die Mehrzahl?»

Colby: «Ich denke, dass unser Geheimdienst die Mehrzahl von ihnen bedient. Sagen wir es so.»

Fascell: «Ist dies das übliche Vorgehen?»

Colby: «Das hängt vom Land ab.»

«Die Allende-Regierung hat das ökonomische Chaos verursacht»

Das ökonomische Chaos im letzten Abschnitt der Regierung Allende bestand im Mangel an Konsum- und Investitionsgütern und Ersatzteilen, im Schwarzmarkt, im Verschwinden von Gütern, im Zusammenbruch des Verteilungssystems, in Streiks, Sabotage, Terror, im Rückgang der Produktion. Dennoch sind die Chilenen nicht verhungert. Die beiden Hauptklassen organisierten sich ihre Versorgung auf ihre Weise: die Reichen über den Schwarzmarkt, die Armen über von ihnen selbst und vom Staat geschaffene Quartierverteilungssysteme.

Die Hauptfrage ist hier aber: Wer ist für das Chaos verantwortlich gewesen? Die Behauptung der Junta ist, Allende habe planvoll ein Werk der Zerstörung des Landes betrieben. Robert Eibels «Trumpf Buur», der diese Version per Zeitungsinserat verbreitete, berichtete dazu: «Revoltiert haben... auch die Proletarier, deren nackte Existenz dem marxistischen Dogma geopfert werden sollte.»

Tatsache ist, dass die UP und besonders die Kommunistische Partei kein wichtigeres Ziel hatten, als die «Produktionsschlacht» (kommunistischer Terminus) zu gewinnen, und an einem Chaos keinerlei Interesse haben konnten. Das ökonomische Chaos wurde vielmehr vom US-Imperialismus und von der chilenischen Bourgeoisie planvoll herbeigeführt:

● Der Kupferkrieg, den die US-Kupferfirmen wegen ihrer Enteignung gegen Chile führten, versetzte der chilenischen Wirtschaft einen schweren Schlag (vgl. dazu «konzept» 1/7, Jan. 73).

● Der Lieferboykott der USA (etwa in bezug auf Ersatzteile) traf die land-

wirtschaftliche und industrielle Produktion des technisch von den USA abhängige Chile.

● Der Kreditstopp der vom US-Kapital beherrschten internationalen Finanzinstitute verhinderte Auslandshilfe und Investitionen (dies gehörte zum Chao-Plan der ITT, «konzept» 1/6, Dez. 72).

● Streiks der Transportunternehmer und Händler legten die Verteilung lahm.

Diese Streiks waren so freiwillig und spontan nicht, wie die Junta-Propaganda vorgibt. Ueber die Genfer «Bank für den Handel mit Israel» zum Beispiel flossen seit Januar 1973 2 Mio. Dollar nach Chile, um die Streiks der Lastwagenbesitzer zu finanzieren. Ein Lastwagenfahrer gab zu, dass ihm und seinen Kollegen täglich 7 Dollar ausge-

«Die Junta wird die sozialen Errungenschaften nicht abschaffen, im Gegenteil, wir wollen sie in der Legalität weiterentwickeln» (Pinochet)

Bisherige Massnahmen: Der garantierte tägliche halbe Liter Milch pro Kind wurde als lächerlich abgeschafft, 200 000 Arbeiter entlassen, Streiks mit Rückwirkung bei Strafe verboten. Gewerkschaften aufgelöst. Löhne blockiert, verstaatlichte Betriebe zurückgegeben, der alten Unternehmerklasse zu neuer Macht verholfen, dem ausländischen Kapital die Tür geöffnet. Die Preise liess man auf ihre «natürliche» (das heisst Schwarzmarkt-)Höhe klettern. Die «NZZ» (29. 12. 73) meint dazu in einem Artikel über «erste Erfolge der neuen Wirtschaftsordnung»:

«Das Vertrauen der Unternehmer in die neue Regierung trägt die erwarteten Früchte.» Der oben erwähnte Rundbrief der chilenischen Handelskammer in Punkt 8: «Aus den beiden Punkten ergibt sich, dass heute mehr als zuvor der internationale Handel völlig Vertrauen zu seinen chilenischen Käufern haben kann, nicht nur aufgrund ihres Prestiges, sondern auch unterstützt durch die Rechtschaffenheit der obersten Befehlshaber unseres Regiments.»

Im übrigen werden die sozialen Errungenschaften vorsichtigerweise nicht genannt, zum Beispiel, dass gewisse arme Schichten erstmals Zugang zu Dingen wie Fernseher und Kühlschrank hatten, dass Allende 100 000 Wohnungen bauen liess.

«Alledes Regime war verfassungswidrig und diktatorisch»

Die Junta erklärte unter den Hauptgründen ihres Eingreifens an erster Stelle (3), dass Allende «die fundamentalen Freiheiten des Ausdrucks, der Lehre, das Versammlungs-, Streik- und Besitztum verletzt habe und allgemein das Recht auf eine sichere, würdige Existenz». Sie selber schaffte sämtliche demokratischen Rechte und Freiheiten, das Parlament, die Parteien, die Verfassung, die Gerichtsbarkeit ab, verkündete das Kriegsrecht, hielt sich aber nicht einmal an das Kriegsrecht. Ein Recht verspricht, «das Land zu erheben, Frieden und Ruhe wiederherzustellen, den Hass zum Verschwinden zu bringen, damit das chilenische Volk in Frieden und Demokratie leben kann und in dem Glück, das die Freiheit gibt». Gleichzeitig ruft er die Bevölkerung über die Zeitungskette «El Mercurio» auf, jeden des marxistischen

«La vérité» von «Paris Match»

Dem Reporter G. Menant von «Paris Match» hatten die chilenischen Kollegen vor dem Putsch augenzwinkernd bedeutet, er möge noch ein paar Tage bleiben. Er revanchierte sich mit folgender Story: «Aber die grausamste Episode fand in der Sumar, der grossen nationalistischen Textilfabrik, statt, deren Keller von Waffen überfüllt. Zu einem bestimmten Zeitpunkt hielten die Verteidiger der letzten Fabrik die noch Widerstand leistete, weisse Fahne. Sofort begaben sich 30 Carabinieri zu dem Gebäude, um die Übergabe zu organisieren und die Waffen zu empfangen. Innen erwartete sie eine MG-Salve, die sie sofort niederstreckte. Und während draussen die Schiesserei von neuem begann, wurden die Leichen der Carabinieri mit Axt und Säge zerteilt. Die Verteidiger verteilten die Stücke unter sich: Köpfe, Arme, Beine, Eingeweide. Dann warfen sie diese wie Granaten in Richtung Angreifer. Diese Gesichter, in der der ganz spanische Geschmack am Entsetzen sich mit dem alten Zauber indianschen Totenkarnivals mischt, öffnet Ausblicke auf ein gewisses Chile, das von hastigen Besuchern ein bisschen zu leicht europäisiert wurde...»

Denkens Verdächtigen den Militärorganen anzuzeigen. (1)

Man kann darüber streiten, ob Allende die von ihm für die Enteignung von Betrieben ausgegrabenen Gesetze richtig interpretiert hat. Man kann auch darüber streiten, ob die UP-Regierung verfassungskonform war und ob die Schweiz es ist, wenn sie chilenischen Flüchtlingen das Reden verbietet. Es ist aber der Gipfel der Debatte, wenn man, wie der Freiburger Professor Puelma, dies tut, um damit das Vorgehen der Junta zu rechtfertigen. Puelma, der zu den ersten Kommentatoren des Putsches im Schweizer Radio (Echo der Zeit) und im Fernsehen gehörte, findet in einem langen Artikel in der «Schweizerischen Studentenzeitung» nur Lobendes für die Junta und alle erdenklichen Verminglungen für die Allende-Regierung. Für uns zieht er dann die ernste Lehre gegenüber den «Brandstiftern» aller westlichen Länder: «Seid wachsam und wehret den Anfängen.» (4)

Nach Puelma sollte man nicht zulassen, dass die Linken genügend Mehrheiten gewinnen, um auf demokratische

zucht worden waren, die auf dem Schwarzmarkt 10 000 Escudos ergaben (livezeitkommentar). Lastwagenfahrer zu der Zeit rund 40 000 Escudos. (2) Die «Chilenen» (Nr. 10) berichten, dass 1972 200 Mio. Dollar nach Chile kamen, um den Streik zu unterstützen. (1) Nach «Jornal do Brazil» vom 13. 10. 73 rühmt sich Major Davila, im Auftrag der nationalistischen Gruppen und führender Armeeangehöriger Bemühungen zur Beilegung der Führerstreiks sabotiert, ferner Brücken und Häuser gesprengt und einige «Kommunisten» umgebracht zu haben. Davila gehörte mit General Viaux zu den Organisatoren der Entführung und Ermordung General Schneiders – eines Unternehmers, das 1970 den Amtsantritt Allendes verhindern sollte.

Weise das System der Demokratie, das heisst die Verfassung, in ihrem Sinne zu verändern. Im Kern stützt sich das Verfassungsargument auf einen Brief des Obersten Gerichtshofs, der – eine rein politische Aktion – ausserhalb einer Sachentscheidung und also juristisch unstatthaft war, und auf einen Mehrheitsbeschluss des Parlaments, die UP-Regierung sei illegal – juristisch ebenfalls unbedeutend.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Behauptung, in Chile habe sich wieder die Unvereinbarkeit von Marxismus und Demokratie gezeigt, wofür sich das Schweizer Fernsehen in seinen ersten Background-Sendungen stark machte. Dabei hatte es sogar ein rein politisches Argument – ausserhalb einer Sachentscheidung und also juristisch unstatthaft war, und auf einen Mehrheitsbeschluss des Parlaments, die UP-Regierung sei illegal – juristisch ebenfalls unbedeutend.

«Allende baute ein Parallelheer auf»

Bei den veröffentlichten Waffenfunden handelt es sich überall um leichte Waffen, die nicht an Leute verteilt wurden und so gering waren, dass etwa die Behauptung Freis (1) Nr. 9, dass sie die Ausrüstung für ein Heer darstellten, welches die Armee zahlenmässig übertrafen hätte, masslos übertrieben ist. Es ist klar ersichtlich, dass die minimale Bewaffnung von Arbeitern und auch die Leibwache Allendes (GAP) – von der Junta zu einem Guerillaheer aufgebaut – rein defensiven Zielen diente. Verteidigung war allerdings notwendig – allein schon wegen der über 600 Terror- und Sabotageakte der Rechtsextremisten von «Patria y Libertad».

«Die Armee war loyal bis zuletzt»

Puelma: «Auch die Militärführer der drei Waffengattungen scheinen sich in stunden- und tagelangen Gesprächen mit Allende um eine solche friedliche Lösung bemüht zu haben, die ihnen als der einzig mögliche Ausweg aus einem Staatsbankrott... erschien... Allende blieb unerbittlich...»

G. Menant von «Paris Match»: «Es stimmt auch, dass die Entscheidung zum Putsch erst im allerletzten Moment getroffen wurde, als alles er-

Chiles Christdemokraten

Schon einen Tag nach dem Putsch sagte die DC der Junta in einem Communiqué ihre Unterstützung zu. Unter der Federführung von Ex-Präsident Frei und Parteipräsident Alwyn wird darin die Junta als Retter Chiles begrüss und behauptet, Allende habe Bürgerkrieg und kommunistische Diktatur verbreitet und ein systematisches Werk der Zerstörung Chiles betrieben (3). Dass die DC-Führung damit keine Verwirrung durch die Junta-Propaganda unterliegt, sondern bewusste Lügen verbreitet, geht aus den ITT-Dokumenten (2) hervor. Danach hat Frei stets in Kontakt mit putschbereiten Fraktionen der Armee und mit dem auf Umsturz zielenden ausländischen Kapital gestanden, und: «Gewisse seiner Freunde in der Führung der Partei haben ihm vorgeworfen, herbei (d. h. bei seinen Reisen nach Europa und den USA 1971-72) Unternehmern und Finanzkreisen in Europa und den USA aufgefordert zu haben, die chilenische Wirtschaft mit allen Mitteln zu boykottieren» («Le Monde», 20. 9. 73). Gleichzeitig hat Frei als Führer der Parlamentsopposition den permanenten eleganten Boykott der UP-Regierung angeführt und die Parlamentsmehrheit schliesslich dazu benutzt, die Regierung Allende durch Mehrheitsbeschluss für illegal zu erklären und damit zum Putsch zuzurufen.

Damit ist die DC Chiles jedoch keineswegs charakterisiert. Mitfinanziert und mitaufgebaut von der CDU (3) (gleich nach dem Putsch wurden Alwyn und Frei auf den Hamburger Parteitag der CDU eingeladen), verdankte die DC ihren beispiellosen Erfolg (Frei bekam 1964 64% der Stimmen) der Tatsache, dass sie als kapitalistische Alternative zur nationalen Entwicklung sowohl vom kapitalistischen Ausland als auch von grossen Massen von Chilenen unterstützt wurde. Das nicht ganz zu Unrecht so genannte Experiment der «Revolution in Freiheit» bedeutete in der Tat einen revolutionären Prozess, auf dessen Programm Nationalisierung der Ressourcen, Enteignung des Grossgrundbesitzes, Partizipation der Massen standen. Dass dieser Prozess steckenblieb, lag letztlich an denselben Widerständen, die die UP-Regierung stürzten, und führte 1970 gegen den Widerstand Freis zur Nomination von R. Tomic als Präsidentschaftskandidat mit einem Programm, das sich nicht wesentlich von dem der UP unterschied (9).

«Diese Schweine. Wir waren immer loyal. Auch unsere Frauen und Kinder wollten sie umbringen. Hier hilft nur noch mano dura, die harte Hand» (Spiegel 41/1973).

Die Arbeiter, kleinen Bauern und armen Leute sind vorerst nicht zielgruppe der Propaganda. Wer nicht bösen will, muss fühlen.

Den wichtigsten Adressaten bilden



Gefangene im Nationalstadion
Warten auf die Hinrichtung

wohl die Mittelschichten. Seit einigen Wochen wendet sich die Junta ausdrücklich an diese Adresse, um sich die Solidarität der Mittelschichten auch über den Triumph der ersten Stunden hinaus zu erhalten.

«Nach einer Untersuchung der Uno profitierten die zur Mittelschicht gerechneten 45% der Bevölkerung mehr von der Einkommensumverteilung unter Allende als das Proletariat: Der Anteil am Volkseinkommen stieg von 53,9 auf 57,7 Prozent, der Anteil der als Unterschicht geltenden Hälfte der Bevölkerung nahm nur von 16,1 auf 17,6 Prozent zu» (Spiegel Nr. 38/1973).

Die Einkommensumverteilung unter der UP erhöhte den Konsum, die Verteilung des Finanzwesens bedeutete Kleinkredite für die kleinen Unternehmer, deren Profite stiegen. Zwar hob das wirtschaftliche Chaos im letzten Jahr sicher manche dieser Vorteile für das Kleinbürgertum wieder auf, aber noch auf dem schwarzen Markt dürften viele Händler die schönsten Gewinne gemacht haben. Dies deutet darauf hin, dass für diese Schichten (das gilt auch fürs Militär) die ökonomische Lage nicht ausschlaggebend ist und Propaganda und Ideologie eine sehr wichtige Rolle spielen.

Adressat Ausland-Kapital

Die herrschenden Klassen in Chile haben das (schneller und besser als die UP) längst begriffen und sich ihr neues Regime mit einem Image nach innen versehen, das die wichtigsten Elemente kleinbürgerlicher Ideologie deutlich hervortreten lässt («Chilenidad», Ausländerphobie, nationale Einheit statt parteipolitischer Querelen und Klassenkampf).

Ein weiterer Adressat ist natürlich die öffentliche Meinung im Ausland und das ausländische Kapital, das nach Chile geladen werden soll. Dabei wird es an vertraulichen Versicherungen, die Repression sei genügend effektiv, um eine friedliche Arbeitskraft zu garantieren, nicht fehlen, was im übrigen für die Geschäftswelt keinen Widerspruch ergibt zur laut verkündeten «Normalisierung».

Manuel Valdés (Präsident der nationalen Gesellschaft für Landwirtschaft, Verteidiger der Landoligarchie und für die Aufklärungsmission der Gremios

vorgesehener Goodwill-Botschafter): «Die Massen (in Chile) müssen zu nächst mehr Schmerz, Hunger und Elend erdulden, bevor sie die Notwendigkeit einer intelligenten Elite verstehen, die ihr Leben zu kontrollieren hat» (1).

An die Adressen der ausländischen Exporteure aber: «Die Streikkräfte zu sammeln mit der Polizei beschlossen deshalb, nach genauem Abwägen der Geschehnisse, die Normalität wiederherzustellen und die legalen Wege erneut zu gehen, die die Grundsätze eines freien und zivilisierten Volkes bilden» (Chilenische Handelskammer).

Wer verbreitet die Propaganda?

Im Inland: Sämtliche Informationsmittel, die die Politik der Junta hätten durchkreuzen können, wurden zerstört oder verboten. Auch die Parteien und Organisationen, deren politisches Ziel der Sturz der UP war, sind, nachdem sie ihre Aufgabe erfüllt und ihr Ja zur Junta vor dem Volk abgegeben haben, offiziell aufgelöst und als Informations-träger nicht mehr vorhanden. Einzig «El Mercurio» und die vom Mercurio-Imperium abhängigen Zeitungen dürfen erscheinen und bilden das Hauptinstrument der Propaganda der Junta. Keine schwarze Liste, kein Aufruf zur Denunziation von Mitbürgern, die «El Mercurio» nicht abdruckt.

Diese Zeitungen, die unter der Regierung Allende offen zu Aufruf und Sabotage aufgerufen hatten, konnten stets ungehindert erscheinen, was die Junta nicht hindert zu behaupten, Allende habe die Pressefreiheit abgeschafft. Die Freiheit, die «El Mercurio» heute geniesst und die es der Zeitung auch erlaubt, kritische Bemerkungen zur Politik der Junta zu machen, ist die Freiheit der Monopole als des dominierenden Blocks der herrschenden Klassen, die in «El Mercurio» ihre Stimme haben wie auch in der Junta und ihrem Hintergrund. Wirtschaftsminister Fernando Léniz Cerda, früherer Präsident der Zeitungskette «El Mercurio», ist ein einziger Nichtmilitär in der heutigen Regierung; wichtigster Wirtschaftsberater ist Raul Sáez, Präsident der SOFOFA, der alle Monopolindustrien umfassenden Unternehmensvereinigung.

Fortsetzung Seite 3

konzept

Herausgegeben von der Redaktion des «Zürcher studentens», in Zusammenarbeit mit dem Verband der Schweizerischen Studentenschaften.

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 37 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon 0 (0) 47 75 30, Postschekkonto: 80-37626. Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nest, Thomas Rüst, Beat Schweingruber.

Die im «konzept» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen. Inserate: Mosso-Amocion AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. 0 (0) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telefon (01) 39 30 30.

Redaktionsschluss: 28. Januar 1974
Inseratenschluss: 1. Februar 1974

Augenzeugenbericht über den Putsch der chilenischen Militärs

«Hasta la victoria siempre!»*

«Ohne Waffen, ohne Organisation im Volk, angesichts zerstörter politischer Kader, blieb uns allein die Alternative, von Haus zu Haus zu streifen, bis uns die Militärs entdeckten und auf der Stelle erschossen, oder in einer Botschaft um Asyl zu ersuchen, damit wir ausserhalb unseres Landes die Kräfte reorganisieren und Vorbereitungen für eine Rückkehr treffen konnten, um uns in die Organisation des Widerstands zu integrieren, die in Chile heute bereits keimig, schrieb der Sozialist David Iturras, Ex-Direktor der SUMAR-Nylon-Werke in Santiago im Oktober des vergangenen Jahres, kurz nach dem blutigen Putsch, der in Chile dem Experiment der Errichtung des Sozialismus auf legalem Wege ein jähes Ende bereite. «konzept» druckt im folgenden in leicht gekürzter Fassung einen Augenzeugenbericht Iturras über die Ereignisse vom 11. September 1973 – Tag des Putsches – bis zum 15. September ab. Iturras Schilderung ist

nicht aus der vornehmen Distanz eines ausländischen Beobachters verfasst. Sie ist zugleich die Stellungnahme eines von den tragischen Ereignissen des letzten Septembers direkt Betroffenen, eines Mannes, der die Grausamkeiten der Militärs aus nächster Nähe miterlebte. Der Bericht erreichte uns erst am Anfang dieses Jahres. An Aktualität hat er jedoch noch nichts eingebüsst, da bis anhin nur spärliche Informationen zur Durchleuchtung des Putsches bis zu uns durchgesickert sind (siehe auch unseren Artikel auf der ersten Seite). Leuten wie Iturras sollte es erlaubt werden, die chilenischen Ereignisse hierzulande aus ihrer Sicht darzustellen, damit über den Putsch das volle Licht geschaffen werden kann und die Propaganda der Junta auch eine Erwiderung erfährt. Man schafft die Blutsprünge von den Särgen nicht aus der Welt, indem man das Grab der Ermordeten in einen diskreten Schleier hüllt. Redaktion «konzept»

Der Tag beginnt relativ normal. Es ist 7.10 Uhr, und der Weg von meinem Haus zu den Industrieanlagen kommt mir wie jeden Tag vor. Nur die Strassen sehen verlassen aus – wegen des Streiks der Omnibusunternehmer. Dieser Streik wurde in Koordination mit den Militärs durchgesetzt und mit der politischen Kontrolle durch «Patria y Libertad» (Vaterland und Freiheit) durchgeführt. Ich komme im Betrieb an mit der Absicht, einen weiteren Tag mit seinen täglichen Pflichten zu erfüllen, ohne die geringste Ahnung, was die chilenischen Arbeiter an diesem 11. September 1973 erleben sollten.

Militärs holen zum grossen Schlag aus

Die Ankunft gestaltete sich wie an jedem gewöhnlichen Arbeitstag: Ich war damit beschäftigt, Anweisungen an meine Sekretärin und an die Abteilungsleiter zu geben, als das Telefon läutete und der Compañero Andres von Lanker, Exekutivsekretär des Textilkomitees Corfo, mich sprechen wollte. Meine Sekretärin reichte mir die Verbindung, und ich hörte mich wachsendem Entsetzen und mit Bestürzung, was mir der Compañero Andres mit-

teilte. Er sagte mir: «David, rufe sofort eine Versammlung der Arbeiter zusammen und teile den Compañeros mit, was ich dir erklären werde. Die Kriegsmarine hat Valparaiso besetzt und ist auf dem Weg nach Santiago – in der

Absicht, die Regierung Allende zu stürzen. Es scheint, dass das Militär in Santiago noch nicht Stellung bezogen hat, aber die Offizierschule der Carabineros macht sich schon auf den Weg zur 'Moneda' in der Absicht, mit den



Zerbombter Zentralsitz der Sozialistischen Partei nach dem Anriff vom 11. September. Einen besseren Morgen für seine Kinder. (Bild Naul Ojeda)

* «Bis zum endgültigen Siegt»

ganzen Carabineros-Korps die Volksfrontregierung zu verteidigen. Es scheint, dass sie zum grossen Schlag auszuholen.» Ich antwortete ihm: «Erwarten Sie, bei jeder Neuigkeit rufe wir uns an.» Daraufhin veranlasste ich eine dringliche Versammlung der Gewerkschaftsführer der Unidad Popular (UP), um die Situation zu analysieren und um zu überlegen, in welcher Weise man den 2500 Arbeitern der Fabrik darlegen sollte, was im Gange war. In der Versammlung brach ein Konflikt aus: Die Führer der Kommunistischen Partei (PC), die in der Mehrheit waren, vertraten die Auffassung, es handle sich nur um den Versuch eines Putsches, der «die Masse nicht beschäftigen sollte»; ausserdem sollte man die Masse nicht «spalten». Sie erklärten, dass sie zuerst das Zentralkomitee konsultieren müssten, bevor sie irgendeine Entscheidung treffen könnten – es war, als ob sie nicht verstehen wollten.

Daraufhin berief ich eine Blitzversammlung ein, die um 9 Uhr zustande kam und auf der die Situation in ihrer ganzen Ernsthaftigkeit den Arbeitern dargelegt wurde.

Letzter Aufruf Allendes

In der Versammlung beschloss man, die Produktion stillzulegen, wachsam abzuwarten und jederzeit Blitzversammlungen einzuberufen, um die Compañeros zu informieren, was im Gange war, und um sofort Massnahmen für einen möglichen Widerstand und für eine Besetzung des Betriebs zu ergreifen, wenn die Umstände es erforderten. Weil jedoch die Militärs bereits bombardierten und die Kommunikationsmedien unterbrochen bzw. einfach zerstört hatten, war die Information, die um an diesem Morgen erreichte, minimal. Wir hörten nur die kurze Rede von Präsident Allende und die Aufrufe der Confederacion Unica de Trabajadores (CUT).

Unverzüglich darauf rief ich eine Versammlung der Betriebsleiter ein und gab ihnen kurzen Bericht über die Vorgänge im Land. Ich ordnete an, dass jeder die Verantwortung trage, damit die Betriebsstilllegung möglichst schnell durchgeführt würde. Denn wegen Technologie und der Besonderheiten der laufenden Produktion konnte der Betrieb nicht sofort stillgelegt werden. Alle Betriebsleiter versprachen die volle

Compañero:

Bezeichnet zum einen die Parteizugehörigkeit (etwa wie auf deutsch «Genosse»), zum anderen wird es benutzt als Anrede für den Arbeitskollegen und für jeden, der zum Volk gehört. Nur die Momios fühlen sich durch die Anrede «Compañero» beleidigt.

Momio:

Kommt von Mumie, ist ein Sammelbegriff für die chilenische Reaktion, deren politisches Denken, wie ägyptische Mumien, hoffnungslos in der Vergangenheit verhaftet ist.

Grupo mobil:

Berüchtigte Spezialeinheit von Carabineros, gegründet während der Frei-Regierung, deren Funktion war, die Arbeiter zu reprimieren. Das Volksfrontprogramm sah die Abschaffung dieser Einheiten vor, aus unterschiedlichen Gründen wurde diese Massnahme nie durchgeführt.

Gorilla:

Volkstümliche Bezeichnung für Militärs und Militärregimes mit faschistischem Charakter.

Pacos:

Volkstümliche Bezeichnung für die Polizei, etwa «Bullen».

Poblacion:

Sehr armes Arbeiterwohnviertel.

UP:

Unidad Popular, Allendes Volksfront.

Unterstützung dieser Massnahme liessen mich wissen, dass der Betrieb spätestens um 6 Uhr morgens am folgenden Tag lahmgelegt sein werde. Dies sollte das erste Mal während seines ganzen bisherigen Bestehens sein, dass der Betrieb seine Produktion total lahmlegte.

Im Laufe des Morgens verschlimmerte sich die Lage im Land von Minute zu Minute für die Kräfte der Linken. Es erreichte mich sofort die Information, dass ein grosser Teil des Militärs sich mit den

15 000 Tote für besseres Investitionsklima

Fortssetzung von Seite 2

Im Ausland: Es ist klar, dass sich die Junta-Propaganda ungestört in den befreundeten Diktaturen von Brasilien, Uruguay, Spanien... entfalten kann und Gegenteiliges verboten ist. Schwierige, z. T. offene und direkte, z. T. versteckte und indirekte Wege geht die Junta-Propaganda in den imperialistischen Metropolen, die sich einer demokratischen Staatsform erfreuen.

Die Tatsache, dass in diesen Ländern auf der Grundlage der Pro-Junta-Interessen der herrschenden Klassen und Mithilfe der staatlichen Anerkennung des neuen Regimes die Presseinformationen der Junta «offiziell» Nachrichten wurden und dass alle Journalisten ausgewiesen wurden oder illegal tätig sein müssen, die nicht regimeneutral berichten, bildet zwar aufs ganze gesehen eine sichere Grundlage für eine Pro-Junta-Berichterstattung und entsprechende öffentliche Meinung. Aber die Schwäche der Junta, für ihre Rechtfertigungsthesen glaubwürdige Beweise vorzulegen, hat den «seriosen» bürgerlichen Zeitungen und Medien einige Zurückhaltung auferlegt, stellenweise auch Bedingungen für eine von der Realität ausgehende Chile-Information gegeben und damit die öffentliche Meinung gegen die Welle des Protests von links nicht immun gemacht.

Die Junta-Propaganda sucht daher andere Wege, z. B. die «Stimme des chilenischen Volkes» – durch den Mund der privilegierten Schichten und der Kirche – im Ausland zu schreien und den «Das Wort Militärs, das ist Freiheit», sagte eine Dame aus den besseren Vierteln von Santiago vor den Kameras des französischen Fernsehens. Sie ist stellvertretend für eine Klasse, der die Propaganda der Junta einfach aus der Seele spricht. Journalisten, die nicht in diesem Sinn ins Ausland gebracht, wurden ausgewiesen (z. B. Labrevaux von «La Moneda») und dafür das Volk aufgerufen, Briefe ans Ausland zu schreiben über das «wahre Chile».

Gefügige Kirche

Häufig nimmt dabei die Junta-Begeisterung die Form von Liebes- oder Naturlyrick an, wie in dem Brief des Geistlichen B. Startsch zu Santiago. Nach einer lustvoll fachmännischen Beschreibung des Raketenangriffs auf Regierungspalast und Allende-Villa schreibt der Pfarrer: «... allen sprudelte es aus der Seele: endlich ist es soweit! Vivat Chile!... Die Kordillere ist irgendwie schöner, die Sonne scheint heller, die Menschen sind freundlicher, die Gesichter froher, die Luft, die man atmet, ist frei. Man lacht wieder herzlich. Chile wird wieder das Chile lindo (das schön-

ne Chile) und eine «copia felix de Eden» (glückliches Abbild des Paradieses) ... Wir haben Gott viel zu danken!» (1) Ein Beispiel aus der Kirchenführung ist der Dankbrief von Bischof Polydor an die Zürcher Kirchengemeinde Felix und Regula, die für seinen und seiner Priester Lebensunterhalt Geld sammelte: «Hier geht es nach den letzten Ereignissen gut. Die vier neuen Militärgeneräle, die Chile auf einen neuen Weg leiten, tun es bis heute sehr gut. Man sieht ihnen an, dass sie tüchtige Männer sind... Unsere vier Militärgeneräle sind musterhafte Katholiken, die immer sagen: Mit Gottes Hilfe, mit dem Beistand der göttlichen Vorsehung hoffen wir ein neues Chile aufzubauen auf den Trümmern einer dreijährigen marxistischen Regierung. Mit herzlichen und dankbaren Grüßen allen, Ihr in Christus ergebener Polydor, Bischof» (2)

Jubeinde «Kolonien»

Besonders fanatische Junta-Bejubler kommen aus den deutschen und Schweizerkolonien (Leserbriefe an alle Zeitungen). Sogar die Schweizer Lehrer am eidgenössisch subventionierten «Colegio Suizo» betrieben Anti-Allende-Propaganda (2). Der Schweizer Botschafter hielt vor Zürcher Studenten, die im Sommer 1973 ihr Entwicklungshilfepaktikum in Chile absolvierten, zuerst einmal eine halbstündige Hetzrede gegen die Allende-Regierung. Nach dem Putsch rechtfertigte er die Schliessung der Botschaft damit, dass die eventuell durch die Junta-Verfolgung gefährdeten Schweizer Bürger gegenüber den 1500, die unter der Allende-Diktatur gelitten hätten, nichts bedeuteten («Nationalzeitung»).

Wenn der Schweizer Botschafter und die Schweizer Lehrer mit ihrer Stellungnahme auch über das hierzulande erwünschte Mass hinausgegangen sein

mögen, so wurde dem «Colegio Suizo» doch tatsächlich die finanzielle Unterstützung weiter gewährt und der Botschafter in seiner Amtsführung nicht öffentlich kritisiert.

Daneben geht die Auslandpropaganda der Junta auch direkt an ein bestimmtes Zielpublikum:

- Alle Chilenen in der Schweiz bekamen gratis eine Sondernummer von «El Mercurio» ins Haus: Neben Plan-Z-Andeutungen photographische Beweise für das angebliche Luxusleben Allendes usw.
- Alle Schweizer Unternehmen mit internationalen Beziehungen bekamen den oben erwähnten Rundbrief der Chilenischen Handelskammer. Den Unternehmern wiederum empfiehlt sich «Trumpf-Baur» mit seinen Zeitungsinserten: «Es kommt für Sie einer politischen Versicherungsprämie gleich, wenn Sie ein halbes, ein ganzes oder mehrere «Trumpf-Baur-Inserte» stiften!» (3)

USIS und «unsere Kontakte»

In dem veröffentlichten internen Briefwechsel der ITT über Chile (3) finden sich folgende Passagen: «Wir haben, unabhängig von der direkten Hilfe, folgendes empfohlen:

1. Wir und andere US-Firmen pumpen einige Anzeigen in «El Mercurio» hinein...
2. Wir helfen mit, einige Propagandisten zu finden, die wieder in Radio und Fernsehen eingesetzt werden...
3. Wir üben so viel Druck, wie wir können, auf USIS in Washington aus, um USIS Santiago anzuweisen, die «El Mercurio»-Leitartikel über ganz Südamerika und Europa zu verteilen...
4. Mit Nachdruck müssen wir dafür sorgen, dass die Schlüsselzeitungen in Europa durch unsere dortigen Kontakte die Story vom Unheil, welches Chile

treffen wird, bekommen, wenn Allende & Co. Macht über das Land gewinnen...

Jegliche Vorsicht sollte bedacht werden, um zu versichern, dass wir nicht – ich wiederhole nicht – öffentlich mit irgendeiner Art Anti-Allende-Bewegung gleichgesetzt werden.»

Wie «unsere dortigen Kontakte» aussehen, weiss man natürlich nicht. Wozu war sonst ITT-Direktor John McCone früher Chef des CIA (bei dessen Ernennung der Senator R. W. Russell diesen Posten den zweitwichtigsten nach dem Präsidenten selber nannte), und wozu hat die CIA Journalisten angestellt, die mit grossen Zeitungen innerhalb und ausserhalb der USA kooperieren. (Dies erfuh man kürzlich in der «Herald Tribune» anlässlich der Entlassung der Hälfte dieser 45 Journalisten.)

Die USIS, eine Abkürzung für U. S. Informations Service (7), ist der Informationsdienst von USIA (U. S. Information Agency) der Propaganda- und Nachrichtenbehörde der US-Aussenpolitik: Wir versuchen das Denken der Menschen mittels der verschiedenen Kommunikationsmedien zu beeinflussen: persönlicher Kontakt, Rundfunksendungen, Büchereien, Buchveröffentlichungen und -verteilungen, Presse, Film, Fernsehen, Ausstellungen, englischer Sprachunterricht...)

Dafür hat USIS... rund 240 Büros in mehr als 100 Ländern und USIA insgesamt rund 12 000 Angestellte. Beispielsweise wurde 1963 in Greenville N. C. für 23 Millionen Dollar ein Kurzwellensender für USIA errichtet, der grösste und stärkste Sender der Welt. Direktensendungen der «Stimme Amerikas» machen jedoch nur den kleineren Teil der USIA-Rundfunkpropaganda aus (der grösste besteht aus «Paketensendungen» für nicht USIA-eigene Sender). Um diese auch in der dritten Welt zu Gehör zu bringen, gibt es genügend starke informale Kontakte zur amerikanischen Rundfunkindustrie, worüber ein US-Abgeordneter einmal bemerkte: «Ich glaube nicht an eine Politik, die besagt, dass der Begriff von Freiheit so weit zu gehen hat, dass jeder Empfänger mindestens zwei Frequenzen haben muss.»

Es gibt ein wöchentliches Fernsehprogramm für Lateinamerika für 262 000 Dollar, und der USIA-Filmdienst (spezielle Monatsschau für Lateinamerika: «Horizonten») behauptet von sich selbst, über das weitestreichende Verteilernetz überhaupt zu verfügen und geschätzte Zahl von wöchentlich rund 600 Millionen Zuschauern über Kinos, Fernseh- und Sondervorführungen (mittels spezieller Flugschiffe und Flüsse selbst in die entlegensten Gebiete) zu erreichen. Mindestens 75% sämtlichen amerikanischen Propagandamaterials für den ausländischen Leser, Hörer oder Betrachter sind nicht mehr als amerikanischen Ursprungs erkennbar.

Chile-Komitees

gibt es in der deutschen Schweiz in Zürich, Bern, Basel, Luzern, Zug, Biel und Freiburg. Sie widmen sich vorwiegend der Aufnahme für Chile-Flüchtlinge und der Aufklärungsarbeit. Die Adresse des Zürcher Komitees lautet: Chile-Komitee, c/o Eco Libro, Engelstr. 62, 8004 Zürich, Tel. 0139 12 67.

Die USIA unterhält ebenfalls ein Ausbildungs- («Austausch») Programm. In diesem Zusammenhang ist auf die wesentlich grössere Bedeutung des dem Pentagon unterstehenden Propaganda- und Trainingsprogramms hinzuweisen. Ein US-Ausschussmitglied (7): Ich bin verbüffelt, es ist fantastisch, dass wir für rein militärischen Austausch ein Budget haben von derselben Grösse wie für die gesamte USIA. Das Pentagon hat ein Zielpublikum, das in den unterentwickelten Ländern entscheidet: das Militär. Das verblüffende Resultat ist, dass es den USA in Chile gelungen ist, das Militär durch Ausbildung und Materiallieferung in Abhängigkeit zu bringen und dabei den allgemeinen Glauben bestehen zu lassen, das Militär sei nationalistisch, politisch neutral und verfassungstreu. Die beschwörende Behauptung, das Militär sei traditionell der verfassungsmässigen Regierung treu und unpolitisch, findet sich sogar in Erklärungen der UP-Regierung, obwohl dies in einer eingehenden historischen Analyse von Alain Joxe schon 1970 als pures Märchen entlarvt wurde. Die schon von Christoph Kurth, zu beziehen bei: Arbeitsgruppe 3. Welt, Postfach 1007/3001 Bern.

Zürcher Chilekomitee

Anmerkungen

- (1) Chile-Nachrichten, Herausgeber: Komitee «Solidarität mit Chile», West-Berlin, Nr. 6-Nr. 11
 - (2) Schweiz-Chile. Die Verwicklung der Schweiz in die Ereignisse in Chile. Arbeitsgruppe 3. Welt, Bern, Postfach 1007/3001 Bern.
 - (3) Tres años de destruction. Zu beziehen bei den chilenischen Botschaften.
 - (4) «Allendes Weg zum Sozialismus» Schweizerische Studentenzentrum Nr. 30.
 - (5) Trumpf-Baur damals und heute. Zur Vergangenheit einer politischen Kampfgenera-tion des Kantons. Von Christoph Kurth. Zu beziehen bei: Arbeitsgruppe 3. Welt, Postfach 1007, 3001 Bern.
 - (6) Betrifft: Chile. Die ITT-Dokumente, US-Imperialismus in Lateinamerika. Five-Verlag, Frankfurt, 1972.
 - (7) E. Krippendorff. Die amerikanischen Strategien. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt am Main, 1970.
- André Gunder Frank: Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika.
Dieter Nohlen: Chile. Die sozialistische Experiment. Hoffmann und Campe, Hamburg, 1973.

Nehmen Sie Chile-Flüchtlinge auf!

4000 Freiplätze für chilenische Flüchtlinge will die Aktion von Kaplan Cornelius Koch bis Ende Januar 1974 garantieren können. Die Aktion wird unterstützt vom Verband der Schweizerischen Studentenschaften, dem Schweiz. Gewerkschaftsbund, dem Christl.-Nationalen Gewerkschaftsbund, der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Amnesty International, Terre des Hommes, der Liga der Menschenrechte, dem Internationalen Zivilistenrat, dem Schweiz. Schriftstellerverein, dem Schweizer Friedensrat, der Erklärung von Bern und dem Aargauer Team 67.

Überlegen Sie sich einmal genau, fragen Sie bei Ihren Freunden und Verwandten an, ob Sie nicht die Möglichkeit hätten, während einiger Monate einen oder mehrere Chilenen aufzunehmen. Es warten immer noch ca. 20 000 Menschen in Gefängnissen und Verstecken darauf, Chile verlassen zu können. Die Junta lässt Regime-Gegner nur noch bis zum 31. Januar ausreisen. Wer einen Freiplatz hat oder Geld spenden möchte, wende sich an: Kaplan Cornelius Koch, Katholisches Pfarramt, 6611 Vogorno, Tel. 093/67 12 25.

Seit 1972 geplant

Der Umsturz vom 11. September 73 war nicht in letzter Stunde organisiert worden, wie die Militärs über zwei Monate lang glaubhaft machen wollten, sondern war langfristig vorbereitet. Kurz vor Jahresende hat die Junta-Vorsitzende, General Pinochet, bekanntgegeben, die Armee habe bereits seit Mitte 1972 Putschpläne zum Sturz Präsident Allendes gehegt (Reuter/AFP-Meldung vom 30. Dez. 73). Der endgültige Entscheid, Allende durch einen Staatsstreich zu stürzen, sei am 28. Mai 73 gefallen.

Dieses überraschende Geständnis widerlegt sowohl die Selbst-Darstellung der Militärs als «Retter in der Not» vor wirtschaftlichem Chaos und vor einem unmittelbar bevorstehenden Umsturz durch links-extreme Kräfte, als auch die bel uns verbreitete Meinung, die «an sich regierungstreuen» Generale seien durch die jüngsten «linksextremistischen» Aktivitäten, etwa des MIR, ins rechte Lager getrieben worden.

Putschisten verbündet hatte und dass man der Öffentlichkeit die Bildung einer Militärjunta, zusammengesetzt aus den obersten Befehlshabern der drei Flügel der Streitkräfte und dem Befehlshaber der Carabineros, bekanntgeben hatte.

Einige Führer der Opposition gegen die Regierung Allende begannen die Arbeiter aufzuheizen; sie sollten den Betrieb verlassen. Dies führte zu neuen Diskussionen und Zusammenstößen zwischen Anhängern der Junta (die das allerdings nicht offen zum Ausdruck brachten) und uns, die wir bereit waren, alles auf Spiel zu setzen für die Verteidigung unserer Regierung.

Wir veranstalteten eine weitere Versammlung der Arbeiter, in der wir die Feiglinge, die den Betrieb verlassen wollten, aufforderten, dies zu tun, und diejenigen, die bereit waren, mit uns zu kämpfen, um das zu verteidigen, was uns so viel gekostet hatte, sich zu entscheiden.

Man beschloss darauf, dass der Rest bleiben und bis zur letzten Konsequenz kämpfen würde. Es nahte die Stunde der Ausgangssperre (15 Uhr). Die Opposition begann ihr wahrhaft faschistisches Gesicht zu zeigen, indem sie die Junta militärpolitisch unterstützte. Zu diesem Zeitpunkt, wenn auch ziemlich spät, beschlossen die kommunistischen Compañeros, uns zu unterstützen.

Den Widerstand organisieren

Nachdem die Versammlung der Arbeiter zu Ende war, machten wir uns an die Aufgabe, Trupps zu organisieren. Wie schwach unsere Position jedoch war, zeigt die Tatsache, dass wir im Betrieb über keinerlei Waffen verfügten und dass unsere politischen Führungsstellen bereits zerstört waren (die lokalen Parteilisten waren zerstört worden, einige Führer waren festgenommen oder im Kampf ermordet worden, und

die Militärs hatten unsere politische Führung aufgefordert, sich zu ergeben; Carlos Altamirano, Generalsekretär der Sozialistischen Partei, war zusammen mit anderen auf der schwarzen Liste der Gorillas). Das alles gab uns eine dunkle Ahnung für die nächste Zukunft, aber einige Überraschungen liesen uns Mut und Hoffnung schöpfen. So zum Beispiel als gegen 15 Uhr ein Kontingent von LW und Lieferwagen mit Nahrungsmitteln im Betrieb ankam, um uns für eine lange Periode des Widerstandes zu unterstützen.

Es kam jedoch noch besser: Einigen Compañeros war es gelungen, von Tomas Moro mit einer beträchtlichen Menge von Maschinengewehren und Panzerflinten und einigen 100 Maschinengewehrpatronen zu fliehen; dies sollte uns einen vorübergehenden Widerstand ermöglichen. Wir setzten uns sofort mit den Betrieben Pal und Polak (andere Textilfabriken der komplexen Sumar-Werke, die an unserer Nordseite lagen) in Verbindung und beschlossen, eine gemeinsame Operation durchzuführen, einen sofortigen Angriff auf das Polizeikommissariat, 200 m südlich der Nylonfabrik, dann kehren wir in unseren Betrieb zurück, um unseren Compañeros das Ergebnis mitzuteilen, doch dort mussten wir den ersten Rückschlag erleben. Die sozialistischen Compañeros teilten uns mit, dass die kommunistischen Compañeros vom Zentralkomitee ihrer Partei die Instruktionen erhalten hatten, keinen Widerstand in den Betrieben auszuüben. So mussten wir unsere Entscheidung allein treffen; es blieben zirka 200 sozialistische Compañeros im Betrieb (einschließlich einiger Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialistischen Jugend, die kurz vorher von Carlos Lorca geschickt worden waren) und drei Compañeros der «frente de Trabajadores Revolucionarios» (FTR), des trotzkistischen «Movimiento Izquierda Revolucionario» (MIR).

Bomben auf Fabriken

Es wurde sofort mit der Vorbereitung unserer Leute begonnen (zwei Kampftrupps von je 40 Mann), die den Betrieb verlassen sollten, um sich dem Feind entgegenzustellen. Die anderen sollten im Betrieb bleiben, um möglichst lange Widerstand zu leisten. Es waren Frauen zur Stelle, die die medizinische Versorgung der Verletzten übernehmen sollten. Auch diese Pläne mussten im Vertrauen der Arbeiter geändert werden. Wir wurden mit Flugzeugen und Helikoptern heftig attackiert, was eine ziemliche Verwirrung unter unseren Leuten verursachte. Gleichzeitig «mit dem Luftangriff wurde unser Betrieb von Carabineros und militärischen Kräften umzingelt, welche unverzüglich das Feuer von verschiedenen Fronten her eröffneten. Die Compañeros, die das militärische Kommando innehatten, verteilten unsere Kräfte auf Gruppen von 10 Personen. Sie hatten den Befehl, den Betrieb zu verlassen und die Kräfte, die uns umzingelten, anzugreifen und auf dem Rückzug sich in den umliegenden «poblaciones» zu verstecken (La Logua, El Pinar, Esmeralda, Anibal Pinto). Wir waren zum Schluss geneigt, dass es praktisch keinen Sinn hatte, im Betrieb zu bleiben und Widerstand zu leisten, nachdem der

organisierte Widerstand der gesamten Linken gescheitert war und nur noch wenige Betriebe Widerstand leisteten.

Die Schlacht, die sich danach gegen Carabineros und Militär entwickelte, wurde zum wahren Inferno. Man hörte Maschinengewehrsalven, Explosionen durch die Einschläge der Kugeln. Unsere Leute kämpften entschlossen und mit erstaunlicher Tapferkeit. Eiliges Hasten von einer Seite zur anderen, Schreie, Kommandurufe, die kaum zu hören waren. Es war niederschmetternd und furchtbar, als ich die ersten unserer Kämpfer fallen sah, aber mit Geistesgegenwart und ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren, ergriffen andere Compañeros, die wie ein Schatten folgten, Waffen und Munition der Gefallenen und setzten den Kampf fort, ohne einen Zentimeter zu weichen. Auch beim Feind zeigten sich Folgen unseres Angriffs: Den Aktionen unserer Kämpfer fielen viele zum Opfer, und aus der Ferne konnte man Furcht und Nervosität in den Reihen der Militärs beobachten. Nicht ohne Grund, denn viele von ihnen befanden sich gegen ihren Willen an dieser Front, und viele Freunde, Brüder, Nachbarn mussten sie vielleicht töten, weil es die faschistischen Generale, die zu diesem Zeitpunkt Furcht und Terror ausübten, so befohlen hatten.

«... damit sie mich nicht kaputt machen!»

Es war gegen 19 Uhr, als ein hoher Führer unserer Partei zum Betrieb kam, der Compañero Rolando Calderon, der uns mitteilte, dass er von dem In-dumet-Betrieb kam, wo die Arbeiter mit Mut und Tapferkeit Widerstand geleistet hatten. Es hatte hohe Verluste auf beiden Seiten gegeben, die Arbeiter hatten zwei Jeeps mit Militärs und Waffen zerstört, auch ein Helikopter wurde abgeschossen - er zerstellte vor dem Gelände der Fabrik.

Das Militär war nun im Begriff, in das Gebäude einzudringen, so dass der Compañero Calderon den Rückzug aus dem Betrieb anordnete. Zu bleiben wäre einem glatten Selbstmord gleich gekommen, und wir mussten am Leben bleiben, um den Widerstand in den «poblaciones» nahe dem Betrieb zu unterstützen. Es waren nun nur noch sechs Compañeros im Betrieb, und nachdem Calderon seine Erklärung abgegeben hatte, verließen wir die Verwaltungsgebäude, um uns den übrigen Compañeros anzuschließen. Eine Maschinengewehrsalve aus einem Jagdflugzeug, das im Sturzflug angriff, hielt uns auf; es schien direkt auf das Zentrum der Fabrikgebäude zuzukommen. Dieser Angriff jagte uns einen ziem-

Zeugenberichte von Flüchtlingen

«Am 11. September, kurz nach 15 Uhr, gingen Truppen des Heeres und der Luftwaffe gegen das Gebäude der Sozialistischen Partei vor. Das Gebäude wurde während zirka 3 Stunden unter Beschuss genommen. Dabei kamen viele junge Leute, die sich im Inneren des Gebäudes befanden, um. Ueberlebende wurden gegen 18 Uhr auf der Stelle erschossen.»

«Bei schönem Wetter ist der Aufenthalt im Stadtpark recht angenehm. (CDU-Mitglied Dr. Bruno Heck nach einem persönlichen Besuch daselbst.)

«Am 14. September, ungefähr um 11 Uhr, gab es Untersuchungen zwischen Amerigo Vespuccio und Grecia. Fünf junge Ausländer, dem Aussehen nach Zentralamerikaner, wurden aus einem Wohnhaus auf die Strasse getrieben, gegen eine Wand gestellt und vor den Augen von mehr als 100 Frauen und Kindern sofort erschossen. Ihre Leichen blieben den ganzen Tag auf der Strasse liegen, als Warnung und Abschreckung. Sie wurden erst gegen 18 Uhr von den Soldaten, die sie ermordet hatten, weggeschafft.»

«Lidia Palestro wurde 16mal verewaligt, und ebensofort urdierte Offiziere und Unteroffiziere in ihrem Mund.»

«Frau Hilda Rivas, einer 72jährigen Lehrerin, wurde kommunistische Erziehung im Mitterzentrum vorgeworfen. Sie wurde auf barbarische Art geschlagen, ein Fußtritt riss ihr das linke Auge aus.»

«Rut Valencia wurde im Nationalstadion gezwungen, in die Geschlechtsteile vieler Gefangener, die als Versuchskaninchen verwendet wurden, zu heissen.»

«Zwei brasilianische Gefangene, zwei Frauen, wurden von der brasilianischen Polizei verhört und gezwungen, nach direkten Instruktionen des brasilianischen Innendepartements, in ihr Land zurückzukehren. Durch Misshandlungen von seiten der Polizei wurden sie gezwungen, vor dem Internationalen Komitee für ausländische Gefangene (bestehend aus Mitgliedern internationaler Kirchen, kirchlicher Organisationen) auszusagen. Ihre Rückkehr nach Brasilien sei freiwillig erfolgt.»

überall Denunzianten gebe, die sowohl unsere kämpfenden Compañeros verrieten wie auch die Hausbesitzer, die ihr Leben riskierten, indem sie Unterschlupf gewährten. Wir trafen uns an diesem Ort mit einem Mitglied des Politbüros der Partei und mit einem anderen Mitglied der CUT, die uns weitere Informationen über die Ereignisse gaben und uns darlegten, dass es das beste sei, sich für ein paar Stunden zu verstecken und später in kleinen Gruppen hinauszugehen und die Militärs nach der Methode der Stadtguerillas anzugreifen. Man informierte uns auch über das, was sich in anderen Vierteln zutragen hatte, über das Geschick einiger Führer, von denen wir bis zu diesem Zeitpunkt nichts wissen konnten, und über das Geschick von Compañero Allende. Erst in diesem Augenblick erfuhr wir von seinem Tod und vom letzten heroischen Kampf, der von ihm geführt wurde und der zugleich der Beginn der Revolution des Volkes gegen die chilenischen Faschisten war.

Keiner von uns wollte sich überzeugen lassen, dass dies die Wahrheit sei; wir hatten alle möglichen Erklärungen er sei noch in der Regierung, in den Kellergewölben der Moneda; er habe sich in diesem Moment versteckt für die letzte Schlacht, die das Volk führen würde - aber wir wollten nicht akzeptieren, dass er tot sein könnte. Dies trieb uns dazu, den Kampf weiterzuführen, wie auch die Information, die als Gerücht umging, dass die Compañeros

als wir eine Gruppe von Compañeros sahen, die das Gewehr in der Hand, durch die Strassen liefen, einander Dinge zuriefen, die wir nicht verstanden. Offensichtlich hatten sie einen Zusammenstoß mit Militärs und Carabineros gehabt, denen sie erhebliche Verluste zugefügt hatten. Wir fanden die Tatsache, nachdem wir uns den Compañeros der Sozialistischen Jugend angeschlossen hatten. Da sie mit Panzerfausten und Maschinengewehren bewaffnet waren, bildeten wir zusammen eine kleine Militäreinheit, die bereit war, jedes Los für die Revolution auf sich zu nehmen.

«Wir werden siegen!»

Bald kamen Fahrzeuge und einige Panzerwagen mit Carabineros, dazu ein Aufgebot an Streitkräften mit Fahrzeugen und zu Fuss. Wir griffen sie von verschiedenen Seiten her an. Wegen der Dunkelheit waren die Militärs verunsichert. Dazu kam, dass sie von allen umliegenden Häusern angegriffen wurden, was uns im ersten Moment sehr zu Hilfe kam. Es geschah jedoch etwas, womit wir nicht gerechnet hatten: Ein Helikopter warf bengalische Lichter ab. Einige Compañeros versuchten, in dem ersten Haus, das sie fanden, Deckung zu finden; es gab aber auch andere, die das Licht ausnützten, um den Feind anzugreifen. «Es gab viel Kampfgeschrei, das den Mut derer, die kämpften, ansprach: «Für die Revolution und für unsere endgültige Freiheit» (Für den Compañero Allende wirst du Hurensohn bezahlen) «Wir werden siegen, mierda, auch wenn sie uns töten» «Das Volk wird nachkommen, um dich zu Scheisse zu machen, verdammtes Militär!» Dieses Kampfgeschrei war der Ausdruck des Hasses und des Mutes unserer Kameraden gegen die Faschisten. Der Kampf war, wie ihn sich viele von uns vorgestellt hatten: Maschinengewehrsalven, Gewehrschüsse und die Anzahl von Toten und Verwundeten, die dies bedeutete.

Dann traf eine Gruppe von fünf Compañeros ein, zwei hatten eine Panzerfaust, einer ein automatisches Gewehr und zwei Maschinengewehre, mit denen sie sich den vorrückenden Truppen entgegenstellten. Plötzlich sah man einen Bus der «Grupo Mobili» auftauchen, voll besetzt mit Carabineros, die bereit waren, uns auszurotten. Aber sie wurden wenig Zeit haben, sich der Ueberraschung bewusst zu werden, die sie erwartete. «Lass mir diese Säcke, lass mich auf sie zielen», sagte der mit der Panzerfaust. «Mach schon, Kerl! Sie nähern sich schon, schiess, mierda, oder sie werden uns verhacken!» Ein einziger Volltreffer liess den Omnibus und die «Pacos» drinnen in die Luft gehen. Der Bus ging in Flammen auf, und die Bullen schrien wie verrückt. Einige kamen aus dem Bus heraus, wir fingen an, auf sie zu schiessen, es waren etwa sechs - keiner von ihnen entkam. Dann tauchten einige Polizisten auf, denen wir uns ebenfalls entgegenstellen wollten, aber die Compañeros mit der Panzerfaust brauchten zu lange, um zu laden, und eine Maschinengewehrsalve tötete drei von ihnen.

Die Angst greift um sich

Wir, die wir den Rückzug deckten, stiessen zu dem Ort vor, um zu sehen, was man für sie tun könnte. Aber es war schon zu spät. Wir sammelten an Waffen, was wir konnten, ein und zogen uns in aller Eile zurück. Die Compañeros vom anderen Wohnblock

Schluss Seite 12



Panzer vor dem Moneda-Palast. Allende hat bis zu seinem Tod einen heroischen Kampf geführt. (Bild Naul Ojeda)

lichen Schreck ein. Wir rannten mit fieros der MILT zusammen mit General allen unseren Kräften davon, um in den Kellerräumen der Fabrikhallen Deckung zu finden. Vor uns lief ein Compañero mit der Maschinengewehrpatrone in der Hand und schrie etwas, was wir nicht verstehen konnten. Als er bei uns ankam, sagte der Compañero, ein Argentinier, aufgeregt: «Compañeros, mir streikt die Maschinengewehrpatrone, bitte repariere sie einer, damit mich diese Hurensöhne nicht kaputt machen!» Einer von uns sprang hinzu und brachte die Waffe mit der notwendigen Eile in Ordnung, es war nur eine Feder steckengeblieben. Er suchte wieder das Weite, da sich der Jagdflieger gerade entfernte. Wir rannten auf einen der etwas mehr als mammschönen Gitterzäune zu und sprangen, so gut wir konnten, darüber, um in einige Häuser der «poblacion» zu gelangen, wo Genossen der Parteiführung uns Instruktionen geben sollten, damit wir unsere Offensive, soweit es ging, fortsetzen konnten.

Abschied von Compañero Allende

Wir kamen zu einem Haus, wo eine Compañera auf uns wartete. Wir sahen, dass die Hausmauer zerstört war, und wir dachten, dass sowohl das Haus wie das Viertel die Einschläge von grossen Kalibern und Bomben erlitten hatten. Die Compañera hiess uns hereinkommen, da man wisse, dass es

Das «chilenische Experiment»

«Die sich weiterhin nur langsam abbauende Skepsis und die Ablehnung des Regimes durch die öffentliche Meinung im Ausland wird dafür durch ein wachsendes Interesse der Wirtschaftswelt - vorab der europäischen und amerikanischen Banken - kompensiert, was im Augenblick für die wirtschaftliche Zukunft des Landes vorerst wohl noch wichtiger ist als eine sogenannte gute Presse» («NZZ» 603/73).

Der Sturz Allendes, das Scheitern des «chilenischen Experiments», hat hierzu - wie die massenwirksamen Medien anbetrieff - eine recht partikuläre Interpretation erfahren: eine Interpretation aus der Sicht der Mächtigen und Besitzenden. Das «chilenische Experiment» bedrohte nicht nur im Andenstaat, sondern - durch seinen exemplarischen Charakter - letzten Endes auch hier die kleine Oligarchie der Mächtigen und Besitzenden: «La réussite du Chili populaire serait une formidable victoire de la liberté, la réinvention de la démocratie dans le socialisme» (Touraine). Für alle diejenigen, die an einer Weiterentwicklung der (schweizerischen) Gesellschaft in Richtung demokratischer Sozialismus interessiert sind, ist eine gründliche Analyse des «chilenischen Weges» unbedingt notwendig. Die im folgenden erwähnte Literatur soll den Einstieg in diese Analyse erleichtern.

Sonntag H.R. «Revolution in Chile», F/M 1972, Fibü 1266

Esser K. «Durch freie Wahlen zum Sozialismus oder Chiles Weg aus der Armut», Hamburg 1972, rororo-aktuell 1554

Debray R. «Salvador Allende - der chilenische Weg», Neuwied 1972, Sammlung Luchterhand 42

Der Theoretiker der «Revolution in der Revolution» interviewt Allende über den «legalistischen» Weg zum Sozialismus.

Nohlen D. «Chile, das sozialistische Experiment», Hamburg 1973, Hoffmann & Campe, Kritische Wissenschaft

Lühr V. «Chile: Legalität, Legitimität und Bürgerkrieg», Neuwied 1973, Sammlung Luchterhand 130

«Die Frage, die sich aus... der Besonderheit des chilenischen Reformprozesses schon vor dem Sturz Allendes ergab, war zugleich prospektiver und prinzipieller Art: sie zielte einmal auf mögliche Konsequenzen für die Durchsetzbarkeit des chilenischen Weges zum Sozialismus (...), und sie zielte (...) auf die Fähigkeit bürgerlich-demokratischer Systeme im allgemeinen, sich als durchlässig genug auch für eine Politik zu erweisen, die den Anspruch erhebt, sozialistisch zu sein.»

Touraine A. «Vie et Mort du Chili Populaire», Paris 1973, éditions seuil

Touraine, einer der profiliertesten «kritischen» französischen Soziologen unserer Zeit, hielt sich zum letzten Mal im Jahr 1973 von Ende Juli bis Ende September in Chile auf und beobachtete aus nächster Nähe die Endphase des «chilenischen Experiments» und den Sturz Allendes. «Vie et Mort du Chili Populaire» ist ein Tagebuch. An Ereignisse, Gespräche usw. knüpfen sich ungemein «stimulierende» Reflexionen an.

Hennicke P. (Hrsg.) «Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften», F/M 1973, edition suhrkamp 640

Aufsätze über die Probleme der nachkapitalistischen Gesellschaften, deren gemeinsames Merkmal der Übergang zu sozialistischen Produktionsverhältnissen bzw. eine Mischform kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaft istb.

Beat Kappeler: Umsätze grösser als das Volkseinkommen ganzer Staaten

Multinationale Unternehmen: Wachsende unkontrollierte Macht

Die multinationalen Unternehmungen (MNU) sind seit den Währungs- und Ölpreisen in aller Munde. Damit hat das allgemeine Bewusstsein endlich Besitz ergriffen von einem Phänomen, das sich schon seit Jahrzehnten zeigt und das durch seine zunehmende Bedeutung die ganze Nachkriegszeit grundlegend mitgestaltet hat. Die multinationalen Firmen sind also nicht Neues - aber durch ihr massiertes Auftreten in den letzten 20 Jahren zeigten sie in vollem Licht, dass

die Vorherrschaft privaten Kapitals über Interessen der Allgemeinheit nicht nur auf kommunaler oder regionaler Ebene, sondern auch auf nationaler Ebene besteht und dort grundlegende Einrichtungen wie Geldmenge, Währung oder Energieverteilung diktiert. Aber auch die Grundmuster der industriellen Arbeitswelt, der Konsummöglichkeiten, der öffentlichen Infrastrukturgestaltung und Gesetzgebung stehen unter dem zunehmenden Einfluss der MNU.

Neben der im bestehenden Kasten wiedergegebenen Definition des Uno-Reports über Multinationale¹ ist als Kennzeichen der MNU im weiteren ihr

«Im weitesten Sinn kann jede Firma als multinational bezeichnet werden, die eine oder mehr Auslandsfilialen führt. Im engeren Sinne kann eine spezielle Art von Geschäftstätigkeit (z. B. in der Produktion), eine Mindestanzahl von Auslandsfilialen (z. B. sechs) oder ein Mindestanteil der ausländischen Tätigkeit am Umsatz (z. B. 25% der Verkäufe oder der Bilanzsumme) als zusätzliches Definitionselement dienen.» (Uno-Studie)

oligopolistischer Zug von Bedeutung. Oligopolistische Konkurrenz bedeutet, dass sich auf einem «Markt» nur noch wenige grosse Unternehmen gegenüberstellen, die sich völlig überblicken und ihre Schachzüge im Voraus berechnen können. Nach Stephen Hymers² kommen fast die Hälfte der führenden MNU der USA aus Branchen, in denen vier Firmen drei Viertel der Produktion berechnen.

Die schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland gehören zu zwei Dritteln der sechs Firmen Nestlé, Roche, Ciba-Geigy, Sandoz, BBC und Alusuisse, welche auf ihren Produktionsgebieten ebenfalls zu den Grossunternehmen gehören. Mit Sulzer, Holderbank, Schindler, Georg Fischer und Landis & Gyr machen sie die Gruppe der wichtigeren schweizerischen MNU aus.

Aber auch ein wichtiges Element des «monopolistischen Kapitalismus», wie es die Stomokap-Gruppe der deutschen Jusos formulierte, erfüllt sich bei den MNU. Denn ihre Wachstumsrate übersteigt, dank überdurchschnittlicher Gewinnrate, die Expansion der anderen wirtschaftlichen Grössen, etwa des nationalen Volkseinkommens. In den letzten 10 Jahren wuchsen die MNU um etwa 13% im Jahr, das Bruttozonalprodukt der kapitalistischen Länder wuchs aber nur um 9%. Die Bedeutung der MNU nimmt daher gemäss den Gesetzen exponentieller Funktionen zu. Monopolistisch ist auch die seit Jahrzehnten beobachtbare Tendenz der MNU, internationale Kartellabsprachen einzuführen, wobei eine der ersten fassbaren Marktauflegungen von der schweizerischen Alusuisse 1896 betrieben wurde.³

Dass die Aufregung um die MNU aber nur die schon längere Zeit bestehende Herrschaft des Privatkapitals grosser entwickelter Länder unter einem neuen Aspekt fasst, geht aus der Tatsache hervor, dass ein Drittel aller Auslandsfilialen der Welt zu amerikanischen und über drei Viertel zu amerikanischen, englischen, deutschen und französischen Firmen gehören.

Die ganze Erscheinung der MNU reduziert sich, wie Ernest Mandel es fasste, auf die Internationalisierung des Warenabsatzes (Mehrwertrealisierung), der Warenerzeugung (Mehrwertproduktion), des Kaufs der «Ware Arbeitskraft» und des Kapitaleigentums.⁴ Die Formen dieses internationalisierten Kapitaleigentums differieren allerdings. Auch wenn die gegenseitigen Auslandsinvestitionen Europas und der USA etwa gleich hoch sind, bestehen die amerikanischen Auslandsinvestitionen in Europa zu 80% aus direktem Firmenbesitz, der europäische Besitz in den USA besteht aber zu 35% in blossen Streupaketen von Aktien und zu 35% sogar nur aus inflationsgefährdeten Obligationen.

Ursache der Grösse der multinationalen Unternehmen

Auch hier sind es nicht plötzlich ganz neue Mechanismen, dank denen die MNU sich aufblühen können, sondern die mit dem Wirtschaftssystem eigenen Gesetzmässigkeiten. Das Gesetz der Massenproduktion lässt bei steigender Ausstossmenge die vorgängig zu leistenden festen Kosten für Forschung, Maschinen und Absatzwege am Endpreis der Produkte einen immer kleiner werdenden Anteil ausmachen, so dass der grösste Produzent meist auch der günstigste ist und deshalb

noch mehr wächst. Die technische Entwicklung treibt die unterste Grenze, von welcher an sich die Produktion überhaupt erst rentiert, bei den meisten Gütern immer weiter hinauf. Die neuesten Streichholzmaschinen sind erst rentabel, wenn sie für 10 Millionen Verbraucher produzieren können, jene für Glasbrillen sogar erst bei 25 Millionen Abnehmern. Die Papierfabrik Perlen in der Schweiz besitzt eine Maschine, welche die Hälfte des schweizerischen Zeitungspapierverbrauchs decken kann. Die grossen Firmen, welche meist den durch diese hohe Technikität gekennzeichneten Branchen angehören, sind daher gezwungen, ihre Produkte auf immer grössere Märkte zu werfen.

Den gleichen Zwang zur internationalen Expansion übt auch die fortschreitende Sättigung der Heimmärkte auf die Grossfirmen aus. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Schokolade, Zement, Bier lässt sich in der Schweiz auch durch aggressive Reklame kaum mehr steigern, so dass sich die betreffenden Firmen seit geraumer Zeit nach anderen Märkten und Produkten umsehen.

Durch die geographische und branchenmässige Streuung ihrer Aktivitäten stabilisieren die Grosskonzerne aber auch ihre Gewinnlage. Dadurch können sie auch die Selbstfinanzierung ihrer Expansion sicher vorzusagen und sich über den Verkauf neuer Aktien an der Börse mehr Kapital verschaffen. Die Kombination neuester Techniken in Produktion, Management und eines weltweiten Informationsnetzes vergrössert ihren Vorsprung ebenso wie die ausdrücklichen Konzentrationsziele, welche die Regierungen Englands (Labour seit 1964) oder Frankreichs oder die Europäische Kommission zugunsten der MNU ihres Gebiets verfolgen.

Armer Nationalstaat

Die Fiktion des über Wirtschaftszwängen und Interessen thronenden Staates wird durch die Diskussion um die MNU erstmals für eine breite Öffentlichkeit erschüttert. Es ist allzu deutlich und aus der Tabelle «Umsatz kontra Volkseinkommen» ersichtlich, wie sich die Gewichte zugunsten der grossen Unternehmen der Welt verlagerten. Die zentralgesteuerten, mit Informationen gespickten und für das Monopol an Techniken patentbewehrten MNU stossen auf Nationalstaaten mit Strukturen des 19. Jahrhunderts, die im besseren Fall einen langsamen politischen Willensbildungsprozess sich widersprechender Partisgruppen und im schlechteren Fall der direkten Beeinflussung wirtschaftlicher Grossgruppen unterstehen. Die Infrastrukturpolitik, die Forschungspolitik und die Handelspolitik etwa sind durch die Unternehmensentscheide vorgegeben: So ratifizierte das schweizerische Parlament 1959/60 mit dem National-Expansionsprogramm nur den Willen internationaler Autokonzerne zur Expansion. Das Atomforschungsprogramm der sechziger Jahre war weitgehend auf die Bedürfnisse der Gruppen BBC und Sulzer zugeschnitten, die um einen Platz im internationalen Nuklearegeschäft rangen. Die Haltung des Bundesrats gegenüber dem Bruch des Rhodesienembargos, in der Chilipolitik und zu Südafrika besteht in strikter Nichtintervention, da die diesbezügliche Handelspolitik von den MNU der schweizerischen Privatwirtschaft gemacht werden soll.

Gefügigkeit

Auch die Lage der Beschäftigung - und damit das politische Überleben der jeweiligen Regierungen - hängt in den meisten Regionen wesentlich von Grosskonzernen ab. Hier wie in der Steuer- und Gesetzgebung bestimmt das von der grössten Not geplagte Land oder die verzerrestete politische Herrschaftsgruppe auf der Welt jeweils die niedrigste Schwelle des «Investitionsklimas». Irland senkt Steuern und offeriert Infrastruktur. Brasilien, Indonesien und die Philippinen beugen sich den politischen Vorstellungen ihrer ausländischen Investoren. Dank der föderalistischen Staatsstruktur der Schweiz können sich auch mittelgrosse Unternehmen die politischen Instanzen zwecks Standortwahl und Steuern gefügiger machen, indem sie mit Wegzug drohen. «Generaldirektor Schett legte aber auch sehr klar

dar, Roche sei auf den Standort Sisseln gar nicht unbedingt angewiesen. Auch das Elsass komme als Sitz für die neue Fabrik durchaus in Frage. Zudem bewerben sich auch Japan und vor allem Kanada um die Vitamin-C-Fabrik», las man in der Zeitung über den Versuch der Roche, eine neue, umweltbelastende Fabrik im Fricktal zu errichten, um ihren 50%-Weltmarktanteil zu halten. Die Durchsetzung menschengerechter Umweltnormen

«Die Schweizer Industrie hat im Ausland viele Stützpunkte, insgesamt 1465 Auslandsfilialen oder 5,3% der Auslandsstützpunkte aller grösseren Industrieländer. Damit steht die Schweiz immerhin an fünfter Stelle hinter den Vereinigten Staaten, Grossbritannien, der Bundesrepublik und Frankreich. Der Buchwert dieser Auslandsstützpunkte der Schweizer Wirtschaft beträgt rund 4,25 Milliarden Dollar, was ebenfalls dem 5. Platz entspricht. Das ist sehr viel für ein kleines Land mit nur 0,15% der Weltbevölkerung.» («Nationalzeitung», 9. Nov. 1973)

kann durch MNU übrigens weltweit durch solche Drohungen verhindert werden, wenn die Beschäftigungslage den jeweils dringenderen Zwang darstellt.

Bezüglich der Unterbietungen, die sich die Staaten gegenseitig in Steuer-sachen leisten, um Unternehmen anzuziehen, steht die Schweiz weit voran. Besonders die Holdinggesetzgebung erlaubt den MNU, in der Schweiz Zentralverwaltungen für weltweite Aktivitäten praktisch steuerfrei anzusetzen. Holdings in der Schweiz errichteten zum Beispiel die Caterpillar, DuPont, Westinghouse, Chrysler, Dow Chemical, IBM, Pirelli und Michelin. Auch durch solche Konzerne, etwa Siemens, wickeln bedeutende Geschäfte in der Schweiz ab.

Umsatz kontra Volkseinkommen (1969, in Mrd. \$)

1. USA	931,4	51. US Steel	4,7
2. Japan	164,8	52. Isral	4,7
3. BR Deutschland	153,7	53. Formosa	4,6
4. Frankreich	137,8	54. Standard Oil of Calif.	3,7
5. Grossbritannien	108,6	55. Malawia	3,8
6. Italien	82,3	56. Litton/Temco-Vought	3,7
7. Kanada	73,4	57. Du Pont	3,6
8. Indien	39,6	58. Philips	3,6
9. Brasilien	39,4	59. Shell Oil	3,5
10. Australien	29,9	60. Volkswagenwerk	3,5
11. Mexiko	29,4	61. Westinghouse Electric	3,5
12. Spanien	28,7	62. Standard Oil Indiana	3,5
13. Schweden	28,4	63. British Petroleum	3,4
14. Holland	28,4	64. Irland	3,4
15. General Motors	24,3	65. Gen. Tel. & Electronics	3,3
16. Belgien/Luxemburg	22,9	66. ICI	3,2
17. Argentinien	19,9	67. Goodyear Tyre & Rubber	3,2
18. Schweiz	18,8	68. RCA	3,2
19. Südafrika	15,8	69. Algerien	3,2
20. Standard Oil N. J.	15,0	70. Marokko	3,2
21. Ford Motor	14,8	71. Swift	3,1
22. Pakistan	14,5	72. Südvietnam	3,1
23. Dänemark	14,0	73. McDonnell Douglas	3,0
24. Türkei	12,8	74. Union Carbide	2,9
25. Oesterreich	12,5	75. Bethlehem Steel	2,9
26. Royal Dutch/Shell	9,7	76. British Steel	2,9
27. Norwegen	9,7	77. Hitachi	2,8
28. Venezuela	9,7	78. Boeing	2,8
29. Finnland	9,1	79. Libyen	2,8
30. Iran	9,0	80. Eastman Kodak	2,7
31. Griechenland	8,5	81. Procter & Gamble	2,7
32. General Electric	8,4	82. Atlantic Richfield	2,7
33. Philippinen	8,1	83. North Amer. Rockwell	2,7
34. IBM	7,2	84. Internat. Harvester	2,6
35. Chrysler	7,0	85. Kraft	2,6
36. Südkorea	6,0	86. General Dynamics	2,5
37. Mobil Oil	6,6	87. Montecatini Edison	2,5
38. Thailand	6,3	88. Tenneco	2,4
39. Kolumbien	6,1	89. Siemens	2,4
40. Indonesien	6,0	90. Continental Oil	2,4
41. Unilever	6,0	91. United Aircraft	2,3
42. Texaco	5,9	92. British Leyland	2,3
43. Aegypten	5,7	93. Kuwait	2,3
44. Chile	5,5	94. Daimler-Benz	2,3
45. ITT (4-Grinell)	5,5	95. Fiat	2,3
46. Portugal	5,5	96. Firestone	2,3
47. Neuseeland	5,3	97. August Thyssen-Hütte	2,3
48. Peru	5,1	98. Toyota	2,3
49. Gulf Oil	4,9	99. Farbwerke Hoechst	2,3
50. Western Electric	4,9	100. BASF	2,2

Quelle: Vision, Paris

Durch Preismanipulationen in den Verrechnungen zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften können die MNU ihre Gewinne überdies dort anfallen lassen, wo die niedrigeren Steuern erhoben werden. Sie können Kapitalausfuhr- und Lizenzgebührenbeschränkungen umgehen ebenso wie die Ursprungsregelungen der EFTA-Freizahndelzone. Ein Viertel der in den Statistiken Grossbritanniens ausgewiesenen Exporte ist fiktiv und nur durch solche Verrechnungsmanipulationen zustande gekommen.⁵ Der Vorgang dieser Preismanipulationen wird mit dem Wort «Transfer Pricing» bezeichnet.

Spezifisch multinational

Wenn auch die MNU nur Gelegenheiten des Wirtschaftssystems widerspiegeln, haben sie natürlich einige Eigenschaften, die kleineren, national ausgerichteten Firmen fehlen.

Die Marktstrategie der MNU kann auf mehreren Märkten gleichzeitig fahren. So produziert General Motors in den USA teure Luxuslimousinen, in Asien aber solide Zweikäutos für 1000 \$. Ein multinationales Unternehmen mit seinen Informationen kann auch die Kaufkraftentwicklung der verschiedenen Länder zum Voraus in seine Absatzplanung einbeziehen; es weiss, wann ein Land für seine Produkte reif wird. Die Schweiz andererseits gilt als Testmarkt der MNU für hochgezüchtete Produkte.

Nach einer gewissen Einführungszeit können die MNU ihre Tochtergesellschaften über lokale Finanzmärkte finanzieren. Zum Teil wird von Entwicklungsländern sogar die Beteiligung der nationalen Bourgeoisie am Aktienkapital der Tochtergesellschaften zur Bedingung gemacht. Ueber die Gewinnrückführungen der so mit nationalem Kapital erweiterten Töchter kann ein um so grösserer Kapitalexport zu Lasten des Gastlandes erfolgen.

Die erwählte Gewinnstabilisierung verhilft den MNU ebenfalls zu einem Vorsprung vor kleineren nationalen Firmen, die der Konjunktur nur eines Landes und den Schwankungen nur einer Branche unterworfen sind. Die einzigartige Position einer Firma wie Nestlé (300 Fabriken in 50 Ländern) oder ITT (Produkte wie Telephone, Fernmeldeanlagen, Hotels, Versicherungen) erklärt demgegenüber ihre Stabilität.

Ein ganz wesentlicher Vorteil der MNU aber erwächst aus ihrer internationalisierten Arbeiterschaft. Wie sie die Staaten zur Niedrigsteuerkonkurrenz gegeneinander veranlassen können, so können sie auch die verschiedenen Arbeiterschaften gegeneinander auspielen. Niedriglohnländer erhalten arbeitsintensive Konzentrationen zugewiesen. Da beispielsweise Singapur ein sechsmal niedrigeres Lohnniveau aufweist als Deutschland, errichtete die deutsche Rolle immer der Jahre 500 Arbeitsplätze in Singapur, und das Bulletin der Kreditanstalt wies die schweizerischen Unternehmer gebührend auf die «umsichtige Wirtschaftspolitik» des Stadtstaats hin. Die Versuche der Arbeiterschaft, nach forte-

«Die Wertschöpfung jeder der zehn grössten multinationalen Firmen überstieg 1971 3 Milliarden \$ über das Bruttozonalprodukt von über 80 Ländern. Die Wertschöpfung aller multinationalen Firmen, schätzungsweise etwa 500 Milliarden \$ im Jahr 1971, kann ungefähr einem Fünftel des Weltbruttozonalprodukts gleich - die Zentralplanwirtschaften nicht eingeschlossen.» (Uno-Studie)

schriftlicher Entwicklung das Lohnniveau anzuhoben, werden gerne von den mit den MNU kooperierenden Regierungen gemehmt - wie etwa in Brasilien und Spanien. Die internationale Arbeitsteilung läuft Gefahr, zementiert zu werden. Die reichen Länder entwickeln sich dank den Auslandsgehältern ihrer MNU zu Rentennationen, die sich mit interessanten Forschungs- und Managementaufgaben beschäftigen und von den erwirtschafteten Erträgen der Auslandsfilialen leben. Nach Nationalbankpräsident Stopper ist die schweizerische Industrie im Ausland schon so gross wie diejenige im Inland.

Multinationale Finanz

Eine direkte Folge des raschen Wachstums der MNU war die Internationalisierung der Finanzmärkte und -institutionen. Als die British Petroleum 1972 über drei Milliarden Franken zur Entwicklung des Nordseeöl aufnahm, mussten sich 40 Banken zusammenschliessen, um die Anleihe aufzubringen. Die MNU benötigen auch Bankennetze, die ihnen über den ganzen Globus hin zur Verfügung stehen. Sie benötigen auch Banken, die für sie alle Bankgeschäfte abwickeln können, vom Kredit über Wertpapiergeschäfte bis zu Firmenaufkäufen - sofern sie es nicht vorziehen, eigene Banken zu erwerben, wie die Nestlé mit der Handelsbank in Zürich oder die Dow Chemical mit ihrem eigenen Institut.

So schlossen sich die Grossbanken des westlichen Systems zu internationalen Gruppen zusammen. Die schweizerische Finanz ist beteiligt an der London Multinational Bank (Kreditanstalt), der Liban Bank (Bankverein) oder an der UBS-DB Corp. (Bankgesellschaft und Deutsche Bank). Die gewitzigeren Grossgruppen nahmen schon letztes Jahr arabische Banken auf...

Die Finanzierung der MNU erfolgt immer weniger aus Bankkrediten, sondern über bankvermittelte Geldaufnahmen an den Euromärkten. Diese Euromärkte (Eurodollarmarkt für kurzfristige Gelder, Euroobligationsmarkt für längerfristige Quellen) sind selbst durch überflüssige Gelder der MNU entstanden, welche diese nicht mehr nach Amerika rückführten oder in andere Währungen umtauschten, sondern als Dollarsummen steigenden Ausmasses wieder anderen MNU ausliessen. Fernab jeder Regierungskontrolle hat sich derart ein internationaler steuerfreier Geld- und Kapitalmarkt mit einem Volumen von über 100 Milliarden Dollar gebildet. In den Bilanzen der schweizerischen Grossbanken, die am Eurodollarmarkt ein Drittel und am Euroobligationsmarkt bis die Hälfte der Gelder liefern, schlagen sich diese Vermittlergeschäfte daher nicht mehr wie früher die Kredite in der Bilanz nieder; sie wurden zu Dienstleistungen und betragen dennoch jährlich Milliardensummen. Der einzelne Kapitalanleger beteiligt sich an diesen Ausleihungen durch den Erwerb von sogenannten Notes oder Euro Certificates of Deposits, durch deren Platzierung die Banken den MNU das Fremdkapital vermitteln.

Was tun?

Als Ergebnis der schnell expandierenden MNU wächst der zentral geplante Bereich der westlichen Wirtschaften, weil jedes Unternehmen eine in sich geplante Einheit wirtschaftender Menschen ist. Da diese planenden Unternehmenseinheiten wohl schnell wachsen, aber nach privaten Interessen planen, ergibt sich global gesehen im Wirtschaftssystem eine wachsende Irrationalität, wie sie sich in den Geldkaskaden der Währungskrise oder in den seltsamen Praktiken der Oelgesellschaften in den letzten Monaten zeigte.

● Als Abhilfe verlangen viele Kritiker den stärkeren Eingriff des Staates. Die Integration in neue wirtschaftliche Grossräume wie die EWG setzt sich unter anderem solche Ziele, aber

Fortsetzung Seite 6

¹ «Multinational Corporations in World Developments», Vereinte Nationen, 1973, 195 S., Publikation Nr. E. 73. II. A. 11, 10 \$.
² Stephen Hymers, «Direct Foreign Investment and International Oligopoly», 1968.
³ Raymond Vernon, «Sovereignty at Bay: The Multinational Spread of United States Enterprises», New York, 1971.
⁴ Christopher Tugendhat, «Die multinationalen Konzerne beherrschen die Wirtschaft der Welt», Böden, 1973.
⁵ Ernest Mandel, «Der Spätkapitalismus», edition suhrkamp, S. 289-317.
⁶ Charles Levinson, «L'infation mondiale et les firmes multinationales», Seuil, Paris, 1973, 252 S. (auch Englisch, bei G. Allen and Unwin, 1971).
Graham Bannock, «Die urrechtlichen Giganten - Das Zeitalter der Grosskonzerne», Europaverlag, Wien, 1972.

Die Krise auf dem «Markt» der Studienplätze spitzt sich zu

Wird noch lange weitergewurstelt?

Das Problem des Numerus clausus (NC), der Zulassungsbeschränkungen für bestimmte Studienrichtungen oder für ganze Hochschulen, ist in der bildungspolitischen Diskussion in den letzten Jahren immer mehr in den Vordergrund gerückt. Die Ereignisse und Entscheide, die im Jahre 1973 im Bildungswesen gefallen sind (z. B.: Ablehnung der Bildungsartikel, Scheitern der Revision des Hochschulzulassungsgesetzes, Ablehnung vieler Bildungsvorlagen, Budgetkürzungen, Berufsstopps usw.), wirken alle darauf hin, dass ein NC kaum mehr umgangen werden kann. Wenn sich die bildungspolitischen Instanzen und die Politiker ganz allgemein nicht zu einem grundsätzlichen Neubeginn aufraffen können, muss man sich als Realist auf die Eventualitäten eines NC vorbereiten.

Sicher kann man durch *Notmassnahmen* den NC um einige Semester hinauszögern. Ein Puffer, auf dessen Rücken der NC heute umgangen wird, sind die ausländischen Studenten. Indem man den Ausländern den Zugang zu den überfüllten Studienbereichen verweigert - sie haben ja keinen Rechtsanspruch auf ein Studium -, kann man das Abweisen von Studienwilligen, die in der Schweiz wohnen, vorläufig vermeiden. Eine Lösung des Problems bringt diese Massnahme aber sicher nicht. Ein zweiter Puffer gegen den NC ist die Studienqualität. Indem man die Kapazitäten im Hochschulsektor sehr weit interpretiert und dadurch die Ausbildungsqualität senkt (kleine Rate Dozenten-Studenten, fehlende Praktikummöglichkeiten usw.), kann von einem eigentlichen NC in gewissen Fächern vorübergehend Abstand genommen werden.

Vogel-Strauss-Politik

Alle diese aufschubenden Massnahmen sind oberflächlicher Natur. Sie beinhalten sogar die Gefahr, dass ein NC-Entscheid erst dann gefällt wird, wenn er in seinen Folgen unabsehbare Konsequenzen zeitigt. Ganz abgesehen davon, dass die erwähnten Massnahmen an sich äusserst problematisch sind und sicher nicht unterstützt werden dürfen.

Wenn wir uns im folgenden mit der *Ausgestaltung des NC* befassen, so bedeutet das keine Unterstützung dieses bildungspolitischen Instrumentariums. Mit gutem Willen lesse sich nach Meinung des Verfassers ein NC sicher vermeiden. Eine realistische Einschätzung der Lage macht es aber unvermeidlich, sich auf den NC vorzubereiten. Falls der NC eingeführt werden muss, ist es

eben von grosser Wichtigkeit, was für ein NC schliesslich zur Durchführung kommt. Man soll den ersten Fehler, den NC an und für sich, nicht durch einen zweiten Fehler, einen schlechten NC, korrigieren.

Es gibt keinen guten NC

Wenn man sich - zähneknirschend - mit der Ausgestaltung des NC befasst, lassen sich vier Anforderungen herauskristallisieren, die ein allfälliger NC erfüllen sollte:

1. Der NC darf nicht dazu führen, dass die Mittelschulen ihre Lehrpläne und ihr Bildungsziel dem NC anpassen müssen. So darf vor allem die beginnende Diskussion um eine Mittelschulreform nicht vom NC gestoppt werden.
2. Der NC darf nicht die Lehrpläne und Bildungsziele an der Hochschule bestimmen. Die Möglichkeit der Studienreform und der Qualitätssteigerung der Hochschulausbildung muss gegeben bleiben.
3. Der NC darf nicht eine bestimmte soziale und regionale Gruppe von Studienwilligen benachteiligen.
4. Der NC darf nur eine vorübergehende Massnahme sein. Seine Einführung ist ein politischer Entscheid. Dieser soll als solcher erkenntlich sein und damit zur Bewusstseinsbildung im Bildungswesen beitragen.

Alle zur Diskussion gestellten Auswahlverfahren für die Hochschulausbildung sind auf diese vier Anforderungen zu überprüfen. Ein allfälliger Entscheid für ein Auswahlverfahren muss darauf beruhen, dass möglichst wenig Kollisionen mit diesen Anforderungen bestehen. *Daraus ergibt sich auch, dass*

es keinen guten NC gibt, sondern nur einen am wenigsten schlechten.

Es stehen heute bereits sehr viele Vorschläge für einen allfälligen NC zur Diskussion. Alle Varianten kann man grob in drei Gruppen gliedern:

1. Varianten, die vor allem die Hochschule betreffen. Der Einfluss auf den Mittelschulsektor ist erst von zweitrangiger Bedeutung.
2. Varianten, die hauptsächlich auf den Mittelschulektor Einfluss nehmen. Die Hochschule wird kaum direkt betroffen.
3. Varianten, die keine Konsequenzen für die Mittelschul- und Hochschulausbildung haben. Es werden also Verfahren empfohlen, die nicht auf irgendwelche Leistungsprinzipien abstützen.

Ob Varianten nach dem Verfahren 1. oder 2. besser sind, ist schwer zu beurteilen. Man kann nur feststellen, dass der NC - neben der Wirkung, dass die Studentenzahl stabilisiert werden kann - weitere Auswirkungen zeitigt. Wenn also ein Verfahren nach den beiden ersten Varianten eingeführt werden sollte, ist bei der Entscheidung unbedingt auf die *Sekundärwirkung* einzugehen. Ob diese dann von den Mittelschulen oder den Hochschulen getragen werden muss, ist ein Werturteil und kann hier nicht entschieden werden.

Freie Marktwirtschaft mit den Studienplätzen

Die Varianten der Gruppe 1 sind der Kalte NC und das Probensemester oder Probejahr. Beide Verfahren haben Vorläufer in beinahe beliebiger Abstufung. Sie äussern sich meistens in einer Verschlechterung der Studiensituation. Schon heute kann man an der Universität die Vorläufer der entsprechenden Massnahmen finden, ohne dass von einem eigentlichen NC die Rede ist.

Der Kalte NC besteht darin, dass man an der Universität durch die Verschärfung oder Neueinführung von Prüfungen eine hohe Ausfallquote von Studienwilligen erzielt. Die Steuerung der Studentenzahlen erfolgt damit nach marktwirtschaftlichen Kriterien. Das Angebot der Studienplätze ist als feste Grösse vorgegeben, die Nachfrage muss sich unter wettbewerbssähnlichen Verhältnissen dem Angebot anpassen. Der auf dem Markt erzielte Preis (die Studienplätze werden ja nicht verkauft) ist dabei die Zahl der in der Prüfung gescheiterten Studenten. Es ist klar, dass der Kalte NC direkte Auswirkungen auf die *Qualität des Studiums* zeigt. Im Mittelpunkt steht der grosse Prüfungsdruck, dem sich alle Studenten unterordnen müssen. Da Prüfungen, wenigstens nach den bis heute verwendeten Verfahren, vor allem quantitatives Stoffwissen kontrollieren können, wird eben dieses Wissen zum zentralen Lernziel der Studenten. Ein Tiefenwissen oder eine Anwendung des Stoffes im Sinne eines Projektstudiums ist praktisch ausgeschlossen. Studienreformen müssen unter solchen Voraussetzungen zum Scheitern verurteilt sein. Wissenschaftliche Untersuchungen haben zudem erwiesen, dass in Prüfungen unter diesen Voraussetzungen kaum die Eignung auf den späteren Beruf getestet werden kann. Dafür wird das Problem der Gescheiterten aktuell. Wer sich diesem Stress nicht anpassen kann - das sind sehr häufig die sozial benachteiligten Studenten -, bleibt auf der Strecke. Auch dieses Problem muss bewertet werden. Ein eigentlicher NC-Entscheid wird im Kalten NC nicht gefällt, auf jeden Fall nicht auf der politischen Ebene. Man wälzt die Verantwortung auf den Studenten ab (er ist dann einfach nicht geeignet) oder auf den Dozenten (er muss den Studenten ja hinauswerfen). Auf den Gedanken, dass die bildungspolitischen Instanzen verantwortlich sein könnten, wird niemand kommen. Eine Kontrolle der Massnahme ist erst recht nicht möglich, weil sich die Entscheidung hinter der professionellen Autorität verstecken kann. Der Kalte NC ist deshalb unbedingt abzulehnen.

Ob Probejahr ...

Das Probensemester oder Probejahr ist die Institutionalisierung des Kalten NC. Es wird an der Hochschule ein offizielles Jahr der Bewährung ausgerufen. Jeder Maturand wird also zugelassen, wenigstens für die Probezeit. Am Schluss der Probezeit entscheidet eine Prüfung über die weitere Zulassung. Wenn dieses Probensemester oder Jahr seriös durchgeführt werden soll, bedeutet es eine Studienverlängerung. Nur so können die verschiedenen Maturtypen und die regional verschiedenen Voraussetzungen richtig gewichtet werden. Wenn sofort mit dem vollen Stoffprogramm begonnen wird, entscheidet zum Beispiel der Maturtyp über das Bestehen in nicht gerechtfertigter Art und Weise. Ob aber eine Studienverlängerung das NC-Problem überhaupt lösen kann, ist mehr als fraglich. Wenn die Bildung ernst genommen wird, wird

Im nächsten «konzept»:

Hochschulförderung oder der Weg in die programmierte Sackgasse

das Probensemester oder Probejahr das Studium sicher verlängern. Eine Selektion, die über den Kalten NC hinausgehen soll, ist aber sehr personalintensiv. Als Mittel gegen den NC muss diese Methode damit nicht in Frage. Wählt man aber das Modell ohne Studienverlängerung, so muss die Ablehnung mit der beim Kalten NC verwendeten Argumentation erfolgen.

Es gibt ein ziemlich breites Spektrum von NC-Verfahren, die auf Kosten der Mittelschulen gehen. Entweder wird die Selektion voll auf die Mittelschulen abgewälzt, oder dann werden die Mittelschulen indirekt durch das Verfahren betroffen. Die wichtigsten Verfahren dieser Gruppe sind das *Kontingentverfahren*, das *Kriterium des Maturdurchschnitts* oder die *Hochschulaufnahmeprüfung*.

... oder Kontingente ...

Das *Kontingentverfahren* besteht darin, dass allen eidgenössisch anerkannten Mittelschulen ein Kontingent an Studienplätzen für NC-betroffene Studienrichtungen zugeteilt wird. Die Zuteilung soll dabei von einer Zentralstelle erfolgen. Nach was für Kriterien diese Kontingente verteilt werden sollten, darüber schweigen sich die Initianten, die Konferenz Schweizerischer Gymnasialrektoren, aus. Damit wird aber dem ganzen Modell die Aussagekraft entzogen. Der ganze Vorschlag beruht wohl auf der rektoralen Erkenntnis, dass die Maturdurchschnitte der verschiedenen Gymnasien und Mittelschulen nicht vergleichbar sind. Da dieses Kriterium (es wird weiter unten noch aufgeführt) zu einer auch die Rektoren betreffenden Konkurrenz der Mittelschulen führen würde, ist man auf die Kontingentlösung gestossen, die die Selektion in der Schule unter den Schülern durchführen soll. Diese nur aus der Interessenlage Gymnasialrektoren erklärare Lösung scheint wenig reflektiert zu sein. So ist völlig ungeklärt, was zum Beispiel geschehen soll, wenn ein kleines Gymnasium plötzlich viele Maturanden ausstösst, die Medizin studieren wollen, eine andere Mittelschule aber Mühe hat, ihr Kontingent zu nutzen. Die Ungerechtigkeit geht dabei eindeutig gegen vom Kontingent benachteiligte Schulen. Dafür - und das war wohl die Idee der Rektoren - wird die heutige Matur in der Mittelschule aufgewertet. Ziel kann nicht mehr das Bestehen sein, sondern eine gute Matur. Dieser Leistungsdruck

Ablenkungsmanöver

pf. Mit aller Vehemenz und allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln will sich der Verband der Schweizer Medizinstudenten (VSM) gegen eine Regierungspolitik wehren, «wo Ausländer als Sündenböcke herhalten sollen für eine ungenügende und fehlerhafte Bildungspolitik der letzten Jahre». Vor Jahresende rügte die Delegiertenversammlung des Verbandes die an der Universität Basel ins Auge gefasste Beschränkung der Ausländerzahl (inkl. Niederelassene) auf 10% der Studierenden und die von der Zürcher Regierung beabsichtigte Begrenzung der maximalen Studiendauer auf 12 Semester (14 für die Medizinstudenten) für Ausländer (Erziehungsdirektor Alfred Gilgen hatte sogar eine Beschränkung auf 10 bzw. 12 Sem. gefordert).

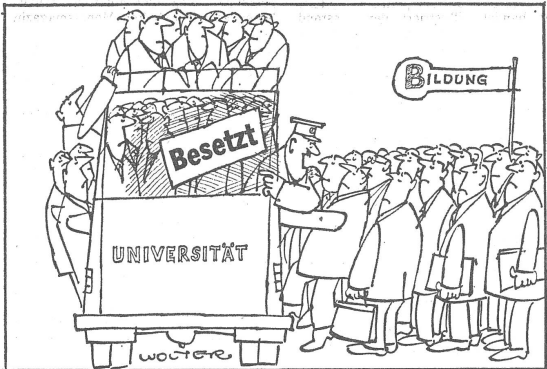
«Niemand wird behaupten wollen, eine Minderheit von sogenannten Bummelestudierenden, für die man Ausländer oft hält, blockiere irgendwelche Studienplätze. Schon längst können Labor- und Praktikumsplätze nur noch einmal besetzt werden. Hörsäle andererseits sind keine Kapazitätsengpässe», erklärt der VSM in einem Pressecommuniqué. Er sieht in den Massnahmen der Zürcher und Basler Regierung eine Diskriminierung der Ausländer. Man wolle damit von einem echten Problem ablenken und der Bevölkerung vorspiegeln, man gehe daran, die Probleme zu lösen. Es werde hier an wehrlosen Ausländern die Durchsetzung von Massnahmen probiert, die in naher Zukunft auch die Schweizer betreffen sollen. Einziges Ziel sei dabei, die Studierenden mit der Angst um den Studienplatz unter Kontrolle zu halten.

Der VSM fordert die beiden Regierungen auf, ihre nationalstaatlichen und fremdenfeindlichen Beschlüsse zurückzunehmen. Der Ausbau der Bildungsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsschichten und eine inhaltliche Reform der bestehenden Studiengänge seien unverzüglich an die Hand zu nehmen, als Alternative zu Zulassungsbeschränkungen und bürokratischen Verschlussmethoden, die stets auf eine Benachteiligung der schon von jeher benachteiligten Schichten hinausläufen.

und damit die *Aufwertung der Lehrertätigkeit* wird wohl der Vater der Kontingentlösung sein. Zum NC-Problem kann die Kontingentlösung also wenig beitragen. Vom politischen Standpunkt wäre sie zwar zu begrüssen, denn die Kontingente sind sichtbar, das Problembewusstsein wäre also vorhanden. Eine Kontrolle der Selektion ist dagegen kaum möglich.

... es trifft immer die Benachteiligten

Der *Maturdurchschnitt* als Kriterium könnte dann vertreten werden, wenn alle Maturnoten auf die gleiche Art entstehen würden. Da aber je nach Schule und Lehrer die Maturnoten stark differieren können, kann der Durchschnitt der Maturzeugnisse kein Kriterium abgeben, das über die Zulassung zur Hochschule entscheiden kann. Da zudem kein Zusammenhang zwischen Maturnote und Studienerfolg gegeben ist, wird das Verfahren völlig ab-



«Mann, haben Sie keine Ahnung, was ein neuer Bus kostet?» (Wolter im «Spiegel»)

Multinationale Unternehmungen

Fortsetzung von Seite 5

gleichzeitig müssen die Straffung der rechtlichen Rahmenbedingungen, die grosszügige Förderung von Spitzenindustrie und die resolute Aussenhandelspolitik den MNU dieser Grossräume dienen, da die europäische Integration nicht gegen ihre Interessen gemacht werden kann. Es bleibt abzuwarten, ob nach einer Direktwahl des europäischen Parlaments sich sozialreformistische Koalitionen finden, die den MNU auf europäischer Ebene entgegenzutreten können. In Uno-Kreisen werden gar weltumfassende Ueberwachungsregeln vorgeschlagen, doch dürfte die Ueberwachung auf der Ebene der wirtschaftlichen Grossräumen (EWG, Europapakt, Maghreb-OPEC etc.) innert kürzerer Frist zu realisieren sein. Die Schweiz kommt nicht einmal dem Minimalerfordernis, nämlich der vermehrten Publizität bezüglich Büchern und Praktiken, entgegen. Sie weigerte sich, an einer EFTA-Studie über Auslandsinvestitionen mitzuarbeiten, und spielte auch hier - wie in Steuerfragen - den «Strätkröcher». Fortschrittliche Politik sollte sich kurzfristig zum Ziel setzen, die Schweiz zur internationalen Zusammenarbeit im Zwang zur Öffentlichkeit, in der Steuerangleichung zu bringen.

Die Gewerkschaften bemühen sich ihrerseits um die Errichtung einer internationalen Gegenkraft. Die Solidaritätsstreiks gegen die Niederlassungen

einer MNU in allen Ländern werden durch gesetzliche Hemmnisse oft illegalisiert und sind aufgrund verschiedener Interessenlage der national denkenden Arbeiterschaften oft subjektiv unmöglich. Die nächsten Jahre könnten aber hier doch einige Entwicklungen vorantreiben.

Blosse Verstaatlichungen der MNU-Filialen können sich verheerend auswirken, wenn die betreffende Filiale nur als kleines Glied im ganzen Konzern wirkt und durch Sperre der Materialien, der Absatzwege oder des technischen Wissens lahmgelegt werden kann, wie es in Chile geschah.

Eine verführerische Lösung könnten manche auch unter Rudolf Hillerding's Stichwort vom «organisierten Kapitalismus» sehen, wonach das Wachstum der Industriesaurier ihre Ueberführung in Gemeinbesitz geradezu aufzwingen würde. Auch Engels freute sich angesichts der ersten Trusts 1894: «So ist ... die Konkurrenz durch das Monopol ersetzt und der künftigen Expropriation durch die Gesamtgesellschaft, die Nation, aufs erfreulichste vorgearbeitet.»

Die gebratenen Tauben werden einem aber nicht ins Maul fliegen, und die Herbeiführung einer humanen Arbeits- und Produktwelt, einer Produktion im allgemeinen Interesse wird überstaatliche und gewerkschaftliche Zusammenarbeit voraussetzen.

Beat Kappeler

Bildungspolitik ist mehr als eine Hobby-Beschäftigung

Der Verband der Schweizerischen Studentenschaften sucht Mitarbeiter zur Erarbeitung von bildungs- und sozialpolitischem Grundlagenmaterial.

Je nach Art der Arbeit können wir kleine Honorare und Spesenentschädigungen ausrichten. Die geplanten Untersuchungen können in Einzel- oder Gruppenarbeit geleistet werden; die Themstellung eignet sich in den meisten Fällen gleichzeitig für Seminar- und Diplomarbeiten!

Zurzeit stehen insbesondere folgende Themenkomplexe zur Behandlung an:

- Die konjunkturelle Würdigung des Lausanner Modells. (Projektskizze liegt vor.) Zielgruppe: Ökonomen.
- Variable Prognosen für den Finanzbedarf des Lausanner Modells. (Projektskizze liegt vor.) Zielgruppen: Ökonomen, Mathematiker.
- Das Kartell im Buchgewerbe. Kritische Untersuchung des Berichts der Kartellkommission. Zielgruppe: Ökonomen.
- Die Kostenstruktur im Verlags- und Buchhandelswesen. Zielgruppe: Betriebswirte.
- Der Abstimmungskampf für das Lausanner Modell. Politologische abstimmungstechnische und (werbe-)psychologische Grundsätze. Zielgruppen: Historiker, Politologen, Soziologen.
- Stiefkind Berufsbildung. Die Einordnung der Berufsbildung in ein Gesamtbildungskonzept. Zielgruppen: Pädagogen, Psychologen, Soziologen, Lehramtskandidaten.
- Makro-Vergleich verschiedener Bildungssysteme in Europa (u. a. in bezug auf die finanzielle Belastung der einzelnen Volkswirtschaften). Zielgruppen: Soziologen, Ökonomen, Pädagogen.

Alle Themen sind Rahmenthemen. Differenzierungen und Ausweitungen sind möglich und erwünscht. Der VSS ist überdies bei der Zusammenstellung und der Beschaffung der Unterlagen behilflich und sorgt nach Abschluss der Arbeit für Redaktion, Vervielfältigung und Vertrieb. Solltest Du Interesse an einem der Themenbereiche haben, setze Dich bitte mit uns in Verbindung.

Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9, 3012 Bern, Tel. (031) 23 28 18 (Richard Bauer verlangen)

Ich möchte gerne nähere Angaben zum Thema

Name	Vorname
Strasse	
PLZ	Ort
Telefon	
Studienrichtung:	

surd. Die negativen Auswirkungen auf die Mittelschulen sind zudem zahlreich. Ein zusätzlicher Leistungsdruck verhindert das Vermitteln von nicht direkt an der Matur verwertbarem Stoff. Die Schule wird vermehrt zur quantitativen Stoffvermittlung gezwungen. Schulen, die billige Maturen abgeben, sind im Vorteil. Eine über das Formelle hinausgehende Kontrolle ist nicht durchführbar. Der Maturdurchschnitt hat deshalb in unserem bildungsmässig so dezentralisierten Land kaum die Bedeutung, die nötig wäre, um ihn zum Kriterium zu erheben.

Von allen Verfahren, die die Bürde auf die Mittelschulen abwälzen, scheint nur eine **eigenössische Aufnahmeprüfung** als Zulassung zu den Hochschulen durchführbar zu sein. Dieses Verfahren ist denn auch in der NC-Diskussion weit vor zu finden. So wird es beispielsweise vom Zürcher Erziehungsdirektor vertreten. Was die Aufnahmeprüfung so sympathisch macht, ist die Grundlage des Leistungsprinzips. Die Immatrikulation an eine Hochschule erfolgt durch das Erbringen einer Leistung, das Bestehen der Aufnahmeprüfung, die zudem für alle Kandidaten genau gleich ist. Dass die Leistung eben nicht für alle Prüflinge die gleiche ist, wird meistens übersehen. Denn für das Bestehen der Prüfung ist nicht nur die Leistung massgebend, sondern auch die Vorbildung. Und hier ist im schweizerischen Schulwesen keine Gleichheit anzutreffen.

Zwangsjacke für die Mittelschüler

Die erste Frage, die man stellen muss, ist die nach der Art der Aufnahmeprüfung. Wird z. B. eine auf das ergreifende Studium zugeschnittene Prüfung verlangt? Für Mediziner also naturwissenschaftliche Fächer? Dann sind aber alle Maturanden mit einem eher humanistischen Abschluss stark benachteiligt. Die breite Möglichkeit, wie sie der heute anerkannte Maturabschluss bietet, wäre damit zerstört. Eine allgemeine Aufnahmeprüfung für alle Studienrichtungen würde aber die Maturitätschüler gefährden. Man heutzutage eine Spezialisierung beinhaltet, also z. B. die Wirtschaftsgymnasien oder die klassischen Gymnasialtypen. Wenn eine Aufnahmeprüfung wirklich eingeführt wird, wird ihr Inhalt auf die Lehrpläne der Mittelschulen zurückwirken. Eine Mittelschule wird dann als gut gelten, wenn viele ihrer Schüler die Aufnahmeprüfung bestehen. Die Mittelschule wird somit zur Vorbereitungsschule auf eine neue Fremdmatur, die eigenössische Aufnahmeprüfung. Dass damit viele **qualitative Bildungsziele** verlorengehen, muss nicht extra erwähnt werden. Die Mittelschulen haben einfach keinen Spielraum mehr dazu. Schullehrpersonen würden so zum unerwünschten Luxusgut, die Diskussion um die Mittelschule von morgen wieder gegenstandslos. Da die entsprechende Aufnahmeprüfung zudem von den Hochschulkantonen diktiert würde, wären alle Regionen mit einem anderen Mittelschulkonzept benachteiligt. Und die Erfahrung, dass Aufnahmeprüfungen sozial benachteiligte Gruppen am stärksten treffen, müsste auch bei der Hochschulaufnahmeprüfung gemacht werden. Eine spezielle Eignung für eine Berufsausbildung kann in einer solchen Aufnahmeprüfung nicht festgestellt werden. Sicher kann die Aufnahmeprüfung erst korrekt bewertet werden, wenn man ihre Ausgestaltung kennt. Prüfungen können gut oder schlecht sein. Die heutige Prüfungserfahrung muss aber auch eine als gut eingestufte Aufnahmeprüfung als schlechte Problemlösung klassieren. Denn die Auswirkungen auf die Mittelschulen sind allein schon Grund, von der Aufnahmeprüfung Abstand zu nehmen.

Als letzte Gruppe bleiben die **Verfahren, die nicht auf dem Leistungsprinzip** basieren. Sie werden bei der ersten Betrachtung deshalb gern als schäbig bezeichnet. Dass diese Bezeichnung nicht auf alle Verfahren dieser Gruppe bezogen sein kann, zeigt eine genauere Analyse. Wird das **Wohnsitzprinzip** zu

Recht verworfen, so verdienen die Verfahren mit der **Warteliste** und dem **Los** zumindest eine eingehendere Betrachtung.

Das kleinere Uebel

Das zweite Verfahren dieser Gruppe ist die **Zulassung mittels Warteliste**. Jeder Studienwillige muss sich anmelden. Seine Zulassung erfolgt, wenn er oben auf der Warteliste angelangt ist. Auf diese Weise kann sicher ein vorübergehender NC kanalisiert werden. Sobald aber der Druck zu gross (und damit die Warteliste zu lang) wird, scheint das Verfahren nicht unproblematisch zu sein. Der Vorteil des Verfahrens ist, dass es weder auf die Mittelschulen noch auf die Hochschulen strukturverändernd wirkt. Schul- und Studienreformen bleiben möglich. Das Wartelisteverfahren hat vorübergehenden Charakter, es kann jederzeit aufgehoben werden, die wartenden Studienwilligen werden zum Problembewusstsein beitragen, einzig die Durchführung bietet gewisse Probleme. Doppelanmeldungen, der Anmeldetermin, späte Studienwahl usw. trüben das Bild etwas. Einer Durchführung kann aber grundsätzlich nichts im Wege stehen.

Das **Losverfahren** wird dem **Anticimprincípio** ist sicher das praktikabelste Verfahren. Die Anwärter werden durch

Wer im Januar schon an März denkt, wird für die Mühe reich beschenkt.

März-Nummer von «konzept» jetzt schon bestellen! (Seite 11)

das Los zugelassen, wobei schon einmal abgewiesene Anwärter den Vorzug bekommen. Das Verfahren ist einfach durchführbar und gut kontrollierbar. Es zeigt keine Auswirkungen auf die Mittelschulen oder Hochschulen. Aber es zeigt die Problematik des NC deutlich auf. Der Entscheid wird damit zum politischen Entscheid. Eine regionale Benachteiligung ist nicht zu befürchten, die soziale kaum gross (Besserbemittelte können die Wartezeit beispielsweise angebrachter überbrücken). Das Losverfahren wird sicher keinen Monat länger eingesetzt werden, als unbedingt nötig ist. Bleibende Änderungen an eine verfehlte Bildungspolitik bleiben hier so wenig wie beim NC mittels Wartelisten. Dass an auf dem Zufall basierendes Verfahren abtossend ist, sagt nichts über seine Qualität aus.

Die Erkenntnis, dass Bildung nichts Zufälliges ist, sondern erworben werden muss, ist kein Indiz dafür, dass das Losverfahren schlecht ist. Der Zugang zur Hochschule wird ja, wie bisher, durch die allgemein anerkannte Maturität erworben. Die Studienplätze werden also nicht frei verlost, weil die Auswahl bereits getroffen worden ist. Das Los entscheidet nur über die Zulassung von gleichwertigen Kandidaten. Das Fragezeichen ist nicht hinter das Losverfahren zu setzen, sondern hinter die Notwendigkeit der Selektion; der Schwarze Peter liegt beim Mangel an Studienplätzen. Das Losverfahren findet von allem bei den Betroffenen, den Mittelschülern und den Hochschülern, Anhänger. Es wird ebenso begrüsst von den Kreisen, die nicht heute unter dem Druck des NC bildungspolitisch weitreichende Entscheidungen fällen oder präjudizieren wollen. Denn die angeordneten Entscheidungen verdienen es, unbelastet und unvoreingenommen angegangen zu werden. Gemeint sind hier Modelle der Mittelschule von morgen sowie die unter dem NC beinahe vergessene Studienreform.

Damit nicht weitergewurstelt wird

Nach dieser Aufzählung der NC-Varianten stellt sich die Frage des weiteren Vorgehens. Sie kann in fünf Postulaten beantwortet werden.

- 1. Ohne die Frage vorzuentcheiden, ob der NC eingeführt werden soll, ist sofort abzuklären, welche politische Instanz in der Schweiz für einen allfälligen NC zuständig ist. Diese Instanz soll mit den Vollmachten, die für die Durchführung eines NC nötig sind, ausgestattet werden.
- 2. Die auf diese Weise bestimmte Instanz soll in Absprache mit allen Interessierten und Betroffenen darüber entscheiden, ob und wann der NC eingeführt werden soll und wie er aussehen wird.
- 3. Die Durchführung des eruierten NC-Verfahrens muss gründlich vorbereitet werden. Denn eine seriöse Selektion kann nicht kurzfristig durchgeführt werden.
- 4. Die Betroffenen müssen die Möglichkeit haben, die ganze Einführung sowie die Durchführung des NC zu kontrollieren. Daraus lässt sich ein institutionalisiertes **Vertretungsrecht** der Betroffenen ableiten.
- 5. Der **Ausbau des Bildungswesens** ist unverzüglich neu aufzunehmen oder weiterzuführen, damit die vorbereiteten Massnahmen wenn möglich umgangen werden können. Grundlage dieses Ausbaus muss eine schweizerische Bildungskonzeption sein.

Wenn das vorgeschlagene Verfahren aufgegriffen wird, kommt die NC-Diskussion endlich einen Schritt weiter. Denn das Ignorieren des Problems, wie es heute fast überall gemacht wird, kann so nicht mehr praktiziert werden. Es ist dann nötig, zum NC konkret Stellung zu beziehen oder dem Ausbau der Hochschulen die entsprechenden Mittel freizugeben. Dass eine Politisierung des NC eher zum letzteren führt, ist die Ueberzeugung des Verfassers.

Paul R. Lehmann, KStR, Uni Zürich

Christoph Kurth hat in verschiedenen Archiven über die Vergangenheit des «Trumpf Buur» - sprich Nationalrat Robert Eibel - geforscht. Zu beziehen gegen 0.50 Fr. in Briefmarken bei: Arbeitsgruppe 3. Welt, Postfach 1007, 3001 Bern. Lebenswert ist auch Eibels Entgegnung in der «AZ», die Kuhns Arbeit publiziert hatte (in «AZ» vom 9.10. November 1973). Eibel: «Es ist selbstverständlich Ihnen und Ihren Mitarbeitern unbenommen, in alten Papieren, deren Entstehung Jahrzehnte zurückliegt, herumzugraben. Man könnte das auch in Nummern Ihrer Vorgängerin, des «Volksrechts», tun...»

«Trumpf Buur»: Damals und heute

Das Komitee «Studenten für AZ» bildete sich im September 1973 aus Vertretern aller Fakultäten und Abteilungen der beiden Zürcher Hochschulen, nachdem bekanntgeworden war, dass die Zürcher Genossenschaftsdruckerei die «Zürcher AZ» und damit den «AZ»-Ring fallenlassen wollte. Ziel war, zu Beginn des Wintersemesters unter den Zürcher Studenten «AZ»-Abonnenten zu werben. Nun - «Zürcher AZ», «Oberländer AZ» und «AZ»-Ring sind tot. Dass es sich um ein politisches Attentat handelt, illustriert der Umstand, dass die übrigen sozialdemokratischen Blätter vorläufig weiter erscheinen, wobei vor allem das Konzept der «Ostschweizer AZ» - überdierte Schwer-

Abonniert «Zeitdienst» und «focus»!

«konzept» können Sie dieses Jahr auch im März lesen.

Wer den März nicht ehrt, dem ist Lesen nichts wert.

«konzept» können Sie dieses Jahr auch im März lesen.

konzept Tip In dieser Spalte veröffentlicht die Redaktion von «konzept» Hinweise auf lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion, die ihr zuerst zu werden.

Studenten in der Sowjetunion

laut der Titel einer Broschüre über das Hochschulwesen in der UdSSR, die im APN-Verlag Moskau erschienen ist. Auf 207 Seiten erörtern zahlreiche sowjetische Journalisten, wie viele Studenten es in der UdSSR hat, welche Rechte und Pflichten sie haben, wie hoch die Ausbildungskosten und die Stipendien sind, wie die studentische Selbstverwaltung in der UdSSR funktioniert. Das sowjetische Hochschulwesen vom Blickwinkel der Sowjetunion aus gesehen. Eine Zusatzinformation zur Ergänzung bzw. Relativierung westlicher Zeitungskorrespondenten. Erhältlich bei «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich, gegen 2 Fr. in Briefmarken.

«Trumpf Buur»: Damals und heute

Christoph Kurth hat in verschiedenen Archiven über die Vergangenheit des «Trumpf Buur» - sprich Nationalrat Robert Eibel - geforscht. Zu beziehen gegen 0.50 Fr. in Briefmarken bei: Arbeitsgruppe 3. Welt, Postfach 1007, 3001 Bern. Lebenswert ist auch Eibels Entgegnung in der «AZ», die Kuhns Arbeit publiziert hatte (in «AZ» vom 9.10. November 1973). Eibel: «Es ist selbstverständlich Ihnen und Ihren Mitarbeitern unbenommen, in alten Papieren, deren Entstehung Jahrzehnte zurückliegt, herumzugraben. Man könnte das auch in Nummern Ihrer Vorgängerin, des «Volksrechts», tun...»

Abonniert «Zeitdienst» und «focus»!

«konzept» können Sie dieses Jahr auch im März lesen.

Wer den März nicht ehrt, dem ist Lesen nichts wert.

«konzept» können Sie dieses Jahr auch im März lesen.

St. Gallen: Unterstützt das VSS-Komitee!

Bekanntlich haben sich die Studierenden der Hochschule St. Gallen in einer Urabstimmung im November 1973 gegen einen Verbleib im VSS ausgesprochen. Dieser Zustand ist für alle Beteiligten unbefriedigend, weil einerseits die vom VSS bearbeiteten Problemkreise (hauptsächlich Bildungspolitik, Numerus clausus und Stipendienwesen) auch die HSG betreffen, andererseits der VSS sowie die weiteren beteiligten Studentenschaften einen Anspruch auf Solidarität St. Gallens haben. Wir haben uns daher entschlossen, unsere Interessen im VSS durch ein VSS-Komitee wahrzunehmen. Zu diesem Zweck wird ein Verein gegründet, der sich zum Ziel setzt, auf einen Wiedereintritt der Studentenschaft der HSG in den VSS hinzuwirken und in der Zwischenzeit den gegenseitigen Informationsfluss zu garantieren sowie dem VSS die Mitarbeit an nationalen Projekten zuzusichern. Nach der Konstituierung als Verein werden wir uns beim VSS um eine Anerkennung als VSS-Komitee bewerben. An dieser Stelle fordern wir alle HSG-Studenten mit Verständnis für eine nationale Studentenschaftspolitik auf, sich uns anzuschliessen. Kontaktadresse: Andreas Strehle, Gatterstrasse 19, 9010 St. Gallen.

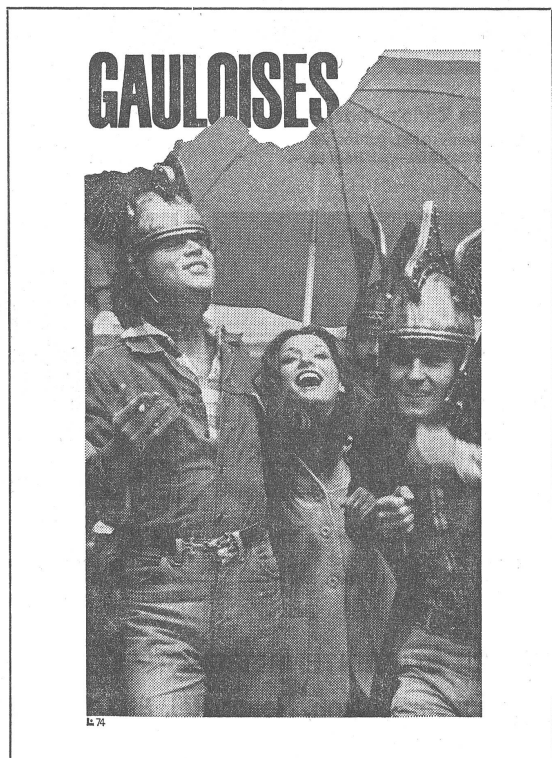
punktsetzung auf Lokal- und Regionalberichterstattung, Verbilligung des Abonnements - Beachtung verdient.

«Zeitdienst zur sozialistischen Diskussion und Information», Postfach 195, 8025 Zürich, Jahresabonnement 35 Franken.

«focus/AGITATION», Postfach 2060, 8023 Zürich, Jahresabonnement 20 Franken.

Abonniert «Zeitdienst» und «focus»! Macht Bekannte auf die beiden Zeitschriften aufmerksam! Arbeitet an den beiden Blättern mit!

Komitee «Studenten für AZ»



Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten: Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich Telefon 01 / 27 77 27

BUCHSONDERANGEBOT

Bücher, die wir besonders empfehlen können, verlagsneu, aus Restauflagen, zu stark reduzierten Preisen:

- Alexander, Dr. F. G., Geschichte der Psychiatrie, 544 S., 1969. Mit Bibliographie und Register, 11 Bilder auf Kunstdrucktafel. Leinen, früher Fr. 46.50 **jetzt 29.50**
- Harding, Esther, Geheimnis der Seele, Ursprung und Ziel der psychischen Energie. Vorwort von C. G. Jung, 426 S., Register, Leinen, Rhein-Verlag, Zürich, früher Fr. 34.70 **jetzt 17.30**
- Harding, Esther, Selbsterfahrung, Einleitung in die Begriffe der analytischen Psychologie, 404 S., Rhein-Verlag, Zürich, früher Fr. 29.50 **jetzt 10.90**
- Der Kahlheimer Hexenhammer, Faksimile-Ausgabe der Original-Handschrift aus dem Kehlheimer Stadt-Archiv, 56 S. mit 62 zeitgenössischen Abbildungen. Leinen, früher Fr. 39.50 **jetzt 17.30**
- Kronhausen, E., Bücher aus dem Giltbachkanal. Analyse der verbötenen und verbotenen arabischen Literatur von den Anfängen der Dichtung bis heute, 384 S., Literaturverzeichniss, Leinen, früher Fr. 37.30 **jetzt 10.90**

Aus der Reihe Kindlers Universitäts-Bibliothek: Ratelle, Sonne, Erde, Radio, Die Erforschung der Ionosphäre. Thason, Erforschung des Meeres. Wilson, Religiöse Sektan. alle Titel über Fr. 23.40 (Bitte verlangen Sie den Sonderprospekt für weitere Titel). Hofstätter, Hans H., Jugendstil - Druckkunst. Ein umfassendes Werk über den europäischen Jugendstil, mit 200 teils farbigen Abbildungen, Literaturhinweise, Grossformat, Leinen, früher Fr. 210.- **jetzt 75.40**

Bitte senden Sie mit gratis und unverbindlich Ihren Katalog «Verlagsneue Bücher zu reduzierten Preisen», der gegen 5000 Titel enthält. Name: für Stud.-Rabatt-Abzug wichtig Vorname: Student(in) der Fakultät Strasse: Ort mit Plz.: Datum: Unterschrift: Bitte als Drucksache mit 15 Rp. frankiert einsenden an Buchhandlung Ernst, Abt. Versand Buchholzstrasse 158, 8053 Zürich, Tel. (01) 53 06 31

Der Chef hat gesprochen

«Habt Mitleid mit den Militärköpfen!», offener Brief an Bundesrat Gnägi, «konzept» Nr. 7/73, Dez. 1973.

Der Chef des Eidg. Militärdepartements Sehr geehrte Herren,

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 9. Dezember 1973 samt Beilagen, von dessen Inhalt ich Kenntnis nahm. Ich habe keine Veranlassung, auf die Eingabe näher einzutreten. Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Gnägi, Bundesrat

wiedergeben, entgangen; dies wäre schade. Ihr Kommentar ist unerheblich und stört mich weiter nicht.

René Masson, Langenthal

Vertiefte Liebe

Meine Liebe auf den ersten Blick begnügt sich zu vertiefen. Herzlichen Dank für Ihre militärdienstlichen Anweisungen, entschuldigen Sie, Ratschläge. Ich hoffe, dass Sie kein «AZ-Tod», geistig wie finanziell, ereilen wird.

P. D. R., Zürich

Beherrigenswert

«Militärköpfe auf wackligen Füßen», «konzept» Nr. 6/73, Nov. 1973.

Empfangen Sie meinen besten Dank für Ihren Artikel im «konzept» vom 20. 11. 73: «Militärköpfe auf wackligen Füßen». Begründung: Ohne besagten Artikel wären mir die sehr bemerkenswerten und beherrigenswerten Ausführungen von Oberst i. Gst. E. Brun, welche Sie in verdankenswerter Weise in extenso

... mein Kompliment zu «konzept».

Markus Bünzli, Fribourg

Wie bei den Frönlern?

«Tagesschau - objektiv für wen?», «konzept», Dez. 1973.

Gerät die studentische Jugend wieder ins Fahrwasser von totalitären Ideologien? Ist «konzept» wieder so weit wie der «Zürcher student» in den dreissiger Jahren, als Frönlter in seiner Redak-

tion sass? Der Leitartikel in der Dezember-Ausgabe über die Tagesschau-Untersuchung der angeblich kritischen Arbeitsgruppe Publizistik lässt es mich vermuten. Warum geben Sie einer offenbar marxistischen Gruppe Gelegenheit, für eine hemmungslose Parteilichkeit in den Massenmedien Propaganda zu machen? Herr Goebbels hätte seine helle Freude gehabt! Indem Sie dem Frontalangriff dieser AKP gegen die Objektivität auf der ersten Seite von «konzept» Platz einräumen, haben Sie übrigens indirekt zugegeben, dass Ihnen an einer objektiven Berichterstattung wenig gelegen ist. Schade!

U. Sutter, Luzern

PS: Die Lektüre von «Welttheater für Eidgenossen» hat mich übrigens in meiner Ansicht bestärkt.

ECHO

Kritische Anmerkungen

«Lausanner Modell, an Rückzug nicht zu denken!», «konzept» Nr. 6/73, Nov. 1973.

Zum Aktionsprogramm des Verbandes Schweizerischer Studentenschaften (VSS)

Für die Machthaber im VSS und deren politische Gruppe bieten sich im Aktionsprogramm verschiedene Vorteile, insbesondere da die Aktionen nur vage umschrieben sind und sich so nach belieben, d. h. nach der jeweiligen taktischen Situation interpretieren beziehungsweise uminterpretieren lassen.

Kampagne gegen die Wohnungsmisere: Dies tönt sehr schön. Doch auch hier zeigt es sich, dass man praktisch zwei sich einander ausschliessende Ziele ins Auge fassen kann. Entweder versucht man ein höheres Wohnplatzangebot für die Studierenden zu erreichen, oder man will eine möglichst grosse Zahl von Studenten für militante Mieterkampfgruppen rekrutieren. Das zweite Ziel sorgt, wie es schon der Fall war, für eine Verschlechterung des studentischen Images in der Öffentlichkeit. In der Folge geht das Angebot an Wohnraum für Studenten weiterhin zurück. Die Wohnungen werden dann lieber längere Zeit leergelassen, als vorübergehend an Studenten vermietet.

Welches Ziel kann man nun bei den Herrschenden im VSS vermuten? Es darf dabei nicht übersehen werden, dass innerhalb des VSS die leninistischen POCH weitaus am stärksten ist. Bekanntlich beabsichtigt diese Gruppe ab 1975 «harte Mieterkämpfe» zu führen. Sollte nun dafür auch der Dachverband der Schweizerischen Studentenschaften eingespannt werden?

Numerus Clausus-Aktionen: Die drohende Zulassungsbeschränkung an den Universitäten (NC) soll bekämpft wer-

den. Doch auch hier stellt sich die Frage nach dem wie: Soll man nach Möglichkeiten suchen, wie vermehrte Studienplätze geschaffen werden könnten? Oder geht es hier nicht wieder mehr um die Aktionen als solche, als um das vorgegebene Ziel? So versucht bereits ein POCH-Vertreter in Zürich sogenannte «gesellschaftliche Ursachen» des NC in den Vordergrund zu schieben. Dabei sollte es gerade die POCH selbst wissen, die sonst bedingungslos die Positionen des Ostblocks übernimmt und auch selbst an der «DDR-Delegation» beteiligt war, dass auch z. B. in dieser sogenannten sozialistischen DDR ein NC besteht. So werden dort zuerst die politisch Unzuverlässigen ausgesiebt, etwa weil ein Elternteil religiös ist usw. In zweiter Stufe wird nach Leistung entschieden. Diese zweite Aussiebung wird selbst in einer offiziellen Propagandaschrift der DDR zugegeben. Doch da dies nicht in das Konzept dieser Gruppe passt, wird es verschwiegen.

Jürg Jung, Muttenz

In dieser Spalte veröffentlicht «konzept» Zuschriften von Lesern. Die Redaktion freut sich besonders auf kurze Stellungnahmen, da möglichst viele Einsender berücksichtigt werden sollen. Sie behält sich das Recht auf Auswahl und Kürzungen vor. Veröffentlichliche Briefe geben nur die Auffassung ihres Verfassers wieder. Redaktionsadresse: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz.

Abonnieren Sie konzept

Die Zeitung, bei der die Information nicht an der Oberfläche bleibt.

Jeden Monat eingehende Berichte, fundierte Analysen und kritische Kommentare

- zu brisanten innenpolitischen Themen
• zur internen Entwicklung anderer Staaten, insbes. Entwicklungsländer
• zu bildungs- und wissenschaftspolitischen Problemen
• zu Kulturfragen

Ständige Mitarbeiter: Roman Brodmann, Walter Matthias Diggelmann, Beat Kapeler, Niklaus Meienberg.

«konzept», die Zeitung für kritische Leser, die engagierte Auseinandersetzungen nicht scheuen. In jeder Nummer viele freizügige Kontaktinstitute.

Abonnement: Pro Jahrgang Inland Fr. 12.-, Ausland Fr. 14.-. Abonnemente laufen jeweils von Januar bis Dezember. Die nächsten 10 Nummern (bis Dezember 1974) Fr. 11.- (Ausland Fr. 13.-).

Talon in mit 30 Rappen frankiertem Couvert einsenden an:

Administration «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich

Herr/Frau/Fräulein (Nichtzutreffendes streichen)

Name, Vorname:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:

Abonniert ab sofort «konzept» bis Dezember 1974.

Datum, Ort:

Beruf: Unterschrift:

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgenden Bekannten: k 74/1



88.- Zug Zürich-London einfach jeden Freitag, ganzes Jahr ab Basel 80.-, ab Bern 90.-.



76.- Zug Zürich-Paris-Zürich retour jeden Freitag, ganzes Jahr ab Basel 60.-, ab Bern 80.-.



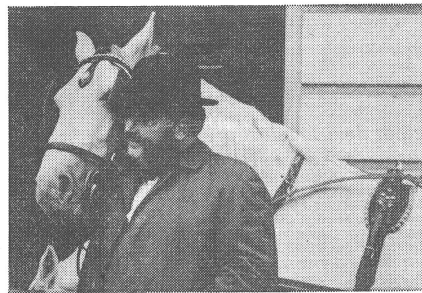
33.- Zug Zürich-Florenz einfach jeden Freitag vom 22. 2. bis 26. 4. ab Basel 36.-, ab Bern 34.-.



47.- Zug Zürich-Rom einfach jeden Freitag vom 22. 2. bis 26. 4. ab Basel 50.-, ab Bern 52.-.



73.- Zug Zürich-Amsterdam einfach jeden Freitag vom 22. 2. bis 26. 4. ab Basel 65.-, ab Bern 75.-.



45.- Zug Zürich-Wien einfach jeden Freitag vom 22. 2. bis 26. 4. ab Basel 53.-, ab Bern 57.-.



SSR, SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST Basel, Bern, Genève, Lausanne, Lyon, Neuchâtel, St. Gallen, Zürich

kritisch

Festgefahrene oder von oben diktierte Meinungen kennt die NZ nicht. Darf sie nicht kennen. Denn Aufgabe einer echten Tageszeitung ist, nicht Meinungen zu verkünden, sondern dem Leser zu helfen, aufgrund von Berichten, Kommentaren und Analysen sich eine eigene Meinung zu bilden. Also: die NZ ist eine kritische Zeitung für kritische Leser.

unabhängig

Ein Redaktionsstatut gewährleistet die Unabhängigkeit der NZ-Redaktoren. Sie sollen frei sein von jeglichen Interessengruppen, wirtschaftlich oder politisch. Nur das garantiert dem Leser eine unabhängige und differenzierte Meinungsbildung.

beständig

Die Unabhängigkeit der NZ von Interessengruppen, die vom Redaktionsstatut geschützte Unabhängigkeit der Redaktoren garantieren die in freier Meinungsbildung kritische Haltung der NZ. Unabhängigkeit und Kritik, Unabhängigkeit der Kritik, das sind bei der NZ Elemente der Beständigkeit.

GUTSCHEIN

Bei Bestellung mit diesem Gutschein erhalten Sie die National-Zeitung einen Monat lang gratis. (bitte Zutreffendes ankreuzen)

3 Monate Fr. 24.—
 6 Monate Fr. 45.50
 12 Monate Fr. 86.50

2 Jahre Fr. 160.—
 3 Jahre Fr. 234.—
 Gratis zur Probe

Name _____
Vorname _____
Strasse _____
Ort _____
PLZ _____

Einsenden an National-Zeitung, Postfach, 4002 Basel

Kritik der Kritiker-Kritik

«Literaturmagazin 1 - für eine neue Literatur - gegen den späbürgerlichen Literaturbetrieb»; das neue Buch 38; Rowohlt Taschenbuch Verlag, 1973, 10,50 Franken.

«Die kapitalistische Entwicklung, die alles nivelliert, hat auch auf dem Gebiet der Kritik gründlich gearbeitet. Die wesentlichen Tatsachen sind allgemein bekannt: vor allem die Unterordnung fast der gesamten Presse unter die Botmäßigkeit der grossen Kapitalkonzerne, durch die die grosse Masse der Kritik immer mehr zu einem Teil des Reklamematerials dieser Finanzgruppen wurde. Nur wenige, zumeist kleine Revuen mit geringen Auflagen, mit kleinen Geldmitteln leisten einen Widerstand zur Bewahrung der Freiheit in der kritischen Meinungsäusserung.» Na schön, Lukács muss herhalten als Alibi und Vergewisserung eines als somit legitim postulierten Anspruchs, mit dem man sich für eine neue Literatur - und gegen den späbürgerlichen Literaturbetrieb einsetzen gewillt ist. Widerstand zur Bewahrung der Freiheit in der kritischen Meinungsäusserung steht also demonstrativ auf das Banner des Autorenkollektivs geschrieben, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, Literatur und Literaturkritik in einer gleichwertigen Zweiteilung in einem Band zu versammeln und gegenüberzustellen.

Der erste Versuch dieses gewiss lobenswerten Unterfangens ist in der Rowohlt-Reihe «das neue buch» gestartet worden und unter dem Titel «Literaturmagazin 1» soben von den Rotationsmaschinen des Verlags auf den Buchmarkt gespuht worden. Bei angeleglicher Pflege und progressiv-dynamisch gewürzter Kost wird sich diese Frühgeburt sicher zu einem stämmigen Schreihs auf dem alles feilbietenden Büchermarkt entwickeln und sich auch von der oppositionellen Kritik allmählich als einträgliches Spekulationsobjekt entdecken lassen, sofern wir mit Lukács weiter folgern und konstatieren, dass solche Bewegungen ebenfalls ihre Mäzene finden und «die ganze materielle und moralische Fragwürdigkeit einer Unterstützung durch das Kapital erleiden werden». Aber wieso schon jetzt diese Unkelei und Miesmacherei? Wieso nicht der gute Glaube an die Integrität der Herausgeber und an ihr Programm?

Den Wind aus den Segeln der Wortgläubigkeit genommen hat der Rund-

Zählen beginnt mit zwei

«Ich war ein Mensch, der nicht mehr wir sagen konnte und darum nur noch gewohnheitsmässig, aber nicht im Gefühl vollen Selbstbesitzes „ich sagte.“» Jean Arémy

Sein Leben konnte keinen «Nächsten». Darum schuf es sich ein Fernstes, ein Ende, ein Ziel. Die Welt zerfiel, schrumpfte, auf ein Vorwärts und Rückwärts: einen Weg, der nicht adä war, sondern wohnin führte, der seinen Sinn von einem Ausser-Sich entlieh.

War das noch Mensch? Bruchstück eines Puzzle-Spiels, absurd verzehrt ins Nichts, Ornament am Rande der Leere. Alles, was über ihn hinausragte, schien zu fragen, zu horchen - dann stumpfte es ab, zerrieb sich an der Leere.

Nun wollte er Künstler sein, Märtyrer, Messias; er nannte sein Elend «Passion» und sein Ende «Kreuz» und er machte sich willig auf den Weg nach Golgatha, begierig noch nach Essig und Galle, nach dem Spott der Aeltesten und dem Hohn der Schriftgelehrten.

Doch da fand er die Worte nicht, die Sprache blieb zwischen den Menschen. Er schrie, gestikuliert, zuckte noch die Brauen, senkte noch den Kopf, nur noch ab, und selbst das nicht mehr: zählen beginnt mit zwei.

Mit den Begriffen verlor er das Begreifen, sein Elend wurde ihm unfassbar, namenlos, als «Elend» nicht mehr befandbar. «Elend?» Es verschmolz ihm in eins mit «Existieren».

Damit begab er sich des Letzten: der Tat, der Erlösenden Tat.

Michael Dux

brief zum Projekt «Literaturmagazin» an die ausgewählten Autoren. Da heisst es nämlich im marktwirtschaftlichen Konformismuskodex - und somit dem eingangs zitierten Lukács auf die Füsse tretend -, dass das Literaturmagazin unbedingt zur Buchmesse gedruckt vorliegen soll, damit die Werbetrömmel kräftig gerührt werden kann.

The Medium ist nicht mehr der Message

Der Warencharakter des Buches, der bei anderen so herzlich angegriffen und schmähdlich verworfen wird, tritt hier selbst zutage. Dabei steht zu Beginn des Rundbriefs: «Die Literatur in der BRD befindet sich in einem desolaten Zustand. Zwischen dem bürgerlichen Literaturbetrieb einerseits, der nur noch Tauschwerte produziert - der Name des Autors wird zum Markenzeichen, die Verpackung tritt an die Stelle des Inhalts -, und den ebenso gut gemeinten wie hilflosen Versuchen einer 'Politisierung' andererseits klappt ein Vakuum.»

Das Vakuum wäre noch zu definieren, und das Marshall-McLuhan-Zitat «The medium is the message» hat inzwischen einiges von seiner Faszinationskraft eingebüsst, als dass man es

«Programm» oder «Programmatisches»

Die hier veröffentlichte Zielsetzung der Fachgruppe bildende Kunst der GKEW ist das Ergebnis einer einjährigen Auseinandersetzung über die soziale und politische Lage der Kulturproduzenten und die Notwendigkeit ihrer gesellschaftlichen Organisation und Eigenhilfe. Sie entstand aus dem Bedürfnis heraus, den eigenen Standort zu umreissen und diesen der Öffentlichkeit zu vermitteln. Sie dient vor allem als Basis und Dokumentation, um weitere Mitglieder zu gewinnen.

Die federführende Arbeitsgruppe, bestehend aus freien Künstlern und Vertretern der angewandten Kunst, Kunstkritikern und Studenten der Kunstgeschichte, erarbeitete diese Zielsetzung aufgrund von Anregungen seitens der Mitglieder der FbK (Fachgruppe bildende Kunst) und in ständiger gegenseitiger Diskussion. Der Inhalt ist daher beeinflusst durch die Zusammensetzung der FbK, in welcher augenblicklich vor allem freie Künstler organisiert sind, wobei die umfassende Organisation der Kulturschaffenden in einer Mediengewerkschaft erklärtes Ziel der FbK bleibt.

Mit diesen programmatischen Aeusserungen werden allerdings eher Fragen aufgeworfen, als dass sie grundlegend analysiert würden. Wir alle sind uns der Vorliegen der vorliegenden Standortbestimmung bewusst. Problemzusammenhänge wie der Warencharakter der Kunst, die Klassenlage des bildenden Künstlers, sein Selbstverständnis in der Gesellschaft, die Wirksamkeit - oder ist es eine Wirkungslosigkeit? - des künstlerischen Schaffens auf eine gesellschaftsverändernde Praxis hin müssen in folgenden weiter vertieft werden.

Urs Fanger

Kulturproduzenten im Kapitalismus

Wie frei ist der freie Künstler?

Das Bürgertum unterscheidet zwischen einer hohen, zweckfreien und einer angewandten Kunst und Gestaltung. Die erstere erklärt es für «autonom, für frei». Auch der «freie» Künstler, der nicht von einem Unternehmer abhängt, ist in Wahrheit gezwungen, für einen anonymen Markt zu produzieren. Anonym ist der Markt für ihn deswegen, weil er den Empfänger oder Käufer seiner Werke und dessen Bedürfnisse im allgemeinen nicht kennt. Der direkte Zugang zum Markt ist ihm verwehrt; er wird ihm nur über den Kunsthandel und die Kunstkritik, über Galerien und Museen vermittelt. Der Tauschwert seiner Werke hat ihren Gebrauchswert weitgehend verdrängt. Daraus, auch das Kunstwerk ist eine Ware geworden, deren Preis der Produzent (also der Künstler) nur zum Teil nach freiem Ermessen festsetzen kann.

Indem der Künstler zulässt, dass das Bürgertum seiner Arbeit keine gesellschaftlich notwendige Bedeutung zugeschiebt, erkaufte er sich seine in Wirklichkeit sehr beschränkte Autonomie. In der gegenwärtigen Situation kommt der Kunst lediglich Dekorfunktion zu, ihre Werke dienen einer privilegierten Schicht als Statussymbol: Das Bestehende soll verkörpert, der Klassenkampf verschleierte, dem entfremdeten Menschen sollen immer neue Fluchträume erschlossen werden. Indem man dem Künstler seine Freiheit vorkauelt, wird sehr genaugenommen der Gesellschaft gedrängt. Entwurzelt kapselt er sich in einem ohnmächtigen Individualismus ab. Seine wirtschaftliche Lage muss -

nach so absolut und bedenkenlos pauschal setzen können. Ganz allgemein glauben die beiden Herausgeber Hans Christoph Buch und Jürgen Manthey, dass der Sinn für Möglichkeiten und Aufgaben der Literatur, ja der Kunst überhaupt verschüttet sei. Sie meinen recht grosspurrig: «Wir stehen heute vor einer ähnlichen Aufgabe wie die frühbürgerlichen Aufklärer vor zwei-hundert Jahren: die Atmosphäre muss gereinigt werden von allen Spielarten des Obskurantismus und Opportunismus, von dem Pfaffenlum, das heute die marxistische Lehre verwaltet, ebenso wie von der bürgerlichen Feuilletonmafia.»

Doch weshalb das «Literaturmagazin» auch seine zu befürwortende Berechtigung hat und Aufmerksamkeit verdient, ist das Unterfangen, die bisherige Arbeitsteilung zwischen Literaturproduktion und Rezeption zu überbrücken. Die Autoren sollen - wie einst Lessing und Goethe - Kritik und Theorie wieder selbst in die Hand nehmen. Nur so könne eine neue Literatur entstehen. Voraussetzung dafür sei die Existenz eines publizistischen Forums, einer Zeitschrift, die von denen gemacht wird, die in ihr schreiben. Die Mitarbeiter sollten sich einig sein in ihrer Ablehnung der gegenwärtigen Literaturmisere, in ihrer Einschätzung von Kunst und Literatur als einer wichtigen gesellschaftlichen Produktivkraft zur Freisetzung emanzipatorischer Phantasie sowie in ihrer Anknüpfung

an die fortschrittlichen Traditionen der bürgerlichen Aesthetik und an das theoretische Bewusstsein des Marxismus.

Das Literaturmagazin ist eine Autorenzeitschrift in Buchformat, die die herkömmliche Trennung zwischen politischer Theorie und ästhetischer Praxis aufzuheben versucht: neben programmatischen Essays (zur Lage der Literaturkritik, zur Rezeption des «klassischen Kulturerebes», zur Frage der Utopie in der Literatur) sammelt es Beispiele einer neuen Literatur, die weder unverbundlich-formalistisch noch schematisch doktrinär ist (besser: sein möchte!).

Dreieinigkeit von Produktion, Distribution und Konsum

Das «Literaturmagazin» beginnt mit einer Analyse des späbürgerlichen Literaturbetriebs, einer Kritik der Literaturkritik. Mit skrupelloser Vehemenz wird einer ganzen Kritikergeneration der Fehdehandschuh vor die Füsse geschleudert, und die «Grosskritiker», deren «Sprache so glatt wie der Frischenschmelz eines Bananendampfers» geworden ist, werden zum Aussterben verurteilt.

Man wehrt sich gegen die Profitoptimalisierung, die der aktuelle Literaturproduktion ebenso viel beiträgt wie andere Ware. «Jenes ungestörte, unschuldige, nachwandlerische Schaffen, wodurch allein etwas Grosses gedeihen

kann, ist gar nicht mehr möglich. Unersere jetzigen Talente liegen alle auf dem Präsentierteller der Öffentlichkeit. Die täglich an fünfzig verschiedenen Orten erscheinenden kritischen Blätter und der dadurch im Publikum bewirkte Klatsch lassen nichts Gesundes aufkommen.» Das flüsterte schon sehr weise der alte Goethe Freund Eckermann ins Ohr. Und heute ist es gar so weit, dass die aktuelle Literatur, wie jede andere Ware auch, auf Gedlin und Verderb der Dreieinigkeit von Produktion, Distribution, Konsumtion unterworfen ist.

Hartmut Lange untersucht die Rolle des Kritikers als Zirkulationsagent, der mit seiner (unabhängigen) Meinung anonyme Interessen bedient (Marx selbst schon formulierte und beschrieb diese Funktion); Hermann Peter Piwitt gibt einen anostalgischen Rückblick auf Grosskritiker und Grossschritsteller der sechziger Jahre unter dem Titel «Klassiker der Anpassung». Hans Christoph Buch liefert eine marxistische Kritik der vulgärmarxistischen Literaturkritik, wie sie von linksopportunistischen Zeitschriften und ultralinken Akademikern betrieben wird; Rolf Hochhuth kündigt im Namen der machloosen (jüngeren und älteren) Schriftsteller den Machthabern in Redaktionsstuben und Verlagsbüros den Gehorsam auf; Peter Rühmkopf und Wolfgang Harich schildern, aus

Fortsetzung Seite 12

von einigen Stars abgesehen - als verheilte Bedürftigkeit umschrieben werden.

Der an den Rand gedrängte, isolierte, materielle schlicht gestellte Künstler ist den Mechanismen des sogenannten freien Marktes ausgeliefert; er ist als einzelner nicht instande, sie zu beeinflussen. Daraus sollte der Schluss gezogen werden, dass sich die Künstler zu einem Kollektiv zusammenfinden, dass sie sich mit ihren Kollegen solidarisieren müssen. Als Gefäss einer solchen Solidarisierung bietet sich die Fachgruppe bildende Kunst (FbK) im Rahmen der Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft (GKEW) an.

Zur Lage des lohnabhängigen Kulturproduzenten

Lohnabhängige Kulturschaffende mögen sich finanziell besser stellen als der Künstler, und sie werden ihre Arbeit eher als gesellschaftsnotwendig erfahren. Aber auch sie können unter den gegenwärtigen Bedingungen keine Arbeit leisten, welche den echten Bedürfnissen des Volkes entspricht (Architekten und Planer zum Beispiel, selbst wenn sie als kleine Unternehmer auftreten, müssen die Stadtentwicklung den Kapitalinteressen überlassen. Diese treiben die Menschen in die Agglomeration, und der Architekt muss dazu Hand bieten, dass sie in monotone Lokersiedlungen untergebracht werden, obwohl auf diese Art der ohnehin schon knappe Boden verschwendet wird (Viehäuser). Solche Siedlungen entmischen darüber hinaus die Bevölkerung nach ihren Einkommensverhältnissen; die Mittelstandsschicht ist in der Lage, ihre Mietpreise aufzubringen. Oder aber: Die Eigenheimideologie zwingt den Architekten, für den besseren Mittelstand weiterhin Einfamilienhäuser zu bauen, womit noch mehr Boden vergeudet wird. Beide Wohntypen - der heute übliche Siedlungsbau und das Einfamilienhaus, zementieren die Kleinfamilie als einzig richtige Lebensform.

Die Gestaltungen des Designers kommen im Kapitalismus oft nur als oberflächliches Styling zur Wirkung. Dieses

GEWERKSCHAFT KULTUR ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

GKEW / Postfach 725 8022 Zürich

verleiht dem Produkt modischen Glamour, um seine Absatzkraft zu steigern (Glamour = Aufschöpfung, um zum Kauf zu verführen). Auf diese Weise unterstützt der Designer, ob er will oder nicht, die Verschleisswirtschaft. Probleme der Ergonomie (Beziehung Mensch-Maschine) kann er nicht so angehen, dass deren Lösung dem Arbeiter echte Erleichterungen und vollen Schutz bieten kann. Die von einem verzweigten Produktionsapparat abhängigen Kulturschaffenden, welche zum Beispiel für das Theater oder für die Massenmedien arbeiten, sind der Zensur durch Regierungsstellen oder durch die eigene Verwaltungshierarchie unterworfen, oder aber sie befleissigen sich von vornherein der Selbstzensur.

Die Abhängigkeitsverhältnisse des den Markt oder an einen Unternehmer gebundenen Kulturproduzenten lassen sich noch genauer umschreiben. Zum Beispiel ist der Kulturschaffende ganz selten oder nur mit Mühe in der Lage, die ihm entsprechenden Produktions-

mittel zu erwerben. Das Ausgeschlossen sein von kapitalaufwendigen Produktionsmitteln fesselt das Schaffen des Künstlers an die Stufe eines einfachen Handwerkers (zum Beispiel Staffelmaler). Ein Experimentieren in Laboratorien und mit elektronischen Mitteln ist dem lohnabhängigen Kulturproduzenten ausserordentlich erschwert. Auch etwa die nichtkommerziellen, «selbständigen» Filmemacher spüren solche Hindernisse empfindlich. Der Kulturproduzent kann des weiteren auf die Distributionssphäre (Verteilersystem; Galerie, Museum, Verleger, Sendezentren von Radio und Fernsehen) keinen wirksamen Einfluss nehmen. Endlich ist ihm auch der direkte Zugang zur Konsumtionssphäre (Verbrauchersphäre) verwehrt. Das führt mit dazu, dass sein Produkt vom gesellschaftlichen Leben getrennt bleibt oder nur von der dünnen Schicht des Bildungsbürgertums aufgenommen wird. Es gelangt als Kunst in private Sammlungen oder ins glänzende Ghetto der Museen.

Die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Organisation

Warum Gewerkschaft, Kultur, Erziehung und Wissenschaft? Warum eine Fachgruppe bildende Kunst?

Die Produkte der lohn- und marktabhängigen Kulturschaffenden sind also längst dem kapitalistischen Verwertungsprozess unterworfen. Sie haben Warencharakter angenommen. Kultur existiert im Kapitalismus nur mehr als Kulturindustrie. Die fortschreitende Kapitalisierung auf dem Kultursektor ruft nach einem gewerkschaftlichen Zusammenschluss der Kulturproduzenten, ruft nach Solidarität, damit diese wieder eine gesellschaftlich wirksame Funktion übernehmen können.

Aus den oben beschriebenen mannigfaltigen Abhängigkeiten ergeben sich für die FbK einige grundsätzliche Forderungen. Sie muss die Mitbestimmung der lohnabhängigen Kulturschaffenden an ihren Produktionsstätten verlangen; sie muss dafür einstreben, dass für die lohnabhängigen Kulturschaffenden genossenschaftliche Produktionsmittel bereitgestellt werden. Sie muss des weiteren die Mitbestimmung der lohnabhängigen und lohnunabhängigen Kulturschaffenden in der Distributions- und Konsumtionssphäre fordern.

Gewerkschaftliche, politische, kulturpolitische Zielsetzung

Um den Kulturproduzenten einermassen vor dem kapitalistischen Verwertungsprozess zu schützen, kämpft die FbK für dessen soziale Beseitigung und Sicherung. Sie setzt sich darüber hinaus für die kulturelle Mündigkeit des Volkes ein.

In der kapitalistischen Gesellschaft neigt das Volk im allgemeinen dazu, die Aesthetik der Herrschenden zu übernehmen. Auch es verlangt von der Kunst «Erhebung»; auch es will sich von «schönen Schein» - freilich meistens in schlechterer Ausgabe - verzaubern lassen, um gesellschaftliche Zwänge besser ertragen zu können. Seine wahren künstlerisch-kulturellen Bedürfnisse jedoch muss das Volk erst noch ergründen. Es entdeckt sie nur

mit den Kulturschaffenden zusammen, indem Kulturproduzenten und Kulturkonsumenten sich auf den Weg machen zu einem gemeinsamen Lernprozess. In einem späteren Zeitpunkt, dem allerdings tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen bereits vorausgegangen sein müssen, werden die Schranken zwischen einer dünnen kulturproduzierenden Schicht und einer weit grösseren kulturkonsumentierenden Schicht fallen können. Alle Menschen sind kreativ, und die FbK muss auf dem Grundrecht bestehen, dass allen Menschen ermöglicht werde, ihre Kreativität zu entfalten - und zwar nicht bloss als «Do-it-yourself» und «abgelängtes Tun» in einer sogenannten Freizeit, wie sie der Kapitalismus versteht.

Was heisst aber: «Alle Menschen sind kreativ», wenn einmal Kreativität über die heutigen verkrüppelten Formen der Freizeitgestaltung hinausgehoben ist? Es bedeutet, als utopische Zielsetzung formuliert, das folgende: «In der neuen Gesellschaftsordnung, in der Arbeit aufhören soll, Sklaverei zu sein, in der nicht einige kleine Gruppen Luxus für eine begrenzte Gesellschaftsschicht produzieren, sondern in der alle für alle arbeiten, dort wird die Arbeit frei, und alles, was entsteht, ist Kunst. So wird die Kunst als etwas an und für sich Existierendes aufgehoben» (El Lisitzky, Manuskript, 1920). Im gegenwärtigen Zeitpunkt muss die FbK allerdings ihre Ziele bescheidenere stecken. Sie fördert hier und jetzt eine Kunst, die das Bestehende analysiert und kritisiert, die eine politische Aufklärung vorantreibt und die utopischen Lebensformen und Strukturen entwirft. Eine so verstandene Kunst ist schliesslich als Mittel im Klassenkampf einzusetzen.

Daraus folgt: Die FbK muss im Zusammenhang mit der GKEW sich mit anderen Organisationen verbünden, die sich ebenfalls zum Ziel gesetzt haben, eine sozialistische Gesellschaftsordnung herbeizuführen. In einem solchen solidarischen Kampf für den Sozialismus erfüllt die FbK ihren Hauptzweck. Weitere Informationen über die bisherige Tätigkeit und unser jetziges Aktionsprogramm kann man direkt bei der FbK, Postfach 725, 8022 Zürich, erhalten.

1974 kommt der März auch bei «konzept»

Sichern Sie sich jetzt schon Ihre Nummer. Falls Sie nicht sicher sind, «konzept» im März an Ihrem gewohnten Ort beziehen zu können, schicken Sie uns einfach den untenstehenden Talon mit Ihrer Adresse und legen Sie Fr. 1.- in Briefmarken bei. So kommen Sie am billigsten zu Ihrem März-«konzept». (Abonnenten erhalten die März-Nummer ohne besondere Bestellung.)

Talon ausfüllen und einschicken an «konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich.

Ich bestelle ... Ex. der März-Nummer von «konzept» und lege pro Ex. Fr. 1.- in Briefmarken bei.

Name _____ Vorname _____
Strasse _____
PLZ, Ort _____

«Hasta la victoria siempre!»

Fortsetzung von Seite 4

informierten uns, dass wir uns zurückziehen müssten, denn die Militärs rückten mit grossen Kontingenten und mit viel Ausrüstung vor. Es war unmöglich, sich mit diesen Streitkräften zu konfrontieren. Dieser Befehl wurde an alle Compañeros ausgegeben, und wir zogen uns in die benachbarte (poblacion zurück. Nachdem wir durch mehrere Wohnblöcke gerannt waren, über Mauern springend, durch die Höfe der Häuser, gelang es mir, das Haus eines Compañero auszumachen. Wir gingen hinein, schwitzend – die Angst stand in unseren Augen –, wütend und fluchend wegen unserer im Kampf gefallenen Kameraden.

An dem Ort herrschte eine furchtbare Spannung, schwer zu beschreiben: Die Hausbesitzer waren neugierig, aber voller Furcht, dass uns jemand folgen und in diesem Haus suchen könnte. Man hörte die Schritte auf der Strasse, die furchtbaren Schreie, vielleicht von einem Verletzten, das Dröhnen von schweren Fahrzeugen. Das alles hielt uns in heftiger Panik; wir wollten uns unsere gefallenen Kameraden, bedrohten und beschimpften die Militärs und die Arschlöcher von Carabineros... Die Bedächtigeren beruhigten uns, wir tranken einige Tropfen Schnaps, und nachdem wir uns beruhigt hatten, überlegten wir nüchtern die zukünftigen Schritte.

Wir stimmten darin überein, dass wir in dieser Nacht (von Dienstag auf Mittwoch, den 12. September) nicht mehr hinausgehen würden, aus Gründen der Sicherheit – für den Fall, dass wir dieses Haus weiterhin als Unterschlupf gebrauchen wollten. Wir gedachten im Morgenrauen hinauszugehen, um die Strassen hinunterzulaufen, in den Häusern, die wir besaßen, um einige Compañeros zu besuchen und Instruktionen einzuholen, um die weitere Arbeit zu koordinieren.

Bangen um Freunde und Verwandte

Wir wurden ruhig, und jeder vertiefte sich in seine Gedanken. Niemand schlief in dieser Nacht. Jeder erinnerte sich an das, was er an diesem Tag gesehen hatte. Wir dachten an unsere Frauen und Kinder, wir fragten uns, wie es ihnen und unseren Eltern und Brüdern und unseren Freunden, die uns beim Kampf zur Seite standen, wohl gehen würde, ob sie es geschafft hätten, sich zu verstecken, ob sie noch am Leben sein würden.

Das erste Licht des Morgenrauens drang durch das Fenster, und mit ihm kam über uns die Sorge, dass dies der

letzte Tag unseres Lebens werden könnte. Wir wuschen uns, frühstückten. Erst jetzt konnten wir richtig verstehen, dass wir mitten in einer Revolution waren, die den Anfangspunkt eines langen Kampfes markierte, dem wir uns mit Tapferkeit und Entschiedenheit von Revolutionären zuwenden mussten. Wir, die wir uns die vorhergehende Nacht vor den Militärs hatten verstecken können, sagten uns, dass es unsere erste Aufgabe sein musste herauszufinden, was mit dem Rest unserer Kameraden und Freunde passiert war.

Wir gingen an jenem Morgen nach dem Putsch gegen neun Uhr hinaus, um an die Orte zurückzukehren, an denen sich in der vergangenen Nacht der Kampf abgewickelt hatte. Die Militärs führten weiterhin die Strassen auf und ab, schossen, als sie von Heckenschützen überrascht wurden. Wir nahmen Deckung hinter jedem Gegenstand, der ein wenig Schutz gewährte. Manchmal mussten wir rennen und uns verstecken, meistens im ersten Haus, das wir offen fanden. Niemand verweigerte uns die Zuflucht, im Gegenteil, sie riefen uns sogar selbst, und als sich alles zu beruhigen schien, gingen wir wieder hinaus – mit dem Ziel, unsere Kameraden aufzufinden. Als wir an der Ecke ankamen, wo wir in der vergangenen Nacht den Polizeibus in die Luft gejagt hatten, sahen wir noch die Leichen auf dem Boden liegen, ohne dass irgend jemand versucht hatte, sie dort wegzuholen. Später erfuhren wir, dass die Militärs selbst den Bewohnern verboten hatten, sich den Leichen zu nähern und sie wegzuräumen. Die Absicht war, dass sie zur Abschreckung für die Arbeiter dienen sollten, als Beispiel dafür, was geschehen würde, wenn den Faschisten Widerstand entgegengesetzt würde. Aber diese Dummköpfe waren sich nicht klar darüber, dass sie damit einzig den Hass des Volkes gegen die Meuchelmörder auf sich ziehen würden, der mehr und mehr anwachsen würde. Keiner von den durch das Militär getöteten oder verletzten Arbeitern wurde aus der Kampflinie entfernt. Noch ein weiteres Zeichen der Bestialität, mit der diese Militärgorillas ihre Mordaktionen und ihre Terrorakte verantrieben: Die Spitäler und die Erste-Hilfe-Stationen behandelten nur ihre eigenen Leute, die Verletzten aus den Reihen des Volkes liessen sie wie Hunde sterben.

Wenige Wohnblöcke von dort entfernt sah ich mit Entsetzen die fünf Leichen von Compañeros, die in der vergangenen Nacht gekämpft hatten und offensichtlich keinen Unterschlupf finden konnten bzw. es vorgezogen hatten, im Kampf für ihre Ideale zu sterben. Jeder von diesen gefallenen Compañeros hatte ein Lächeln im Gesicht – als ob er damit seine Gleichgültigkeit gegenüber dem Tod ausdrücken wollte, wenn es darum ging, für die gerechte Sache zu kämpfen. Unter ihnen befand sich ein Gewerkschaftsführer und grosser Freund der Angestellten und Techniker des Sumar-Polst-Werkes, der, ausgestreckt auf dem Boden liegend, zeigte, dass er seine Pflicht für das Vaterland und für die Revolution erfüllt hatte.

Hier auf der Strasse, hingestreckt von einigen Kugeln, die seinen Körper durchlöchert hatten, war der Compañero in seinem Schweigen ein Aufschrei, dass er sein Leben nicht umsonst geopfert hatte, dass noch viele wie er in der Schlacht fallen würden, aber dass das Recht der Ausgebeuteten bei den glücklichen Erwachen haben würde und ihre Kinder einen besseren Morgen erleben würden.

Nachdem wir die Leichen behelfsmässig bedecken konnten und als wir sahen, dass die Ambalance einige abholte, führte uns unser Weg auf die Spur derer, die entkommen waren. Nach und nach entdeckten wir den grössten Teil unserer Leute, schon von der Müdigkeit überwältigt, ohne Munition, die es ermöglicht hätte, den Kampf fortzusetzen, und ohne Hinweis auf unsere Parteilung.

Allendisten bis aufs Mark

Wir machten uns auf den Weg, gingen von einem linken (compañito) zum anderen – aber umsonst: Jedemal mussten wir die bittere Wahrheit erfahren: «Compañero, hierher ist niemand gekommen. Wir haben keinen Widerstand geleistet, weil wir keine Waffen hatten, nicht einmal eine Schleuder.» Dieses wiederholte sich jedesmal, mit immer mehr Sarkasmus und Verzweiflung seitens der Compañeros, die nicht die Möglichkeit gehabt hatten, an der Seite ihrer gefallenen Brüder zu kämpfen. Diese ganze Renneri hatte uns den ganzen Tag beansprucht und auch die Nacht vom 12. auf den 13. September. Kurz vor der Ausgangssperre bat einen Compañero, uns bis zum nächsten Tag zu verstecken. Wir hatten beschlossen, unsere Besuche fortzusetzen, um gegenüber denjenigen das Wort zu halten, die schlicht auf uns warteten und auf das, was wir ihnen versprochen hatten: Waffen und Munition. Die Leute, die uns Unterschlupf gewährten, waren linke Christen, sie waren Allendisten bis aufs Mark, bereit, den Kampf für die Armen zu führen. Es war eine Familie, ein reifes Ehepaar und drei verhältnismässig junge Mädchen. Sie versorgten uns, so gut sie

konnten, und erzählten uns alles, was sie über die entsetzlichen Grausamkeiten der Militärs gehört und gesehen hatten. Sie fragten uns auch, was mit den Compañeros von Sumar passiert war, denn überall war bekannt, dass sie Widerstand geleistet hatten und dass der grösste Teil tot war. Wir sagten ihnen, dass dies alles Geschwätz der Reaktionsäre und des Militärs sei, die es gerne sähen, wenn das Volk zurückweichen und unter dem Einfluss des Terrors stillhalten würde.

Kritik der Kritiker-Kritik

Fortsetzung von Seite 11

unterschiedlicher Perspektive, aktuelle Formen des Symptomtheaters in Deutschland/West und Deutschland/Ost.

Ausserdem enthält der Band im zweiten Teil unveröffentlichte Texte von Nicolas Born, F. C. Delius, Ludwig Fels, Hubert Fichte, Günter Herburger und andere: Vorabdrucke aus neuen Arbeiten von Peter Schneider («Lenz») und Klaus Stiller («Die Räuber») sowie Lyrik und Prosa von noch unbekanntem Autoren.

Sag nach dem Kritiker-Begräbnis nicht ich!

Die meisten dieser Aufsätze im Teil «Kritik und Theorie» sind von feuilleton-erfahrenen Autoren, die schon für Theorie halten, was noch Personaldebatten sind und nur zu leicht in Personalpolemiken abrutschen. Neben Reich-Ranicki liegen die Leichen von Horst Krüger und Joachim Kaiser auch Heisenbüttel und Jens sind zu beklagen, aber am meisten zerpufft werden Baumgart und Walsler. Acht Seiten lang beschneit Rolf Hochtuth Friedrich Luft «rostlose Unfähigkeit», wohl nicht zuletzt, weil er ihn in eigener Sache als Denunzianten («Dieser H. gehört nicht in ein Staatstheater») verachtet. Doch gerade das Beispiel Hochtuth belegt am besten, wie sehr Hartmut Lange die Macht des Rezensenten als den eigentlichen Zwischenhändler im Literaturbetrieb überschätzt: Linke wie Rechte, Jüngere wie Ältere verreiseln seit Jahren Hochtuths Stücke und haben doch am Erfolg der «Hebamme» oder des «Stellvertreterers» nichts zu ändern vermocht.

Und das Resultat nach der Niedermetzelung aller Grosskritiker? Man kommt mit Missmut zu der These, wo

Am nächsten Morgen, Donnerstag, setzten wir die Suche nach den Parteilgenossen fort – wiederum ohne Erfolg. Ich schlief diese Nacht bei einem anderen Compañero. Am Freitag ging es genauso; und ich schlief diesmal in einem Haus in San Bernardo. Am Samstag, mit den Nerven total fertig, gab ich die Suche auf und ging zu Compañeros in der Stadtmitte. Aufgrund meines Zustands beschlossen diese, mich gleich am Sonntag in eine Botschaft zu bringen.

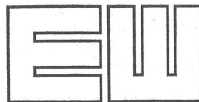
man die Reetablierung der bürgerlichen Formen von Literatur, Literaturkritik und Theater feststellt, also ein allgemeines Roll-back, das nach dem Abeben der studentischen Protestbewegung einsetzte. «So wäre denn nach so viel linkem Vibrato alles wieder im Lot und das Theater als Theater neugeboren», meint Rühmkopf in seinem Jammer über «bürgerliches Binnentheater» als «Vorschünerungsalon für die krude Wirklichkeit». Er mokiert sich über «Peter Steins Feinkostbühnen» und glaubt mit seiner Stilisierung der Baader-Meinhof-Gruppe als Strassenheertruppe Enormes zur Klärung beizutragen.

Und wenige Seiten weiter konstatiert Hans Christoph Buch: «Der vorherrschende Gestus in der linksopportunistischen Kritik ist der des 'Enthüllens' und 'Entlarvens'; beschäftigt sich ein Autor mit dem Innenleben seiner Figuren (oder was noch schlimmer ist, mit seiner eigenen Psyche), wirft man ihm 'Innerlichkeit' vor; schildert er die Natur, ist das ein Zeichen von 'Eskapismus'. Dass die Wiederentdeckung der Natur, nach ihrer Zerstörung durch den Kapitalismus, heute revolutionäre Qualität besitzen kann, kommt solchen Kritikern ebensowenig in den Sinn wie die Tatsache, dass die Veränderung der Gesellschaft nur über die Veränderung des einzelnen möglich ist.»

Der Textteil des Magazins gerät als Beleg für «neue Literatur» etwas mager und hält durchaus nicht, was der Theoriezeit verspricht. Die Einlösung der zornigen Tiraden im ersten liefert der zweite Teil nicht. Wie seherisch heisst es doch bei H. C. Buch: «Der verbale Aufwand, mit dem über Fragen der Literatur- und Kunsttheorie gestritten wurde, steht in keinem Verhältnis zu den dabei erzielten Resultaten.»

Kristina Pivewick

Uns macht die Zukunft Spass – denn wir nehmen sie ernst



Elektro-Watt Ingenieurunternehmung AG
Postfach 8022 Zürich Tel. 01 36 33 66

Unabhängige Gesellschaft beratender Ingenieure mit Sitz in Zürich.

Zählt derzeit rund 800 Mitarbeiter, verteilt in der Schweiz und zahlreichen Ländern Europas, Afrikas, Amerikas und Asiens.

Erbringt globale Ingenieurleistungen in praktisch allen technischen Sektoren.

Dokumentations- und Fotodienst werden laufend ausgebaut – zu Ihren Diensten.

Beim Verlag völlig vergriffen!

Philosophisches Wörterbuch

Herausgeber: Georg Klaus, Manfred Buhr.
Ueber 1100 Seiten in zwei Bänden, Ganzleinen. Format: 24,5x17 cm, Fr. 24.20.

Das philosophische Wörterbuch aus der DDR schliesst empfindliche Lücken in so mancher Bibliothek. Kaum einmal ist es gelungen, diese schwierige Materie in soich klare Sprache zu fassen. Disziplinen wie Kybernetik, Semiotik, Informations- und Systemtheorie werden in Artikeln mit hohem Niveau behandelt. Die herozogrende Kritik, auch in unserer Presse, ist hoch verdient.

Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb
Cramerstrasse 2/Ecke Zweierstrasse,
8004 Zürich, Tel. (01) 39 95 12 und 39 96 11
(2 Minuten vom Stauffacher, hinter Eschenmoser)

Buchhandlung Soziologie
U. Riklin, Münsterstrasse 41, 3011 Bern
Tel. (031) 22 82 18

1974 nach den USA

im Sommer als **Camp Counselor**; Frühling bis Herbst als Teilnehmer an einer **Hospitality Tour**.

Mädchen ab 17 Jahren haben Gelegenheit, sich 1 bis 3 Monate als Gäste in amerikanischen Familien aufzuhalten. Auskünfte durch:

International Summer Camp
Postfach 406, 5401 Baden
Tel. (056) 22 32 60

Ich tippe für Sie schnell und zuverlässig

Manuskripte, Dissertationen

auf **IBM Executive**. Eignet sich für Off-set und Fotoreproduktionen. Referenzen vorhanden.

Telefon (01) 78 48 20

An der **Bezirksschule Aarau** werden auf den 22. April 1974

1 Hauptlehrstelle
für **mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer**

1 Hauptlehrstelle
für **Französisch, Italienisch, Turnen oder Geschichte, evtl. Englisch**

zur Neubesetzung ausgeschrieben.

Besoldung: nach Dekret; Ortszulage.

Den Anmeldungen sind beizulegen: Die vollständigen Studienausweise (es werden mindestens 8 Semester Studien verlangt).

Ausweise über bestandene Prüfungen und Zeugnisse der bisherigen Lehrtätigkeit sind bis zum 1. Februar 1974 der Schulpflege Aarau, Schulsekretariat, Pestalozzischulhaus, 5000 Aarau, oder dem Rektorat der Bezirksschule Aarau, Zeltgischulhaus, einzureichen.

Schulgemeinde Volketswil

Auf Frühjahr 1974 sind an unserer Schule zu besetzen:

Lehrstellen

an der

Unter- und Mittelstufe

1 Lehrstelle Sonderklasse A

1 Lehrstelle an der Realschule

1 Lehrstelle an der Sekundarschule (math.-naturwissenschaftl. Richtung)

Volketswil ist eine aufstrebende Gemeinde im Kanton Zürich. Unsere neuen Schulanlagen sind den modernen Erfordernissen angepasst.

Die Besoldung richtet sich nach den Bestimmungen der kantonalen Verordnung, für die freiwillige Gemeindegeldungen gelten die gesetzlichen Höchstansätze. Auswärtige Dienstjahre werden angerechnet. Bei der Wohnungssuche sind wir Ihnen gerne behilflich.

Bewerber können sich zwecks unverbindlicher Orientierung mit dem Schulsekretariat, Telefon 88 60 61, in Verbindung setzen oder die Bewerbungen direkt an unseren Schulpräsidenten, Herrn Hans Weber, Birkenweg 4, 8604 Volketswil, unter Beilage der letzten Unterlagen, richten.

Falsche Kritik an der Kritik des Fortschritts:

Lebensqualität: Plädoyer für den nostalgischen Rückzug?

Ausgangspunkt der nun schon einige Jahre dauernden Diskussion über Probleme des qualitativen Wachstums war die Erkenntnis, dass

- das wirtschaftliche Wachstum für sich allein kein Massstab für die Humanisierung und Entwicklung der Gesellschaft sein kann;
die Fortschreitung bestehender Wachstumstrends resp. deren unbedeutende Modifikation aller Wahrscheinlichkeit nach kaum eine erstrebenswerte humane Zukunft ergeben wird;
für die gesellschaftliche Entwicklung neue Massstäbe und Ziele gesucht und durchgesetzt werden müssen. Die neue Zielvorstellung: Lebensqualität!

Welche Qualitäten - Qualitäten, die nicht unabhängig von bestimmten Quantitäten, zum Beispiel von einem bestimmten Output an ökonomischen Produkten, zu betrachten sind - sollen im Laufe der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung anvisiert werden? Eine derartige Definition von Qualitäten basiert auf einem bestimmten Menschenbild, auf einem als vorhanden betrachteten menschlichen Entwicklungspotential...

dieser Lebensqualität - eine Realisierung, die eine Veränderung der gesellschaftlichen Dynamik und den Kampf gegen bestimmte gesellschaftliche Interessengruppen impliziert.

Fällt nun jedoch eine Politik, die sich die Realisierung bestimmter Lebensqualitäten zum Ziel gesetzt hat, dem (Fortschritt) in den Rücken? Ist eine derartige Politik - wie Lübke behauptet - strukturell konservativ?

Fortschritt

«Als technisch-industrieller Fortschritt ist... der Fortschritt eine aufdringlich reale, bewertungsunabhängige historische Realität unserer Epoche, und es ist zugleich eine Realität, die einen überwältigend mächtigen Zwang der Zustimmung auslöst, wenn man die Ziele sich mehrerer Wohlfahrt, der Befreiung der Menschen vom physischen Zwang, niederdrückender Arbeit und der sozialen Sicherheit, ja des sozialen Friedens oder so von ihm abhängig weiss.» (Lübke)

Genau ist die Entwicklung der Mittel (Produktionsmittel), mit denen der Mensch produziert, wobei er sich in diesem Prozess entwickelt, eine wichtige Basis des gesellschaftlichen Fortschritts. Allerdings erfolgt die Entwicklung dieser Produktionsmittel nicht in einem sozial neutralen Raum, sondern im Rahmen bestimmter sozialer (Herrschafts-)Beziehungen, im Rahmen sozialer Verhältnisse (Produktionsverhältnisse). Die Entwicklung der Produktionsmittel und der Produktionsverhältnisse kann nur in ihrer gegenseitigen Interdependenz analysiert werden.

Der «technisch-industrielle Fortschritt», die Entwicklung der Produktionsmittel, ist also zum Teil von der Entwicklung der sozialen Verhältnisse, zum Beispiel von der Entwicklung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, abhängig. In diesem Sinne ist der «technisch-industrielle Fortschritt» keine «bewertungsunabhängige», sondern eine zu bewertende und zu beeinflussende Realität.

Kein Nullwachstum

Eine derartige soziale Steuerung der Entwicklung der Produktionsmittel hat immer stattgefunden, zum Beispiel zur Zeit des Liberalismus zu grossen Teilen durch den bürgerlichen Unternehmer. Ob die konkreten Motive dieser sozialen Steuerung - zum Beispiel die Erwirtschaftung eines maximalen Profits - gleichzeitig immer auch die «Befreiung des Menschen vom physischen Zwang niederdrückender Arbeit, soziale Sicherheit und sozialen Frieden» aufs beste befördert haben und fördern, ist wohl eher zu bezweifeln.

- Wenn man nun davon ausgeht, dass nicht jede Entwicklung der Produktionsmittel (also nicht jeder technisch-industrielle Fortschritt) zugleich auch ein sozialer und gesellschaftlicher Fortschritt (Fortschritt im Sinne der Förderung von Lebensqualität) ist,
die Weiterentwicklung der Produktionsmittel für den sozialen Fortschritt unbedingt notwendig ist (kein Nullwachstum),
die Entwicklung der Produktionsmittel nicht naturwüchsig, sondern sozial gesteuert erfolgt.

so ist heute der «wissenschaftlich-technische und ökonomisch-industrielle Prozess» bewusst und rational im Sinne der langfristigen Maximierung der Lebensqualität zu steuern.

Es geht somit nicht um die Frage: Wachstum (technisch-industrielle Entwicklung der Produktivkräfte) - ja oder nein, sondern um die Frage: Welches und wieviel Wachstum? Eppeler fasst diese Problematik folgendermassen zusammen: «Während bisher Lebensqualität im guten wie im bösen eine Funktion der Wachstum war, muss jetzt Wachstum zu einer Funktion der Lebensqualität werden.» Somit wird auch keineswegs, wie Lübke behauptet, die «Feier des Fortschritts in der kompensatorischen Erinnerung an Lebensqualitäten, die er kostet, ... abgeblasen». Die Realisierung von Lebensqualität ist selbst Fortschritt und baut teilweise auf der «technisch-

industriellen Entwicklung der Produktivkräfte auf.

Kein nostalgischer Rückzug

«Konservativ ist die Kultur der Trauer über die Verluste an unwiderrbringlich Gütern, die der Fortschritt kostet.» (Lübke).

Die von der Linken - teilweise unter Verweis auf frühere Organisationsformen der Arbeit und auf bestimmte heute privilegierte Berufsgruppen - an der scharfen Trennung von Arbeit und Freizeit und der Vermarkung dieser Freizeit geübte Kritik wird von Lübke als Beispiel für das «Bedürfnis der Kompensation der Erfahrung des Fortschritts durch Musealisierung dessen, was er hinter sich lässt», präsentiert. Die massenhafte Verbreitung der Partizipation der Teilnahme an ehemals elitärer (nostalgischer) Rückzugskultur also?

Davon kann wohl kaum die Rede sein. Der Verweis auf frühere Organisationsformen der Arbeit zur Darlegung bestimmter Charakteristika, heisst nicht, dass man die sozialen Arbeitsformen - in einem zeitgenössischen Gewande - wieder auferstehen lassen will. Arbeit und Freizeit vor der ersten industriellen Revolution sind sicher nicht bruchlos in Arbeit und Freizeit in einer postindustriellen sozialistischen Gesellschaft zu transformieren. Lebensqualität heisst heute unter anderem die massenhafte Verbreitung der Möglichkeit zur Selbstverwirklichung, zur Mitbestimmung, zur Partizipation an gesellschaftlicher Macht - Postulate, die alles andere als konservativ und vergangenheitsbezogen sind.

Fortschritt ist gar nicht immer Fortschritt

«Konservativ ist der Geltungsanspruch einer Beweislastverteilungsregel, nach der... der Fortschritt begründungsbedürftig ist und nicht die Tradition.» (Lübke)

Als Beispiel zitiert Lübke Eppeler: «Soll ein neuer Grossflughafen gebaut werden, so muss die Beweislast für seine Notwendigkeit bei denen liegen, die ein Interesse daran haben, ... nicht die Beweislast für seine Entbehrlichkeit bei denen, deren Ruhe er stört und deren Luft er verpestet.» Damit ist allerdings noch nicht gesagt, dass die bestehende die beste aller (realistischen)

Welten ist: Die Opposition gegenüber einem Entwicklungsprojekt, das unter Umständen recht partikulären Interessen dient, kann durchaus mit expliziten und politisch artikulierten Forderungen nach Entwicklung (Fortschritt) - freilich Entwicklung anderer Natur - parallel laufen.

Wenn Lübke im Anschluss an Eppelers Flughafenbeispiel meint: «Daran kann man ersehen, welche potentielle politische Kraft durch den Appell an den traditionell konservativen Widerstand gegen einen Fortschritt mobilisierbar ist, dessen Pragmatik vom „common sense“ nicht zur Evidenz gebracht werden kann», so kann man nur fragen: Ist es nicht immer mehr der Fall, dass breite Bevölkerungskreise sich gegen einen «Fortschritt» wenden, dessen partikuläre «Pragmatik vom „common sense“ sehr wohl «zur Evidenz gebracht werden kann»?

An (realistischen) Utopien fehlt es nicht

«Konservativ ist, der Katastrophenvorbereitung Priorität gegenüber einer Praxis der Verwirklichung von Utopien einzuräumen.» (Lübke)

Unter dem Eindruck der «Vermessung der Grenzen des Wachstums» gewinnen der «Pessimismus, eine traditionsreiche Gestimmtheit konservativer Intelligenz ... nach links Raum» - Lübke vergisst, darauf hinzuweisen, dass die von ihm des Pessimismus bezichtigte Intelligenz - trotz allem Pessimismus - vielfach recht konkrete und zukunftsweisende Vorstellungen (konkrete Utopien) für die zukünftige Entwicklung hat. Vorstellungen, die häufig auch recht weit verbreitet und populärisiert sind - allerdings nicht bei den Trägern der Macht. Derartige vorwärtsweisende konkrete Utopien (Lebensqualität) finden sich nun aber bei pessimistischen konservativen Intellektuellen gerade nicht.

Was soll das Ganze?

An verschiedenen Stellen seiner Ausführungen weist Lübke darauf hin, dass nur die neue konservative Struktur primär links formulierter Lebensqualitäts-Problematik zur Debatte stehe, «nicht das Sachproblem selbst. Ja, das Sachproblem, «das Unbehagen am Fortschritt, sei nunmehr auch aus Gründen, die in der Tat zwingend sind, legitimiert».

Das Sachproblem ist in der Tat legitimiert, allerdings kontrovers, im Streit der Meinungen hin und her gerissen. Nun lässt sich aber bekanntlich gerade in Situationen, in denen über ein Problem inhaltlich überhaupt keine gemeinsame Basis besteht, kaum richtig über Form und Struktur einer Argumentation unabhängig von deren Inhalt diskutieren. Genau das tut aber Lübke, wenn er, in der Oberflächenstruktur

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Frau S. B. in B. Nein, dass der Bundesrat die Erhöhung der Eisenbahntarife einen Monat vor dem Umengang über die Konjunkturbeschlüsse abgelehnt und dann drei Wochen ausser Acht belassen hat, war keine abstimmungstaktische Baueingänge, sondern eine inflationsdämpfende konjunkturpolitische Massnahme.

Frau B. P. in S.-O. Selbst wenn alle die Zeitungsberichte stimmen, wonach gar nie ein Mangel an Heizöl bestand und also die drei- bis vierfache Erhöhung der Heizölpreise nur ein spekulativer und profitreicher, aber ungerechtfertigter Schachzug der Oelgesellschaften auf das Portemonnaie des kleinen Mannes ist, gibt das Ihnen noch lange keinen Grund, gegen die freie Marktwirtschaft zu wettern. Dass so etwas in einem sozialistischen Staat nicht passieren könne, ist nicht hundertprozentig erwiesen, und schliesslich haben sie bei uns immer noch die Freiheit, ob Sie überhaupt heizen wollen oder nicht.

Herr S. B. in G. Ihre Frage nach den Zukunftsplänen des eben zurückgetretenen Bundesrats Nello Celio kann ich Ihnen nicht beantworten, da sie über das Bankgeheimnis fällt. Es ist indessen durchaus möglich, dass er sich für dieselbe Tätigkeit entscheiden wird, die ihm schon vor Jahresfrist angetragen worden war. In diesem Zusammenhang finde ich es aber doch despektierlich, den Präsidenten einer schweizerischen Grossbank, der Anfang 1973 zurücktreten wollte, aber dann doch noch ein Jahr auf seinem Posten aussharte, mit Schäfer-Heini zu bezeichnen.

Der gegnerischen Argumentation befangen, «strukturell konservative Impulse» ortet - «Impulse», die - sobald man sie näher betrachtet - alles andere als «konservativ» sind.

Was aber soll denn eigentlich die ganze Übung, - «Wer das Reden von der Qualität des Lebens ernst meint, muss politische und gesellschaftliche Veränderungen wollen.» (Eppeler) Gewiss: Das Unbehagen am Fortschritt ist ... legitimiert. (Lübke). Doch nun verhalten sich ja gerade diejenigen, die verbal für die Verbesserung der Lebensqualität und für grosse Veränderungen eintreten, wie fortschrittscheue nostalgische und pessimistische Konservative, von denen wohl kaum eine überzeugende Lösung des Sachproblems zu erwarten ist. Also: Wer könnte unter diesen Bedingungen die anstehenden Probleme besser meistern als diejenigen, die von linken Lebensqualitäts-Propagandisten als «Konservative» bezeichnet werden, heute aber - objektiv gesehen - die eigentlichen Progressiven sind ...

Rolf Nef

Lübke H.: «Lebensqualität oder Fortschrittskritik von links» in «Schweizer Monatshefte», Dezember 1973 - zitiert als (Lübke).

Friedrichs G. (Hrsg.): «Qualität des Lebens», Bd. 1 (Beiträge zur vierten internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall), FIM 1973.

Eppeler E.: «Es geht um die Qualität des Lebens in enz am Wochensenden», 31. 3. 1973 - zitiert als (Eppeler).

Eppeler E.: «Wirtschaftswachstum ist kein Massstab in enz am Wochensenden», 13. 10. 1973 - zitiert als (Eppeler).



Lebensqualität: Keine Stilllegung des Fortschritts, sondern bewusste Steuerung der Entwicklung zur Schaffung menschenwürdiger Zustände (Photo aus UNESCO-Kurier)

Techniksstudenten: Initiative für autofreie Sonntage

Anfang eines Umbruchs

Die von einem Komitee am Technikum Burgdorf lancierte Initiative auf gesetzliche Verankerung von 12 autofreien Sonntagen im Jahr wird aller Voraussicht nach auf breiterer Basis - nämlich von den Studentenschaften Schweizerischer Techniken (SST) - weitergeführt werden. Dazu bedarf es nur noch des Einverständnisses der Mehrzahl der Studenten an den im SST vertretenen Technika, das bis zum 25. Januar in einer Repräsentativumfrage ermittelt werden soll. Dies beschlossen mit nur einer Gegenstimme die ca. 25 Delegierten an der ordentlichen Delegiertenversammlung des SST vom 19.20. Januar in Biel.

«Auch als zukünftige Techniker stossen wir uns an der Tatsache, dass viele - als sich nützliche - technische Errungenschaften oft unverhältnissmässig angewendet werden», heisst es einleitend zum Vorschlag der Burgdorfer Techniksstudenten. Mit der Verankerung von 12 autofreien Sonntagen im Jahr wollen sie einen Beitrag zur Erhaltung unseres Lebensraumes leisten. Es sei eine unbedingte Voraussetzung für ein Ueberleben in der Zukunft, Alternativen für gewisse Verhaltensweisen zu suchen, die wohl eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit des Einzelnen darstellen könnten, jedoch ein Vielfaches an neuen Freiheiten eröffneten. Mit der Initiative soll keine Autofeindlichkeit gesät werden; so ist das Komitee sicher, dass die Mehrheit der Bevölkerung hinter seiner Forderung nach

autofreien Sonntagen steht. Die Delegiertenversammlung in Biel beschloss, bei positivem Ergebnis der Repräsentativumfrage die Dienste des SST für die administrativen Belange der Initiative zur Verfügung zu stellen, den SST an der Informationsverbreitung zu beteiligen und drei Verantwortliche für die Durchführung der Untersuchungsammlung an jedem Technikum zu suchen.

An der Versammlung wurde auch das zurücktretende Zentralkomitee entlastet und neu wurden Armin Feusi, Präsident, Robert Morf, Sekretär, und Peter Keller, Kassier (alle drei Luzern), sowie Bruno Müller, Vizepräsident, und Walter Grossmann, Beisitzer (beide Techn. beider Basel, Mutteng) gewählt. Pierre Freimüller

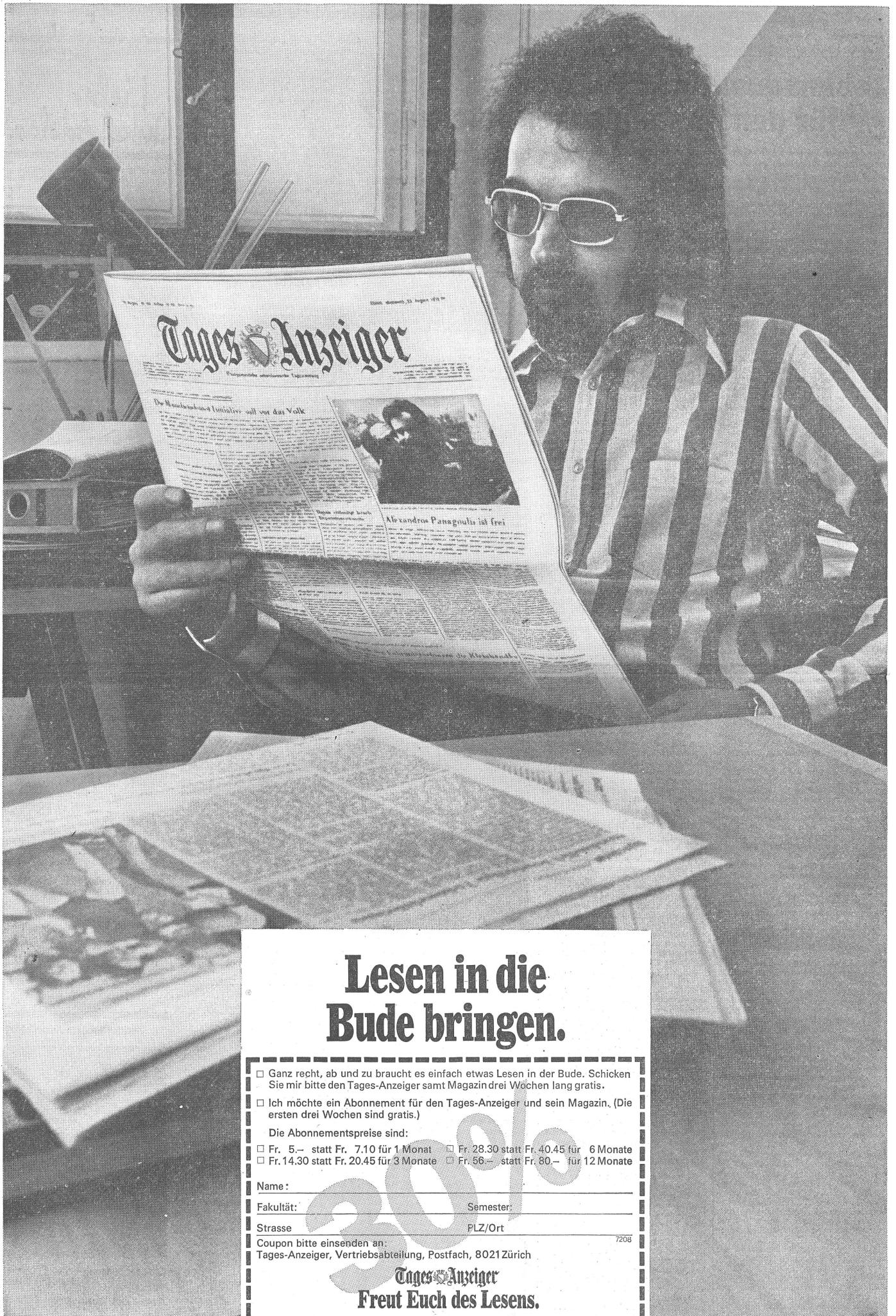
Fortsetzung von Seite 8

einem Land, dessen zaghafte Freiheitsbestrebungen durch sowjetische Panzer abgewürgt wurden. Diese internationalen Kampagnen, in die sich der VSS einspannen liess, führten dazu, dass er seine bildungspolitischen Aufgaben vernachlässigte. Selbst der Kleine Studentenrat der Universität Zürich gab dies zu.

Fazit: Gemäss meinen Feststellungen besteht im VSS die grosse Gefahr, dass das Gewicht weniger auf die Ziele zur Verbesserung der studentischen Situation gelegt wird, also auf das, was die eigentliche Ziel ausmachen sollte, sondern vermehrt auf die Aktionen. Das heisst nicht mehr der vordergründige Zweck ist nicht mehr entscheidend, sondern nur noch Vorwand für das Mittel. Dieses führt dann zu einem ganz anderen Etappenziel, nämlich zu einer Rekrutierung von Studenten für die eigene politische Basis. Im Blatt der «VSS-Press» heisst es ja selbst: «... Wichtig ist ..., dass wir Studenten nicht... unsere... Interessen vertreten, sondern die Interessen der Bevölkerung an der Hochschule als einen Teil der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verstehen.»

Ich möchte hiermit keinesfalls die Ansicht vertreten, man müsse alles, was vom VSS komme, zum vornherein ablehnen. Man kann durchaus solche Aktionen unterstützen, bei denen man bei den Zielen und den Mitteln übereinstimmt. Man soll sich jedoch nicht in Situationen hineinbringen lassen, in die man gar nicht hinein wollte. Willy Matzinger, Wallisellen

Zürichs grösste Auswahl
Levi's
Tolle Technis in jeder Form poschret me him Willy Korn
Jeans-Shop beim Poly
Sonneggstrasse 21 8006 Zürich
Gratisanpassung
Legi 5% Rabatt
Auswahlen in die ganze Schweiz



Lesen in die Bude bringen.

- Ganz recht, ab und zu braucht es einfach etwas Lesen in der Bude. Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger samt Magazin drei Wochen lang gratis.
- Ich möchte ein Abonnement für den Tages-Anzeiger und sein Magazin. (Die ersten drei Wochen sind gratis.)

Die Abonnementspreise sind:

- Fr. 5.- statt Fr. 7.10 für 1 Monat
- Fr. 28.30 statt Fr. 40.45 für 6 Monate
- Fr. 14.30 statt Fr. 20.45 für 3 Monate
- Fr. 56.- statt Fr. 80.- für 12 Monate

Name: _____

Fakultät: _____

Semester: _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Coupon bitte einsenden an:

Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich

7208

Tages-Anzeiger
Freut Euch des Lesens.